



70 Jahre vbba

Rückblick auf 70 Jahre vbba

4

Bundeshauptvorstandssitzung

14

vbba im Gespräch

24



dbb
vorsorgewerk



dbb
vorteilswelt

Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen **EXKLUSIVE VORTEILE**

Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen dauerhaft neue und attraktive Angebote zur Verfügung.

Einfach das Registrierformular unter dbb-vorteilswelt.de/register ausfüllen und die Club-Mitgliedschaft per E-Mail aktivieren.

Willkommen im dbb vorteilsClub!

- ✓ **Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops**
- ✓ **Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen**
- ✓ **dbb autoabo: Das flexible Mobilitätskonzept**

SHOPPING- UND ERLEBNISRABATTE

bis zu **22%
RABATT**

home24

bis zu **20%
RABATT**



bis zu **12%
RABATT**

zalando

Stand: 10. November 2025, Angebote freibleibend

Einfach sorgenfrei Auto fahren

dbb autoabo
powered by FINN



z.B.
MG MG3 ab

137€¹
pro Monat inkl. MwSt.



dbb-Mitglieder und Angehörige sparen
8% Preisnachlass auf die Monatsrate



Rundum-Sorglos-Paket
Alles inklusive: Versicherung, Steuer und TÜV zum monatlichen Fixpreis.



Bequeme Lieferung:
Direkt an deine Haustür zum Wunschdatum.



Flexible Laufzeiten
Wähle zwischen 6 und 24 Monaten.

WECHSELPILOT

Nie wieder zu viel für Energie bezahlen!

Jedes Jahr Strom- und Gaskosten sparen – ohne Hin und Her mit dem Energieanbieter. Der Service von WechseLPilot wechselt automatisch für Sie jedes Jahr in den besten Tarif und kümmert sich um Ihren Strom- und Gasvertrag.

- ✓ **Unverbindlich Tarifvorschlag anfordern**
- ✓ **Strenger Anbietercheck durch Energieexperten**
- ✓ **Faire Servicegebühr: aber nur, wenn Sie durch den Wechsel sparen**

CASHBACK²
25€
Für Club-Mitglieder

¹ Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. einer Servicegebühr i.H.v. 1.500 €. Diese kann entweder einmalig bei der Fahrzeugübergabe oder in monatlichen Raten bezahlt werden. Die Liefergebühr beträgt 249 € bei der Erstbuchung. Bei Folgebuchungen des laufenden Abos spart man die Liefergebühr. In der ausgewiesenen Monatsrate von 137€ ist der Rabatt für Mitglieder im dbb vorteilsClub berücksichtigt. Preisänderungen vorbehalten. ² Nur für Mitglieder des dbb vorteilsClub. Der Cashback wird nach einem erfolgreichem Vertragsabschluss als einmalige Überweisung auf das angegebene Bankkonto gutgeschrieben (Dauer: ca. 4-6 Wochen). Stand 10.11.2025



dbb-vorteilswelt.de/club



Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu – ein Jahr, in dem wir nicht nur ein bemerkenswertes Jubiläum gefeiert, sondern auch erneut bewiesen haben, wie kraftvoll gelebte Solidarität sein kann. 70 Jahre vbba stehen für sieben Jahrzehnte Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und eine wertschätzende Arbeitskultur. Dieses Jubiläum erinnert uns daran, wie viel wir gemeinsam erreicht haben – und wie viel wir weiterhin gestalten können.

Im November kam der Bundeshauptvorstand zu seiner zweiten Sitzung des Jahres im Inklusionshotel INCLUDiO in Regensburg zusammen. Die Tagung bot einen intensiven Austausch für die über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet. Im Zentrum standen fundierte Einblicke in die strategischen Zukunftsprojekte der BA, ebenso wie die Diskussion über die anstehenden Satzungsänderungen für den Bundesgewerkschaftstag 2026. Alle Beiträge hatten eines gemeinsam: den klaren Blick nach vorn. Es wurde deutlich, dass wir entschlossen sind, unsere Gewerkschaft modern, transparent und zukunfts-fähig aufzustellen.

Bereits im September führte die vbba ein offenes und konstruktives Gespräch mit der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles. Der Bundesvorsitzende Christian Löschner und die stellvertretende Bundesvorsitzende Steph Rau diskutierten mit ihr über die wirtschaftlichen Herausforderungen, die aktuellen Debatten rund um das Bürgergeld und die erwartbaren Auswirkungen auf die Beschäftigten. Der Austausch hat gezeigt, wie wichtig es ist, unsere Positionen klar zu formulieren und die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen konsequent einzubringen.

Auch das Gespräch zwischen dem dbb-Vorsitzendem Volker Geyer und unserem Bundesvorsitzenden Christian Löschner in Berlin war geprägt von engem Schulterschluss. Ob Bürgergeld-Debatten oder die zunehmenden Angriffe auf den öffentlichen Dienst – wir ziehen gemeinsam an einem Strang. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der dbb-Familie bleibt ein zentraler Baustein unserer Stärke.

Zum Jahresausklang möchten wir euch und euren Familien von Herzen frohe und erholsame Weihnachtstage wünschen. Möge die Zeit zwischen den Jahren euch Ruhe, Begegnungen und schöne Momente schenken. Für das neue Jahr wünschen wir euch Gesundheit, Zuversicht und die nötige Kraft für alles, was vor uns liegt. Vielen Dank für euer Engagement und Vertrauen – gemeinsam gehen wir gestärkt in das Jahr 2026

Eure vbba Bundesleitung



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Inhalt

Editorial	3
70 Jahre vbba	
Gemeinsam stark für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität	4
Grußwort Dr. Katrin Krömer	5
Die vbba im Wandel der Zeit	6
70 Jahre vbba und 40 Jahre vbba-Frauenvertretung	11
Rückblick aus der Landesgruppe Hessen	13
vbba BuHaVo	
Intensiver Austausch und neue Impulse	14
vbba HPR	
September	16
Oktober	19
November	21
vbba Informationen	
vbba im Gespräch	24
„Antrittsbesuch“ beim dbb in Berlin	24
vbba trifft Zentrale	25
Rechnungsprüfung Bund in Nürnberg	25
Ausflug der Bundesgeschäftsstelle nach Bamberg	26
„Frankfurter Erklärung“ von 11 Fachgewerkschaften	27
vbba Tarif	
Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)	29
vbba Grundsatzkommission 1	
Richtig Prompten	31
vbba Jugend	
Update Kompakt	32
vbba Frauen	
Jahreshauptversammlung der vbba-Frauenvertretung 2025	34
Hauptversammlung der dbb-bundesfrauenvertretung	35
Glückwünsche und Weihnachtsgrüße	35
Wir sind alle hormongesteuert	36
vbba Senioren	
Senioren Aktuell · Oktober 2025	37
vbba Landesgruppen	
Landesgewerkschaftstag Berlin-Brandenburg	39
Landesgewerkschaftstag Nord 2025	40
Landesgruppe NRW	41
NSB-Event	43
Landesgewerkschaftstag in Jena	44
Jahresmitgliederversammlung Zentrale-Services	47
Jahreshauptversammlung dbb Saar	48
vbba Gruppen	
Celle	49
Traunstein	49
Zwickau	50
vbba Seminare	
Wissen, wo's langgeht	51
BPersVG 2	52
Seminar „Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit und Betriebliches Gesundheitsmanagement“	52
G-Seminar der vbba	53
Termin-Übersicht 2026	54
vbba Ansprechpartner	59
Impressum	59

70 Jahre vbba



Gemeinsam stark für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität

1955 bis 2025 – Sieben Jahrzehnte liegen hinter uns.

Sieben Jahrzehnte, in denen sich die Arbeitswelt, die Gesellschaft und die Herausforderungen unserer Zeit tiefgreifend verändert haben.

Und sieben Jahrzehnte, in denen eines immer gleichgeblieben ist:

Der Einsatz der vbba für die Menschen, die tagtäglich in den Dienststellen, Jobcentern und Familienkassen arbeiten und unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Eine starke Stimme seit 1955

Als die vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales im Jahr 1955 gegründet wurde, war Deutschland im Aufbruch. Es war die Zeit des Wiederaufbaus, des Neuanfangs – aber auch der Unsicherheit.

Schon damals war klar: Wer gute Arbeit leisten soll, braucht faire Bedingungen, sichere Perspektiven und eine starke Stimme.

Diese Stimme ist seitdem die vbba.

Ob in den Agenturen für Arbeit, den Jobcentern oder den Familienkassen – die vbba setzt sich seit sieben Jahrzehnten mit Nachdruck dafür ein, dass die Beschäftigten Anerkennung, Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen erfahren.

Wir waren und sind mehr als nur eine Gewerkschaft:

Wir sind eine Gemeinschaft, die sich füreinander starkmacht.

Gemeinsam durch Wandel und Herausforderung

Die Arbeitswelt hat sich verändert – und mit ihr die Aufgaben und Belastungen der Beschäftigten.

Von der Papierakte zur digitalen Akte, vom festen Büro zum Desk-sharing, von geregelten Arbeitszeiten zum hybriden Arbeiten:

Die vbba begleitet diesen Wandel – kritisch, konstruktiv und immer mit dem Blick auf das Wesentliche: den Menschen.

Wir haben uns eingesetzt für

- Gesunde Arbeitsbedingungen, damit psychische Belastung und Überforderung nicht zur Regel werden,
- faire Entlohnung und gerechte Tarifabschlüsse,
- Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf,
- Sicherheit am Arbeitsplatz,
- eine moderne Verwaltung, die Menschlichkeit nicht verliert.

Und wir werden das weiter tun – mit Erfahrung, Kompetenz und Herzblut.



70 Jahre Solidarität, Engagement und Zusammenhalt

70 Jahre vbba – das sind unzählige Gespräche, Sitzungen, Tarifrunden und Initiativen.

Es sind Menschen, die sich eingebracht, Verantwortung übernommen und für andere gekämpft haben.

Jede und jeder Einzelne von ihnen hat dazu beigetragen, dass die vbba heute das ist, was sie ist:

eine starke, moderne und menschliche Gewerkschaft.

Wir sagen Danke –

- ♥ an die Gründergeneration, die den Mut hatte, sich zu organisieren,
- ♥ an alle Engagierten in Personalräten, Kommissionen, Landesgruppen und regionalen Gruppen
- ♥ an unsere Mitglieder, die Tag für Tag zeigen, dass Solidarität lebt.

Zukunft braucht Gemeinschaft

70 Jahre – das ist ein stolzes Jubiläum, aber auch ein Auftrag.

Denn Solidarität endet nicht. Sie wächst mit den Herausforderungen.

In einer Zeit, in der Arbeit immer verdichteter, Kommunikation immer schneller und Veränderung immer komplexer wird, braucht es mehr denn je eine Gewerkschaft, die zuhört, versteht und handelt.

Die vbba ist und bleibt diese Stimme – klar, kompetent, nah an den Menschen.

Wir werden weiter

- für gerechte Arbeitsbedingungen kämpfen,
- für Sicherheit in Zeiten des Wandels eintreten,
- und für eine Arbeitswelt stehen, in der der Mensch zählt – nicht nur die Zahlen.

70 Jahre vbba – das ist gelebte Geschichte.

Eine Geschichte von Engagement, Mut und Menschlichkeit.

Eine Geschichte, die weitergeschrieben wird – von uns allen.

Danke an alle, die Teil dieser Geschichte sind.

Für euer Vertrauen, euren Einsatz und eure Solidarität.

Lasst uns gemeinsam weitergehen – mit Herz, Haltung und Zuversicht.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Seit 70 Jahren. Aus Überzeugung. Mit Herz. Für Euch.

www.vbba.de

Grußwort 70 Jahre vbba



Liebe Gewerkschaftsmitglieder,

die vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales begleitet die Bundesagentur für Arbeit seit fast sieben Jahrzehnten als verlässliche und engagierte Sozialpartnerin. In dieser langen Zeit hat sie im gemeinsamen Ringen um tragfähige Lösungen wesentlich dazu beigetragen, die Interessen der Beschäftigten in unserer Organisation zu vertreten. Als vbba „für alle“ etablierte sie sich über die Jahrzehnte als Interessenvertretung über alle Beschäftigtengruppen hinweg, von Beamtinnen und Beamten bis hin zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die vbba gehört mittlerweile zu einer festen Säule der Mitbestimmung in der BA. Sie baut auf eine große Solidargemeinschaft, die sich auf allen Ebenen der Personalvertretung engagiert: in den Arbeitsagenturen und Jobcentern, in den Jugendvertretungen, den Bezirkspersonalräten und im Hauptpersonalrat. Dies ist Ausdruck von Beständigkeit und auch Krisenfestigkeit, insbesondere im Rückblick der vergangenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Veränderungen hat die vbba nicht nur begleitet, sondern auch aktiv mitgestaltet. Historischer Meilenstein aus der jüngeren Vergangenheit ist hier die beispiellose Anforderung an Mensch und Arbeitswelt während der Corona-Pandemie.

Ihre Haltung in der Zusammenarbeit ist geprägt von Offenheit und Fairness, und auch vom Einsatz an den Stellen, an denen der Schuh aus gewerkschaftlicher Sicht drückt.

Gemeinsam haben wir viel erreicht und gemeinsam werden wir die kommenden Herausforderungen sachlich konstruktiv und gewohnt verlässlich meistern. Mein herzlicher Dank für ihre kontinuierlich professionelle Arbeit.

Zum 70-jährigen Jubiläum gratuliere ich herzlich und freue mich auf den weiteren partnerschaftlichen Dialog und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Dr. Katrin Krömer

Vorständin Ressourcen der Bundesagentur für Arbeit



Bundesagentur für Arbeit
bringt weiter.

Die vbba im Wandel der Zeit

Unsere Gewerkschaft feiert ihr 70-jähriges Bestehen – ein Grund, um einen Blick in die Vergangenheit zu werfen.

Am 1. Mai 1952 wurden die bei den damaligen Arbeits- und Landesarbeitsämtern beschäftigten Beamten mittelbare Bundesbeamte der BAVAV. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer eigenen Beamtenvertretung. Beamte in der BAVAV beschlossen am 24. August 1954 bei einer Versammlung in Nürnberg die Gründung eines „Verbandes der Beamten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im DBB“ – VBBA. Die Gründungsmitglieder waren allesamt Mitglieder des DBB.

Im Einvernehmen mit dem DBB wurden die bei den Arbeits- und Landesarbeitsämtern beschäftigten Mitglieder des DBB mit Wirkung vom 1. Oktober 1954 in den VBBA überführt. Der monatliche Mitgliederbeitrag betrug damals 1,50 DM.

Innerhalb weniger Monate stieg die Mitgliederzahl auf über 600 – es war wohl der Wunsch nach einem eigenständigen Fachverband von Beamten der BAVAV, der sich in den schnell steigenden Mitgliederzahlen widerspiegelte.

Eine Vertreterversammlung hat am 13. Und 14. Oktober 1955 in Rhens am Rhein die Satzung des VBBA beschlossen, die offiziellen Organe gewählt und des bisherigen vorläufigen Bundesvorstand Dr. Friedrich Schmidt durch Wahl bestätigt. Bis zum Jahreswechsel verdoppelte sich die Mitgliederzahl.



Der VBBA vor 70 Jahren - 2. Reihe von unten: von links Paul Willig, Emil Freitag, Dr. Friedrich Schmidt; 2. von rechts Berthold Käfferbitz. Foto: vbba

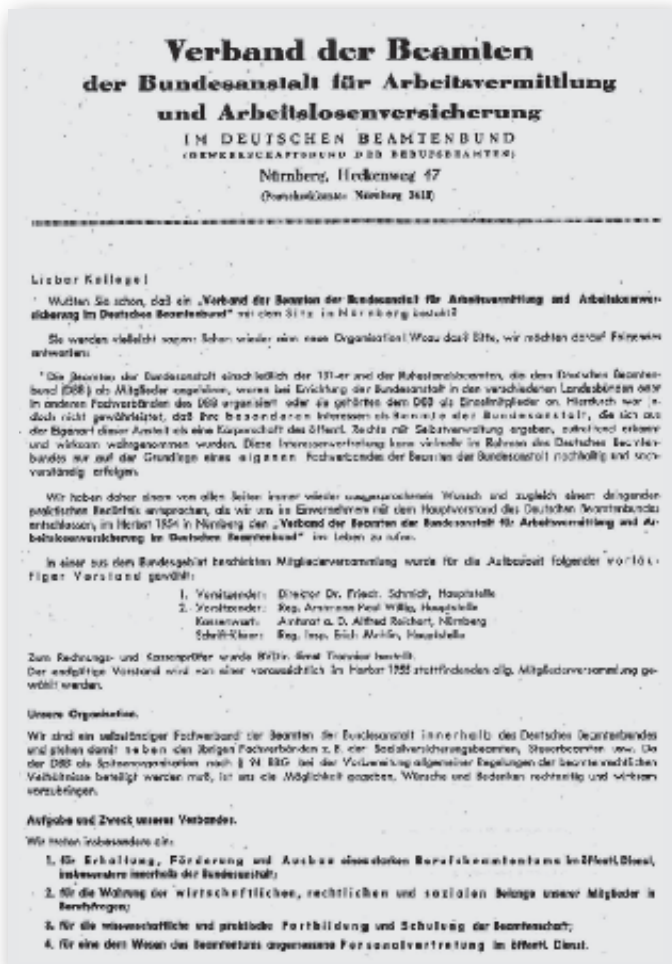
Schwerpunkthemen der ersten Jahre waren die Besoldungssituation, laufbahnrechtliche Fragen, Fragen der Beamtenversorgung, die Diskussion um den Umfang hoheitsrechtlicher Aufgaben und die jeweiligen Personalratswahlen.

Die fünfziger Jahre

Die fünfziger Jahre standen im Zeichen neuer Beamtengesetze und so wie starker Mitgliederzunahme.

Bei den Personalratswahlen am 8. März 1956 konnte der VBBA auf Anhieb mit zwei Vertretern - Dr. Heinrich Pössel und Hans Röder – in den Hauptpersonalrat (HPR) der BAVAV einziehen. Seitdem ist der VBBA immer im HPR vertreten gewesen und hat schließlich die Mehrheit in der Beamtenvertretung erreicht.

Auf der ersten Vertreterversammlung nach der Gründungsversammlung wurde am 27./28. Mai 1957 in Königswinter Ernst Tronnier zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt, der das Amt aber aus beruflichen Gründen bald wieder niederlegen musste. Die Vertreterversammlung





Dr. Erwin Schönefelder.

Foto: Archiv vbba

am 21./22. Mai 1958 in Bad Schlangenbad hat mit Dr. Erwin Schönefelder den dritten VBBA-Vorsitzenden gekürt.

Die verbandspolitische Arbeit Ende der fünfziger Jahre stand vor allem im Zeichen des 1957 neu verabschiedeten Bundesbesoldungsgesetzes, der Beihilfevorschriften von 1958 und der Arbeitszeitverordnung von 1958, die für Beamte eine starre 45-Stunden-Woche festgeschrieben hat. Die positive Verbandsarbeit führte dazu,

dass der Mitgliederbestand des noch jungen Verbandes stetig von Jahr zu Jahr bis auf 2.392 Mitglieder im Jahre 1959 anstieg.

Die sechziger Jahre

Hauptansatzpunkt der Arbeit des VBBA war Anfang der sechziger Jahre die Dienstpostenbewertung in der BAVAV. Zu dem am 1. April 1961 verabschiedeten Bewertungskatalog veröffentlichte der Verband noch im selben Jahr eine kritische EntschlieÙung, in der auch auf die zunehmende Abwanderung qualifizierter Mitarbeiter zu anderen Verwaltungen hingewiesen wurde. Anfang 1963 formulierte der VBBA dann einen umfassenden Forderungskatalog zur Dienstpostenbewertung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 94 Bundesbeamten-gesetz.

Ein wichtiges Thema war das Bundeskindergeldgesetz 1961, mit dem die bisherigen Familienausgleichskassen in die BAVAV überführt wurden und zu einem deutlichen Anstieg der Mitarbeiter führten.



Die ersten Frauen im erweiterten Bundesvorstand 1962: Ch. Hofmann und P. Zahner.

Foto: Archiv vbba

Aber auch das immer stärkere Auseinanderdriften von Beamtenbezügen und Vergütungen in der freien Wirtschaft waren wichtige Themen der Verbandsarbeit. Denn Ende 1963 stellte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unmissverständlich fest, dass die Beamtenbesoldung inzwischen schon um 14,7 % hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hinterhinkt.

Ab 1962 waren mit Christiane Hofmann und Petra Zahner die ersten Frauen im erweiterten Bundesvorstand eingesetzt.

Mit einem Festakt anlässlich seines zehnjährigen Bestehens feierte der VBBA in Nürnberg. Geladen waren u.a. der Präsident der BAVAV, Anton Sabel, und der DBB-Vorsitzende Alfred Krause. Der VBBA war innerhalb der BAVAV zu einer starken gewerkschaftlichen Kraft gewachsen.

Dieses Gewicht brachte der Verband im darauffolgenden Jahr mit einer vielbeachteten EntschlieÙung zum Ausdruck, in der er sich vehement gegen die Ablehnung des BAVAV-Haushalts 1965 durch den Verwaltungsrat, der die gestiegene Zahl der Beamtenplanstellen moniert hatte, aussprach.

Eine neue Ära begann mit der Vertreterversammlung vom 16. bis 18. Mai 1966 in Saarbrücken. Dr. Herbert Bischoff wurde zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt und der Name des Verbandsorgans („Mitteilungsblatt“) wurde in die Bezeichnung „Der Beamte in der BAVAV“ (später „Der Beamte in der BA“) geändert.

Das Gesetzgebungsvorhaben der GroÙen Koalition zum geplanten AFG begleitete der Verband konstruktiv kritisch. Am 13. Mai 1969 schließlich wurde mit der Verabschiedung des AFG und der Errichtung der BA der VBBA gleichsam zum „Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit“. Im gleichen Jahr setzte der VBBA einen seiner herausragendsten Akzente der sechziger Jahre, als er mit einem umfassenden „Reformvorschlag für die Aus- und Weiterbildung in der BA“ eine BA-eigene

Akademie mit Fachhochschulniveau forderte und eine neue Konzeption für die Ausbildung entwickelte, um den mit dem AFG gestiegenen Erwartungen und Anforderungen Rechnung tragen zu können.

Die siebziger Jahre

Ein wesentliches Ziel des VBBA war die aufgabengerechte Dienstpostenbewertung.

Mit Bestandsaufnahme in dieser Frage und sorgfältig abgewogenen Verbesserungsvorschlägen sorgte der VBBA für Aufmerksamkeit. In einem Beteiligungsgespräch mit dem Präsidenten der BA Anfang 1971 wurde ein aktualisierter Forderungskatalog aufgestellt.

Im Jahre 1972 legte der DBB ein umfassendes Positionspapier zu einer Dienstrechtsreform vor, dem der Bundesinnenminister erst 1975 mit dem Entwurf eines „Aktionsprogramms zur Reform des Dienstrechts“ antwortete.

1973 bereitete die Personalausstattung der BA zunehmend Sorgen und Belastungen für alle Mitarbeiter. In einem Protestbrief an den Präsidenten der BA zum unzureichenden Personalhaushalt 1974 bezog der VBBA vehement Stellung.

Konstruktiv begleitet wurden erste Versuche mit einer computerunterstützten Arbeitsvermittlung. Mit einem erneuten „Reformvorschlag für die Ausbildung des gehobenen Dienstes in der BA“ wurde u.a. die Einbeziehung der Beratungsanwärter in den Vorbereitungsdienst gefordert.

Die Vertreterversammlung des VBBA vom 20. bis 22. Mai 1974 in Mainz hat die Rechtsschutzordnung des Verbandes beschlossen, die einen umfassenden Rechtsschutz für die Mitglieder brachte.

Der Bundesvertretertag vom 16. bis 18. Mai 1977 in Prien setzte dann wieder herausragende Akzente in der Verbandsarbeit. Ein neuer Forderungskatalog zur Dienstpostenbewertung wurde aufgestellt und es wurde ein Forderungspapier zur Einführung der Laufbahn des mittleren nichttechnischen Dienstes in der BA erarbeitet.

Die Reformvorschläge des VBBA fanden schließlich ihre späte Verwirklichung in der „Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundesanstalt für Arbeit - LAPO - gehD-BA“

Die achtziger Jahre

Als neuer Bundesvorsitzender des VBBA wurde auf dem Bundesvertretertag vom 12. bis 14. Mai 1980 in Nürnberg Dr. Walter Stock gewählt.

Mit der Wahl von Fritz Rubow zum Verbandsredakteur veränderte sich die Verbandszeitung in Aufmachung und Inhalt: Sie nahm neben ihrer Funktion als Mitgliederzeitung immer mehr den Charakter einer Fachzeitung für alle Aufgabengebiete der BA und zugleich die Rolle einer Mitarbeiterzeitung an.



Dr. Walter Stock.

Foto: Archiv vbba

Der Beginn der achtziger Jahre war von einem bis dahin nie gekanntem Negativ-Anstieg bei der Zahl der Arbeitslosen geprägt. Dies wirkte sich vor allem auf die Arbeitsbelastung in den Arbeitsämtern und auf die Personalsituation in der BA aus. Mit scharfen Resolutionen machte der VBBA auf diese unerträgliche Lage aufmerksam. Für das Jahr 1983 konnte so immerhin eine Stellenmehrung erreicht werden.

Das Thema Dienstpostenbewertung beschäftigte den VBBA auch in diesem Jahrzehnt. Ein besonderer Arbeitskreis erstellte 1982 erneut einen aktualisierten Forderungskatalog, weitere folgten 1986 und 1989. Außerdem nahm der Verband stärkeren Einfluss bei der zunehmenden

Ausweitung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) in der täglichen Arbeit. So wirkte der VBBA wesentlich an der 1981 getroffenen Dienstvereinbarung über die Arbeitsbedingungen an Bildschirmarbeitsplätzen mit.

Insbesondere die Verschlechterungen durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz bewegte den VBBA im Jahre 1983 zu einem aufsehenerregenden Schreiben an den Bundeskanzler, in dem er seine Sorge um die Arbeitsbelastung und die Einkommenssituation im öffentlichen Dienst und speziell in der BA zum Ausdruck brachte. Trotzdem brachte das Jahr 1984 unzumutbare Besoldungskürzungen durch das Haushaltsbegleitgesetz.

1986 verabschiedete der VBBA mit großer Öffentlichkeitswirkung eine Resolution, die sich für die Beibehaltung des Kindergeldes bei den Arbeitsämtern aussprach.



Rita Haindl war die
1. Frauenbeauftragte des
VBBA. Foto: Archiv vbba

Der Bundesvertretertag vom 5. bis 7. Mai 1986 in Königswinter beschloss als wesentliche verbandsinterne Neuerung die Gründung des VBBA-Frauenforums, das sich fortan den spezifischen Fraueninteressen im Bereich der BA widmete.

Es konnte das sechstausendste Mitglied begrüßt werden, der Beweis für eine sehr erfolgreiche Verbandsarbeit.

Auch die Vermittlungsoffensive, der umstrittene Marktanteil der BA und die Diskussion über die Einführung neuer Arbeitsmarktkennziffern beschäftigten den

VBBA in den 80er Jahren. Zusammen mit dem DBB wurde der wieder verstärkten Infragestellung des Alleinvermittlungsrechts der BA mit überzeugenden Sachargumenten begegnet.

Zentrale Themen des Bundesvertretertages vom 22. bis 24. Mai 1989 in Passau waren die im öffentlichen Dienst eingeführte Arbeitszeitverkürzung zu Lasten einer angemessenen Gehaltsanpassung und ohne jedweden personellen Ausgleich sowie den sich bereits abzeichnenden Verschlechterungen im Beamtenversorgungsrecht durch das angekündigte Rentenreformgesetz. Als Kontrapunkt zu dem immer lauter werdenden Privilegiengerede in der bundesdeutschen Öffentlichkeit veröffentlichte der VBBA Ende 1989 eine umfangreiche Liste von Gegenargumenten, die mit vielen Un- und Halbwahrheiten sachlich fundiert aufräumte.

Die neunziger Jahre

Nie geahnte Herausforderungen kamen im Einigungsprozess auf die Kolleginnen und Kollegen aus den „alten“ Bundesländern, aber auch auf die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern zu. Der VBBA begleitete die Aufbauleistungen der Arbeitsverwaltung stets konstruktiv und erntete dafür Anerkennung bei der Kollegenschaft und der Geschäftsleitung, auch in der Politik.



Heiner Merz, Vorsitzender
der „Landesgruppe Ost“.
Foto: Archiv vbba

In einer eindrucksvollen Veranstaltung wurde am 15. September 1990 in Berlin die Landesgruppe Ost gegründet, aus der durch die Errichtung bzw. Neugliederung der Landesarbeitsämter Nord, Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt-Thüringen und Sachsen neue VBBA-Landesgruppen und Zug um Zug auch örtliche Gruppen in den neuen Arbeitsämtern gebildet wurden. Dabei sind viele Angestellte in den Verband eingetreten, die eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis anstrebten.

Für den VBBA gab es eine Fülle neuer Aktionsfelder. Beamten- und versorgungsrechtliche Übergangsregelungen, die unterschiedliche

Höhe der Bezahlung, die Frage der Anerkennung von Vordienstzeiten in der ehemaligen DDR und das Problem der Auslagenerstattung von Westbeamten, die Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern leisteten.

Auf der Bundeshauptvorstandssitzung im Oktober 1991 wurden drei wichtige Entschlüsse gefasst und anschließend veröffentlicht: Mit deutlichen Worten wurde auf die (insbesondere vereinigungsbedingt) gestiegene Arbeitsbelastung und die unzureichende Personalausstattung in den Arbeitsämtern hingewiesen, was auf eine breite Resonanz bei Ministern und Bundestagsfraktionen stieß. Weitere Forderungen wurden zu den Verbeamtungsregelungen für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern und zur Einrichtung neuer Aus- und Fortbildungswege in den gehobenen Dienst der BA aufgestellt. Diese Forderungen wurden seitens der BA weitgehend erfüllt. Aufgrund der sehr positiven Mitgliederentwicklung stellte der VBBA seit 1991 ein ständiges Mitglied im Bundesvorstand des DBB. Damit können VBBA-Anliegen noch unmittelbarer in die Arbeit unseres gewerkschaftlichen Dachverbandes eingebracht werden.

Zentrales Ereignis des Bundesvertretertages vom 25. bis 27. Mai 1992 in Verden war die Wahl von Hans-Halmut Martens zum neuen Vorsitzenden eines nunmehr deutlich verjüngten Bundesvorstands, in dem jetzt Mitglieder aus allen Fachabteilungen der BA vertreten waren.

Der eklatante Personalmangel in den Arbeitsämtern im gesamten Bundesgebiet waren das Hauptthema 1993, aber auch die sich zum Jahresende abzeichnenden Verschlechterungen für Beamte durch das Spar- und Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung beschäftigten DBB und VBBA nachhaltig.

Im Jahre 1994 konnte der VBBA etliche Erfolge bei der Verbesserung der beruflichen Situation der BA-Beschäftigten erreichen. Mit seinem umfassenden Forderungskatalog gelang dem VBBA im Rahmen des beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens ein erfreulicher Durchbruch beim „Dauerbrenner“ Dienstpostenbewertung. Ein weiterer Erfolg war die Durchsetzung der Forderung nach einer laubbahnrechtlichen Gleichbehandlung der Absolventen der Aufstiegsfortbildung „Weg 2“.

Aber es ging zu dieser Zeit auch um die künftige Entwicklung des VBBA. Quer durch alle Gruppen wurde heftig gestritten um das Positionspapier zu einer Öffnung des VBBA für alle Arbeitnehmer der BA, welche letztlich durch 90 Prozent der Mitglieder abgelehnt wurde.

Ebenfalls breite Diskussionen herrschten um das Modell „Arbeitsamt 2000“. Viele Mitarbeiter waren skeptisch, standen doch zunächst die für das Personal negativen Auswirkungen im Vordergrund. Der VBBA hat diesen Prozess von Anfang konstruktiv kritisch begleitet. Ein Arbeitskreis aus kompetenten Fachleuten aller Abteilungen hat Meinungen, Anregungen und Erfahrungen der Mitglieder des VBBA aus ihrer täglichen Arbeit zusammengetragen und in Handlungskonzepte eingearbeitet.

Schon turnusmäßig flammte 1995 erneut die Diskussion um die „Finanzamtslösung“ beim Kindergeld auf. Mit einem deutlichen Schreiben an den Bundeskanzler ließ der VBBA auch dieses Mal keinen Zweifel daran, wo diese Aufgabe am besten angesiedelt ist, nämlich bei der BA.

Weitere Themen waren und sind die häufig unsachlichen Forderungen nach einer „Verschlankung“ und weiteren Privatisierung des öffentlichen Dienstes.

Die 2000er

Der VBBA startet „mit Augenmaß ins (Arbeitsamt) 2000“ und fordert vor flächendeckender Einführung des „AA 2000“ gesicherte Untersuchungsergebnisse. Wichtige Vorschläge des VBBA zur „Verwaltung AA 2000“ werden bei den Reformvorhaben der BA berücksichtigt. Und auch bei den Beteiligungsgesprächen zur Dienstpostenbewertung werden wesentliche VBBA-Forderungen erfüllt.



2001 - Konstruktives Gespräch am runden Tisch: BA-Präsident Bernhard Jagoda, VBBA-Bundesvorsitzender Heiner Schwarz, VBBA-Justiziar Werner Pscherer und der stellvertretende Vorsitzende Waldemar Dombrowski (von links).

Foto: R. Schumann

Der VBBA wird eindrucksvoll als stärkste Beamtenvertretung in der BA bestätigt; bei den PR-Wahlen 2000 mit überwältigender Mehrheit von 71 % in der Beamtengruppe.

Ungeachtet der Reform „AA 2000“ nimmt angesichts steigender Arbeitslosenzahlen die Kritik an der BA immens zu.

Die Arbeitsmarktpolitik wird hektischer, die Verantwortlichen für das Projekt „AA 2000“ zunehmend nervöser. Der VBBA hat bereits im Vorfeld der Krise auf wichtige Schwachstellen, wie z.B. fehlende Arbeitgeber-Orientierung und zu große Leitungsstrukturen aufmerksam gemacht und auf die unzureichende Einbindung der Mitarbeiterschaft hingewiesen.

Quo vadis BA titulierte die VBBA-Zeitung 2/2002: Präsident Jagoda tritt zurück, die Jubiläumsveranstaltung zum 50jährigen Bestehen der BA wird abgesagt – die BA ist in der Krise, erhält einen neuen Vorstand und wird umstrukturiert.

Der VBBA macht aktiv Vorschläge zur Optimierung und äußert sich in einem gemeinsamen Positionspapier VBBA/DBB zu den Vorschlägen I bis IV der Hartz-Kommission.

Verbandsintern gibt es Positives zu vermelden: Beim Gewerkschaftstag im Oktober 2002 in Potsdam öffnet sich der VBBA für die Angestellten und Arbeiter! Von nun an ist er der „Verband der Beschäftigten der BA – vbba“ – die Fachgewerkschaft in der BA. Mit diesem Beschluss wurde der vbba mit einem Sitz in die Bundestarifkommission des dbb aufgenommen. Zwischenzeitlich hat die vbba vier Sitze inne.

Der vbba erzielt bei der PR-Wahl 2004 auf Anhieb hervorragende Ergebnisse bei den Angestellten und Arbeitern und wird damit als Fachgewerkschaft für alle Beschäftigtengruppen bestätigt.

Im Zuge der Verlagerung der Aufgaben der Arbeitsmarktsinspektion - AMI - an die Zollverwaltung erreicht der vbba durch Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte zur Politik, dass die überwechselnden Mitarbeitenden nicht nur ihren Status behalten, sondern ihnen Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen.

Nach den Umbrüchen infolge der Hartz-Reformen ab 2005 stand der vbba vor der Herausforderung, die Mitarbeiter in einer sich rasant wandelnden Arbeitslandschaft zu unterstützen. Die Anforderungen an die Gewerkschaftsarbeit erhöhten sich damit schlagartig. Die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II und die damit verbundene Schaffung neuer Organisationseinheiten stellte den vbba vor neue Herausforderungen. Der Start gestaltete sich nicht nur wegen der Verschmelzung zweier unterschiedlicher Verwaltungskulturen sondern auch wegen der organisatorischen Besonderheiten schwierig.

Aus gewerkschaftlicher Sicht hatten sich dadurch viele Betätigungsfelder aufgetan, vor allem durch die Personalgestaltung durch zwei Träger sowie die geteilten und unklaren Personalbefugnisse. Der vbba erkannte frühzeitig, dass sich das SGB II zu einem gewerkschaftlichen Hauptthema entwickeln würde und baute entsprechende Strukturen und Netzwerke in der Fläche auf.

Er begleitete den massiven organisatorischen Umbau der Arbeitsagenturen, die Einführung neuer Steuerungsmodelle und die zunehmende Belastung der Beschäftigten durch gestiegene Fallzahlen konstruktiv-kritisch.

Pauschalangriffen auf die in den Arbeitsgemeinschaften tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tritt der vbba offensiv entgegen. Er wendet sich gegen eine Kommunalisierung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen.

Zwischen 2010 und 2013 professionalisierte sich der vbba weiter: Er baute ihre Personalratsarbeit aus, stärkte die internen Strukturen und wurde zu einem sichtbaren Teil des dbb beamtenbund und tarifunion.

Ein Meilenstein folgte **2014** mit der **Namensänderung** in **vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales**. Damit öffnete sich die Organisation inhaltlich und strukturell über die Bundesagentur hinaus und positionierte sich als Stimme für Beschäftigte im gesamten Arbeits- und Sozialbereich.

Immer mehr Fokus wurde in der BA auf Kennzahlen gelegt. Ein Grund für die vbba die Grundsatzkommission 1, welche sich mit Themen rund um Controlling und Steuerung befasste, zu gründen.

Ebenfalls vor 2014 wurde die Grundsatzkommission 2 „Teilhabe am Arbeitsleben“ ins Leben gerufen und richtet seither ihren Fokus auf die Herausforderungen, denen die Beschäftigten in allen Geschäftsbereichen in einer sich ständig ändernden Arbeitswelt ausgesetzt sind. Insbesondere der Gesundheitsschutz und die Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Arbeitsplätze liegen den aus fast allen Bundesländern vertretenen Mitgliedern der Grundsatzkommission am Herzen.

In der Tarifpolitik setzte die vbba immer wieder Akzente: Der 15. Änderungstarifvertrag (2015) passte die Regelungen des TV-BA an neue Fachkonzepte und Organisationsstrukturen an. Gleichzeitig engagierte sich die Gewerkschaft gegen zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigten und initiierte 2015 gemeinsam mit anderen Verbänden eine bundesweite Schweigeminute für Opfer von Angriffen in Jobcentern und Agenturen.

Die Einkommensrunde 2018 brachte eine dreistufige Tarifierhöhung über den Zeitraum bis 2020, wodurch die Realeinkommen spürbar verbessert wurden – an dieser Entwicklung war die vbba maßgeblich beteiligt.

Parallel dazu rückte die vbba Themen wie Digitalisierung und Veränderung der Arbeitswelt stärker in den Fokus. Der 2019 von der Grundsatzkommission „Digitalisierung“ veröffentlichte Leitfaden „Digitale Arbeitswelt“ half Mitgliedern, neue technische Anforderungen und Kompetenzprofile einzuordnen.

Mit Beginn der Corona-Pandemie 2020 stand die vbba erneut vor großen Herausforderungen. Sie setzte sich für Gesundheitsschutz, flexible Arbeitsformen und faire Entlohnung ein. In schwierigen Verhandlungen erreichte sie Sonderzahlungen sowie moderate, aber stabile Einkommenssteigerungen.



Eindrücke aus der Einkommensrunde 2025. Fotos: vbba



Werbemittel im Wandel der Zeit: auch die Werbemittel der vbba erlebten große Veränderung.

Bild Bernhard Schmitz

In den Folgejahren verlagerte sich der gewerkschaftliche Fokus auf Homeoffice, Datenschutz und Belastungsausgleich. Die vbba forderte klare Rahmenbedingungen und psychologische Unterstützung für Beschäftigte im mobilen Arbeiten.

2025 begann mit einem hochrangigen Austausch zwischen der vbba-Bundesleitung und der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur, Andrea Nahles, über Zukunftsfragen wie die Bürgergeld-Reform, Personalentwicklung und Digitalisierung. Parallel dazu startete die vbba die Einkommensrunde 2025 mit klaren Forderungen: 8 % mehr Einkommen, mindestens 350 € monatlich, drei zusätzliche freie Tage und die Rückkehr zur 39-Stunden-Woche.

Und auch in Zukunft richtet die vbba ihren Blick auf eine Arbeitswelt, die menschlich, gerecht und zukunftsfähig gestaltet werden soll.



1955 – Was sonst noch geschah

1955 – ein Jahr des Aufbruchs, des Neubeginns und des Optimismus. Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte sich die junge Bundesrepublik Deutschland spürbar verändert. Der Wiederaufbau war in vollem Gange, die Menschen blickten wieder nach vorn, und das sogenannte Wirtschaftswunder brachte neuen Wohlstand und ein Stück Normalität in den Alltag. Schreibmaschinen klackerten in den Amtsstuben, Karteikästen füllten sich, und der öffentliche Dienst gewann stetig an Bedeutung – eine Zeit, in der Engagement und Organisation gefragt waren.

In genau diesem gesellschaftlichen Klima wurde 1955 die **vbba** gegründet – als Stimme der Beschäftigten in den Bundesbehörden, die die Zukunft der Verwaltung mitgestalten wollten. Aber was passierte sonst noch im Jahr 1955?

Politik & Gesellschaft

- **Bundesrepublik Deutschland wird souverän:** Am 5. Mai 1955 trat das Besatzungsstatut außer Kraft – die BRD erhielt ihre volle Souveränität.
- **Wiedereintritt in die internationale Gemeinschaft:** Die BRD trat der **NATO** bei, die DDR dem **Warschauer Pakt** – Beginn der klaren Blockbildung im Kalten Krieg.
- **Bundeswehr gegründet:** Mit der Aufstellung der ersten Soldaten im November 1955 begann der Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte.

Gesellschaft & Alltag

- **Wirtschaftswunderjahre:** Der Konsum stieg, Fernseher und Mopeds wurden erschwinglich – das neue Lebensgefühl war von Optimismus geprägt.
- **Die junge Bundesrepublik modernisiert sich:** Die Büroarbeit wandelte sich – Schreibmaschinen, Karteikästen und neue Verwaltungsstrukturen prägten den Alltag der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- Das „**Lotto 6 aus 49**“ wird ins Leben gerufen: der erste Gewinn betrug 43.000 DM – eine enorme Summe für die damalige Zeit.

Kultur & Unterhaltung

- **James Dean wird zur Legende:** Der Hollywoodstar stirbt im Alter von 24 Jahren – ein Symbol einer rebellischen Jugendkultur.
- **Rock'n'Roll erobert die Welt:** Bill Haley's „Rock Around the Clock“ wird ein Welthit – der Soundtrack einer neuen Generation.

Wissenschaft & Technik

- **Albert Einstein stirbt** am 18. April 1955 – das Ende einer Ära der klassischen Physik.
- **Innovation auf vier Rädern:** Die Citroën DS („Göttin“) wird vorgestellt – technisch revolutionär und ein Symbol für Fortschritt.
- **Eröffnung des ersten McDonald's in den USA** – ein Vorbote der späteren Globalisierung und neuen Esskultur.

Sport

- **Juan Manuel Fangio** gewinnt die Formel-1-Weltmeisterschaft – ein Mythos des Motorsports.
- **Sepp Herberger** baut die deutsche Fußballnationalmannschaft nach dem „Wunder von Bern“ weiter auf.

1955



70 Jahre vbba und 40 Jahre vbba-Frauenvertretung



Höhen und Tiefen

Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, eine besondere Zeit, die ohne die unglaublichen Leistungen vieler Frauen nie zu der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung geführt hätte, die Deutschland verzeichnen konnte. Andererseits waren mit den sogenannten Wirtschaftswunderjahren Entwicklungen - auch im öffentlichen Dienst - verbunden, die deutlich machten: Es muss Interessenvertretungen geben. 1955 wurde deshalb der Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung – der vbba – gegründet. Der erste Schritt einer Entwicklung, in der wir heute als vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales – auf 70 erfolgreiche Jahre zurückblicken.

Gleichzeitig feiert die vbba-Frauenvertretung im Jahr 2026 ihr eigenes Jubiläum:

40 Jahre vbba-Frauenvertretung.

Im Folgenden stellen wir den Weg zur Gründung der vbba Frauenvertretung und einige „Meilensteine“ ihrer Entwicklung dar, denn immer weniger Kolleginnen und Kollegen kennen diese Entwicklung vollständig aus eigenem Erleben.

In den 1970er Jahren wurde in der damaligen Bundesanstalt für Arbeit (BA) deutlich, dass ohne Frauen die Aufgaben nicht zu bewältigen waren. Es setzte sich die Erkenntnis zur Notwendigkeit der Einbindung von Frauen in allen dienstlichen Ebenen der BA durch. Allerdings dauerte es noch über 10 Jahre, bis diese Erkenntnis in der BA und auch in dem seit 1955 bestehenden vbba zu sichtbaren Auswirkungen führte.

Bis 1986 gab es in dem vbba eine Frauenvertreterin im Bundeshauptvorstand. Sie hatte lediglich eine beratende Funktion. Der Bundesvertretertag 1986 ermöglichte die Bildung eines „Frauenforums“ mit Vertreterinnen im Bund und in den Ländern. Die erste Tagung dieses Gremiums unter dem Motto „Frauen sind keine Rand- oder Problemgruppe, sondern die Mehrheit der Belegschaft“ brachte jedoch Ergebnisse, die heute nur noch verwundern können: Es gibt keine Benachteiligung von Frauen in der BA. Demzufolge wurde weder gegenüber der BA noch gegenüber dem vbba die Forderung zur Erstellung z. B. eines Frauenförderplanes erhoben.

Erschreckend langsam wurden Frauenrechte in der „jungen“ Bundesrepublik Deutschland etabliert. Beispielhaft sei hier die Aufhebung des Beschäftigungsverbotes von verheirateten Frauen im öffentlichen Dienst 1954 aufgeführt (Frauenfußball war bis 1970 verboten!)

Doch zurück zur vbba: Auf der Tagung 1987 wurden – lange überfällig – Forderungen zur **beruflichen Gleichberechtigung in der BA** sowie für die **gewerkschaftlichen Funktionen im vbba** formuliert.

Eine eigenständige Frauenorganisation wurde jedoch erst mit Änderung der Satzung 1988 – vor allem auf Druck des DBB bzw. der DBB-Frauenvertretung – gebildet. Zumindest eine stimmberechtigte Frau gehörte dem obersten Gremium des vbba an. Seitdem ist die Vorsitzende der heutigen vbba-Frauenvertretung auch Mitglied der Bundeshauptversammlung der dbb-bundesfrauenvertretung.

Zeitgleich wurden Forderungen nach einem Frauenförderplan in der BA formuliert.

Die Übertragung von Führungsaufgaben an Frauen scheiterte noch an dem Dogma: Führungspositionen sind nicht teilbar.

Erste Vorsitzende des Frauenforums war Rita Haindl aus Bayern. 1992 setzte Martina Laufkötter die Arbeit als Vorsitzende des Frauenforums fort. Mit Inkrafttreten des Frauenfördergesetzes ergab sich die Forderung zur Einsetzung von Frauenbeauftragten in allen BA-Dienststellen.

1990 nahmen erstmals die Vertreterinnen der „neuen Bundesländer“ teil.

Die u. a. folgenden formulierten Themen sind leider zum Teil bis heute aktuell:

- > Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- > Frauen in Führungspositionen
- > Forderung nach Frauenvertreterinnen in den Vorständen der vbba-Landesgruppen.

Ende der 90er Jahre sorgte die Organisationsänderung „Arbeitsamt 2000“ vor Ort zu erheblichen Problemen im Bereich der Personalmigration. Betroffene waren besonders diejenigen mit Familienpflichten und Pflegeaufgaben – ganz überwiegend weibliche Beschäftigte.

Erst nach einem weiteren Wechsel im Vorsitz des Frauenforums im Jahr 2002 wurden weitere Erfolge erzielt. Mit dem Bundesgleichstellungsgesetz sind Gleichstellungsbeauftragte in den öffentlichen Verwaltungen, so auch in der BA, zu wählen. Das neue Gesetz verpflichtete die öffentlichen Arbeitgeber, neue Teilzeitmodelle in vielen Varianten zu ermöglichen. Aus dem Kreis der Gleichstellungsbeauftragten kam auch die neue Vorsitzende Helga Duhme-Lübke. Helga brachte aus jahrelanger Verbandsarbeit sowie als eine der ersten Frauenbeauftragten viel Erfahrung und Engagement ein.

Es kam die Verpflichtung von Frauenförderplänen in der öffentlichen Verwaltung. Es setzte ein Umdenken ein. Die Einrichtung einer „Gender Kommission“ zeigte ein verändertes Denken, auch bei vielen Männern. Akzeptanz für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Chance, Verantwortlichkeiten innerhalb der Familie für beide Partner gerechter und zufriedenstellender aufzuteilen.

Ebenfalls im Jahr 2002 öffnete sich der vbba für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Anteil der Frauen in der vbba stieg ebenfalls an. Die vbba-Satzung musste konsequent angepasst werden. Aus dem Frauenforum der vbba wurde die vbba-Frauenvertretung. Die Vorsitzende erhielt eine engagierte Stellvertreterin (Karin Schneider) an ihrer Seite.

Die Arbeit gegen Benachteiligungen von Frauen musste weiter gehen.

Die technische Weiterentwicklung, die Telearbeit als Arbeitsform ermöglichte, schaffte Möglichkeiten, die Arbeit flexibler zu gestalten. Unter dem Motto „mühsam ernährt sich das Eichhörnchen“ gelang es der Frauenvertretung mit ihren Forderungen innerhalb der vbba und in der BA zunehmend ernst genommen und bei dem Erreichen ihrer Ziele unterstützt zu werden.

2010 organisierte sich die Frauenvertretung unter der Vorsitzenden Helga Duhme-Lübke und den Stellvertreterinnen Doris Braun (als Verbindungsfrau zum Bundesvorstand) und Bianca Cristal neu. Die Fachgruppen „Öffentlichkeitsarbeit – von Frauen für Frauen“, „Familie und Vielfalt in der BA“ sowie „Grundsatzthemen und SGB II“ wurden gebildet.

Im neuen Rechtskreis SGB II wurde die Implementierung von Gleichstellungsbeauftragten und Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA), deren Arbeit im SGB III-Bereich bereits erfolgreich war, intensiv begleitet.



Mitglieder der FV bei einer Arbeitsgruppensitzung in 2017.

Foto: privat

Mitglieder der Frauenvertretung sind in allen Funktionen der Mitarbeitenden-Gremien angemessen vertreten: in örtlichen Personalräten, als Gleichstellungsbeauftragte, in den Bezirkspersonalräten und im Hauptpersonalrat sowie als Vertreterinnen der schwerbehinderten Menschen. Darüber hinaus auch in den Frauenvertretungen der dbb und tarifunion auf Landes- und Bundesebene.

2013 übergab Helga Duhme-Lübke den Staffelstab an die neue Vorsitzende Gudrun Kacan. In den folgenden Jahren kamen weitere Aspekte dazu, so die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, oft sogar die Dreifachbeanspruchung Vereinbarkeit Beruf, Familie und Pflege.

Jahreshauptversammlung FV in 2022 in Hannover;
Delegierte der FV mit unserem ehemaligen Vorsitzenden.

Foto: privat



Die Corona-Pandemie erforderte auch das Engagement der vbba Frauenvertretung. Sie wurde Interessenvertretung derjenigen, die durch gleichzeitiges Bewältigen von Arbeit, teils in Mobilarbeit mit technischen Problemen, Homeschooling und einer oft anspruchsvollen Neuorganisation von Care-Arbeit extrem belastet wurden. Die vielleicht einzig positive Auswirkung: Die Effektivität von Mobilarbeit wurde (fast) nicht mehr in Zweifel gestellt, sondern als Arbeitsform anerkannt und etabliert.

Wie steht es um die vbba Frauenvertretung in ihrem Jubiläumsjahr?

Mit der aktuellen Vorsitzenden Kerstin Adjalian und ihren Vorstandskolleginnen muss sich die vbba Frauenvertretung weiter um die beschriebenen „Dauerbrenner“-Themen kümmern. Unter dem Jahresthema „40 Jahre Frauenvertretung“ kommen jedoch weitere gewerkschaftliche Themenfelder hinzu:

- > Digitalisierung und Gesundheit
- > die Nutzung von KI
- > (Fehl-) Entwicklungen in sozialen Netzwerken im Hinblick auf Gleichberechtigung und Vereinbarkeitsfragen entgegenzutreten

Die Chancen nutzen, den Risiken von Diskriminierung und Verunglimpfung begegnen sind anspruchsvolle Aufgaben im Jubiläumsjahr für die vbba-Frauenvertretung.



Text: Helga Duhme-Lübke
und Annette von Brauchitsch-Lavaulx
für die vbba Frauenvertretung



Rückblick aus der Landesgruppe Hessen

Axel Lehmann, bis 2016 vbba Landesvorsitzender in Hessen, blickt an die Anfangszeiten „seiner“ Gewerkschaft zurück. Zunächst als „**Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit**“ gegründet, änderte sich die Bezeichnung 2006 in die „**Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarktdienstleister**“ und seit 15. Mai 2014 in die heutige „**vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales**“.

Die im Jahr 2002 vorgenommene Öffnung für alle Beschäftigten-
gruppen bei der BA war eine zukunftsweisende Entscheidung.

Aber die Idee dazu gab es schon Jahre vorher...

Im Jahr 1994 tagte der Landesgewerkschaftstag im Arbeitsamt Offenbach. Axel Lehmanns Stellvertreter, Manfred Schneider, damals Arbeitsamt Frankfurt, stellte die Frage, warum sich in der vbba keine Tarifbeschäftigten organisieren können.

Axel Lehmann erinnert sich:

„*Wir waren zu diesem Zeitpunkt eine Gewerkschaft für Beamte.*

Man muss sich heute die Frage stellen: Hat mein Stellvertreter zu diesem Zeitpunkt schon geahnt, dass rund 10 Jahre später in der Arbeitsverwaltung keine Beamtinnen und Beamten mehr ausgebildet werden?“

Er forderte in den Folgejahren vehement die Öffnung der vbba für die Aufnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Jahreszeitraum 2002 bis 2004 wurde unter der Leitung des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, das „Aus“ der Ausbildung des Beamtennachwuchses besiegelt. Die im Jahr 2002 vorgenommene Öffnung für alle Beschäftigtengruppen erfolgte nach Auffassung von Manfred Schneider 10 Jahre zu spät.

Eine positive Auswirkung auf die Mitgliedergewinnung kann nur vermutet werden.

Auch der Erhalt des Umfangs des „Weihnachtsgeldes“ beschäftigte uns schon frühzeitig.

Im Jahr 2006 fand der Landesgewerkschaftstag in Hanau statt. Die Vorbereitungen begannen schon ein Jahr im Voraus. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes dbb war damals Peter Heesen. Der Landesvorsitzende Axel Lehmann hatte schon lange die Idee, einen Vertreter des dbb als Referenten zu gewinnen. Er schickte eine Einladung nach Berlin und Peter Heesen sagte seine Teilnahme zu. Für die Landesgruppe Hessen war es eine Ehre, den „Chef“ des dbb auf dem Landesgewerkschaftstag der vbba in Hanau begrüßen zu dürfen. An einen Themenbereich seines Vortrages kann sich Axel Lehmann auch heute noch gut erinnern. Peter Heesen sprach das jährliche Weihnachtsgeld an, das in einer Sonderzuwendungsverordnung geregelt war. Er forderte, jeden Monat die Bezüge der Beamtinnen und Beamten um ein Zwölftel zu erhöhen. Viele Delegierte zeigten dafür kein Verständnis, denn gerade zum Jahreswechsel wurden und werden noch immer viele Kosten fällig. Er ging davon aus, dass im Falle von zu erwarteten Einsparungen, die Sonderzuwendung, die nicht gesetzlich geregelt war, wegfallen könnte. Seit 2009 gibt es für die Beamtinnen und Beamten keine Sonderzuwendung mehr, denn ein Teil wurde in das Grundgehalt integriert.

Wäre „man“ dem Vorschlag von Peter Heesen gefolgt, hätte es vermutlich keine Kürzung bei der Höhe gegeben.

Seine Prophezeiung hat sich erfüllt!

70 Jahre vbba

Deine Vorteile als Mitglied in der vbba:

- **Rechtsberatung und Rechtsschutz**
- **Bei Arbeitskampfmaßnahmen
Unterstützung im Rahmen der
Arbeitskampfordnung der vbba**
(z. B. Streikgeld)
- **Seminare**
- **Informationen,**
bspw. über das vbba Magazin,
vbba aktuell oder die vbba App
- **Freizeit-Unfallversicherung**
- **Auslandsrankenversicherung**
- **Exklusive Sonderkonditionen
und attraktive Preisvorteile**



Bundeshauptvorstandssitzung

Intensiver Austausch und neue Impulse

Vom 7. bis 8. November traf sich der Bundeshauptvorstand im Inklusivhotel **INCLUSiO Regensburg** zu seiner zweiten Sitzung in diesem Jahr.

Traditionell fand im Vorfeld der Sitzung der **Austausch mit den Landesgruppen** statt – im Mittelpunkt stand diesmal die geplante **Satzungsänderung**, flankiert von Themen wie **Mitgliedergewinnung** und **Netzwerkpartnerschaften**.

Der offizielle Auftakt der BuHaVo erfolgte mit dem satirischen Vortrag „Eine Welt ohne Gewerkschaften – eine Tragikomödie“, der für einen ebenso humorvollen wie nachdenklichen Einstieg sorgte.

Strukturkommission: Weichenstellung für die Zukunft

Nach einer Schweigeminute für die verstorbenen Kollegen **Waldemar Dombrowski** und **Ulrich Silberbach** informierte der Bundesvorsitzende **Christian Löschner** über den aktuellen Stand der **Strukturkommission**.



Christian Löschner informierte zum Arbeitsstand der Strukturkommission.

Foto: Oliver Gerdemann

Kernidee ist die **Umwandlung der vbba in einen eingetragenen Verein (e.V.)**, was auch eine Anpassung der Satzung und eine **Neustrukturierung des Bundesvorstands** erforderlich macht.

Die neuen Strukturen wurden gemeinsam mit den Delegierten intensiv und konstruktiv diskutiert.

Zukunftsprojekt Intern (ZuPi)

Volker Zeuner versorgte die Teilnehmenden mit aktuellen Informationen zur Transformation des Personalbereichs.

IT, Strukturen, Produkte und Prozesse mussten im Rahmen ZuPi gleichzeitig angepasst werden. „Wir muten den Kollegen im IS-Bereich einiges zu“, so Zeuner, jedoch könnte man einen Bereich nicht ohne den anderen anpassen.



Volker Zeuner referierte zum Zukunftsprojekt intern.

Foto: Oliver Gerdemann



Volker Zeuner (links) mit Christian Löschner.

Foto: Mathias Schulz

Aufgrund der Größe und Komplexität hatte man sich entschieden die Transformation in mehreren Wellen umzusetzen. Nachdem das Produktcenter Personalgewinnung am 1. November an den Start ging, werden die Produktcenter Lernen und Nachwuchskräfte am 1. Mai 2026 eingeführt. Die Personal Service Center und Kundenfunktion werden Anfang 2027 starten, deren Einführung auch mit der elektronischen Personalakte einhergehen muss.

Auch die Personalisierung im Rahmen der Transformationen erfolgte in drei Stufen. Es wurden zunächst die Interessen der Mitarbeitenden abgefragt und anschließend in einem intensiven, vielleicht sogar historischen Besetzungsprozess entsprechende Entscheidungen getroffen. Die noch offenen Stellen wurden in der dritten Stufe ausgeschrieben und besetzt.

Die Befähigung der Mitarbeitenden im Internen Service erfolgte individuell entsprechend der vorhandenen Vorkenntnisse. Hauptziel war und ist es die Arbeitsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen sicherzustellen.

Ab 1. Januar startet ebenfalls das Digitale Dienstleistungsportal (DDP), zunächst nur mit der Funktion Wissensmanagement, zukünftig soll es den zentralen Eingangskanal für alle Fragen und Anliegen an Personal, IT und Infrastruktur darstellen.

Auch die Gruppe der BA-Beschäftigten in den gemeinsamen Einrichtungen wird bei der Transformation bedacht. Eine Arbeitsgruppe aus Praktikern der Internen Services und Jobcentern erarbeitet derzeit einen Vorschlag für ein neues SePo. Dieses muss abschließend noch mit dem BMAS abgestimmt werden.

ZuPo LIVE – Prozesse neu denken

Mario Döll stellte den Zuhörern die Ziele des Projektes ZuPo LIVE vor, das am 3. November startete.

ZuPo LIVE ist das Umsetzungsprojekt des ZuPo. Es soll Optimierungen einführen, welche im Konzeptionsprojekt ZuPo für die operative Flächenorganisation der BA im SGB III entwickelt wurden. Ziel ist es die Kundenkernprozesse zu optimieren, modernisieren und noch stärker an den Kundenbedürfnissen auszurichten. Hierfür wurden in einem ersten Schritt die 15 wesentlichsten Kundenanliegen herausgefiltert.

ZuPo LIVE stellte Mario Döll dem Gremium vor.

Foto: Oliver Gerdemann



Angesichts des demografischen Wandels – bis 2032 scheiden 40.000 Mitarbeitende aus dem Dienst aus – sollen Prozessstandards eingeführt werden, mit denen Kundinnen und Kunden in jeder Agentur und in jedem OS einheitliche Services und eine hohe Dienstleistungsqualität erleben. Gleichzeitig fördern identische Abläufe die gegenseitige Unterstützung und die Einführung zukünftiger Innovationen im Sinne von „voneinander lernen“.



In das Projekt sollen die Perspektiven der Kundinnen und Kunden sowie der Mitarbeitenden im Erarbeitungsprozess einbezogen werden. Auch die enge Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen der Zentrale, den Regionaldirektionen und ZuPo LIVE soll die Dienststellen bestmöglich unterstützen.

Mario Döll (links) mit
Christian Löschner.
Foto: Oliver Gerdelmann

Tarif und Besoldung

Karsten Staß bot einen Ausblick auf den Tariffbereich, insbesondere auf die aktuelle Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). „Solidarität kennt keine Grenzen“, so das Motto. Wir sind bei dieser Einkommensrunde zwar nicht unmittelbar betroffen, dennoch beteiligen sich die vbba-Mitglieder in ihrer Freizeit aktiv an den geplanten Aktionen.

Am 17. November wird die Forderungsfindung erfolgen. Die Verhandlungen sollten bis 13. Februar (dritte Verhandlungsrunde) abgeschlossen sein.

Ina Kastner und Oliver Gerdelmann blickten zurück auf die Tarifeinigung mit der Bundesagentur für Arbeit. Aktuell steht der 31. Änderungs-Tarifvertrag kurz vor der Unterschrift. Zwar konnte beim Thema Langzeitkonto in Form von Wertguthaben noch keine abschließende Einigung erzielt werden, um aber den Änderungstarifvertrag nicht in Gänze in Frage zu stellen, wurde dem aktuellen Entwurf zugestimmt.



Die in der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen ermöglichte 42-Stunden-Woche wurde in den TV-BA nicht übernommen, um Überlastungen bei den Mitarbeitenden zu vermeiden.

Ina Kastner und
Oliver Gerdelmann informierten
aus dem Tariffbereich.
Foto: Anja Fischer

Das Zeit-statt-Geld-Wahlmodell kann von den Mitarbeitenden ab 1. Januar 2026 bis spätestens 31. August 2026 für den Zeitraum ab 2027 beantragt werden. Nach Abschluss des Tarifvertrages wird die vbba noch eine entsprechende Veröffentlichung herausgeben.

Mit dem neu ins Leben gerufenen Arbeitskreis Tarif soll mehr Transparenz zum Thema Tarif in der Fläche geschaffen werden.

Aus dem **Beamtenbereich** informierte Christian Löschner über die geplanten Abschlagszahlungen für die Beamtinnen und Beamten ab Dezember 2025. Zukünftig ist die Überarbeitung der Besoldungstabelle geplant, die für alle verbeamteten Kolleginnen und Kollegen Verbesserungen bringen soll.

Der Übergang der Beihilfestelle zur Postbeamtenkrankenkasse hat größtenteils gut funktioniert.

Beteiligungen

Die Aufstellung zu den HJAV-Wahlen wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Die Liste stimmt positiv auf die anstehenden HJAV-Wahlen am 22. April 2026.

Der Haushalt 2026 wurde dem Gremium vorgestellt und ebenfalls angenommen.

Die Rechnungsprüfenden Franziska Richter, Sebastian Weiß und Joachim Morawietz haben in der Bundesgeschäftsstelle alle Ausgaben des ersten Halbjahres 2025 geprüft und konnten die ordnungsgemäße Kasselführung bescheinigen.

Zudem wurden die eingereichten Anträge besprochen und entschieden.

Fazit

Mit einem Ausblick auf die Termine im kommenden Jahr verabschiedete Christian Löschner die Teilnehmenden des Bundeshauptvorstandes und bedankte sich für das konstruktive und kollegiale Miteinander.

Ein Dank gilt auch den Moderatoren Steph Rau und Ingo Wagner, welche gewohnt souverän durch die Veranstaltung führten.

Die zweite Bundeshauptvorstandssitzung 2025 stand ganz im Zeichen der **Veränderung und Zukunftsgestaltung** – mit klaren Schritten hin zu moderneren Strukturen, transparenteren Prozessen und einer starken, zukunftsfähigen Organisation.



Foto: Oliver Gerdelmann

Das INCLUDiO Regensburg - Inklusion und Barrierefreiheit

Mit dem Johanniter Hotel INCLUDiO ist in Regensburg ein Ort entstanden wo sich alle Menschen auf Augenhöhe begegnen können – egal ob mit oder ohne Behinderung – als Gast oder als Mitarbeitender. Hier steht der Mensch im Mittelpunkt.

Inklusion bedeutet für im Hotel:

- Mindestens 40 % der Mitarbeitenden sind Menschen mit Behinderung.
- Den beeinträchtigten Mitarbeitern wird ein selbst bestimmtes Leben, ein eigenes Einkommen und soziale Anerkennung ermöglicht.
- Jeder trägt gemäß seiner individuellen Leistungsfähigkeit zum Teamerfolg bei.
- Als Mitglied bei den embrace Hotels bekennt sich das INCLUDiO klar zu deren Motto: „Als Gast willkommen, als Mensch erwünscht“.

Mit der Bundeshauptvorstandssitzung im INCLUDiO Regensburg unterstützt die vbba diesen großartigen Ansatz.

Wir haben uns im INCLUDiO Regensburg sehr wohl gefühlt und miteinander auf Augenhöhe genießen können.

HPR-Fraktion berichtet



SEPTEMBER 2025

Am 1. September war es wieder so weit: Wir konnten bundesweit die neuen Auszubildenden und Studierenden bei der Bundesagentur für Arbeit begrüßen.

Die vbba-Fraktion im HPR heißt alle neuen Nachwuchskräfte herzlich willkommen!

Wir wünschen Euch einen erfolgreichen Start sowie viel Freude und Erfolg während des Studiums bzw. der Ausbildung. Wir hoffen, dass Ihr nicht nur spannende Inhalte vermittelt bekommt, sondern auch die Arbeit mit unseren Kundinnen und Kunden im Team mit den Kolleginnen und Kollegen als bereichernd erlebt. Vor allem wünschen wir Euch, dass Ihr stets das gute Gefühl behaltet, mit Eurer Berufswahl die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Der Einstieg in einen neuen Lebensabschnitt ist immer eine besondere Herausforderung. Umso wichtiger ist es, sich von Beginn an gut aufgenommen zu fühlen. Wir sind überzeugt, dass Ihr in der BA viele engagierte und hilfsbereite Kolleginnen und Kollegen finden werdet, die Euch unterstützen. Fragen zu haben und um Hilfe zu bitten, gehört dabei ganz selbstverständlich dazu – sowohl am Anfang als auch im weiteren Verlauf Eurer Ausbildungs- oder Studienzeit. **Wir wünschen Euch, dass Ihr viel Unterstützung, Teamgeist und Kollegialität erfahrt – und Euch von Anfang an als Teil der BA-Familie fühlt!**

Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA ist der 1. September ein besonderer Tag – ein Tag der Erinnerung an den eigenen **Start ins Berufsleben bei der BA**. Auch in diesem Jahr konnten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ihr Dienstjubiläum begehen. **Dazu gratulieren wir herzlich** und wünschen, dass die Arbeit – bei aller (aktuell besonders hohen) Belastung – dennoch weiterhin Erfüllung bereitet. Der 1. September sollte auch die BA daran erinnern, dass es auch ihre Verantwortung als Arbeitgeberin bzw. Dienstherrin ist, ein Arbeitsumfeld zu erhalten oder wiederherzustellen, in dem langjähriges und engagiertes Arbeiten gesund und mit Zufriedenheit möglich bleibt. Nur so kann Engagement dauerhaft wachsen – und nicht durch das Gefühl ersetzt werden, verschlissen oder ausgebrannt zu sein.

Bereits im August hatten wir bedauert, wie in den Medien und in politischen Diskussionen über die BA, die Jobcenter sowie über die Ausgestaltung des Bürgergelds berichtet wird. Leider ist hier keine Beruhigung eingetreten, auch die Seriosität mancher Schlagzeilen und Beiträge

hat nicht an Qualität gewonnen. Natürlich darf nach der Leistungsfähigkeit der Dienststellen und dem Funktionieren des Dienstleistungsangebots der BA und Jobcenter gefragt werden, das ist legitim. Wir selbst merken ja, dass nicht alles „rund“ läuft. Es bleibt aber unsere Erwartung, dass den betroffenen Menschen mit Respekt begegnet wird.

Dr. Katrin Krömer, Vorständin Ressourcen der BA, stellte im Gespräch mit dem HPR die Auswirkungen der schwachen wirtschaftlichen Situation in Deutschland dar. Hieraus folgen insbesondere große finanzielle Herausforderungen durch den deutlichen Anstieg auf der Ausgabenseite aufgrund steigender Bewilligungszahlen für BA-Versicherungsleistungen wie z.B. AlgPlus. Ein deutliches **Defizit im BA-Haushalt für 2025** ist nicht mehr vermeidbar, eine Rücklagenbildung 2026 bleibt wohl illusorisch.

Am Vortag der Verwaltungsratssitzung, in der (wie immer im September) der BA-Haushalt das wesentliche Thema sein wird, stellte sie die Überlegungen des BA-Vorstandes zur Finanz- und Personalplanung 2026 im Groben dar.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun die arbeitnehmerorientierte Arbeitsvermittlung als „besonders konjunkturreagibler Bereich“ anerkannt wird. Die steigenden Wartezeiten auf eine Erstberatung verdeutlichen, dass diese Einschätzung der aktuellen Situation gerecht wird.

Anlässlich der Beteiligung des HPR zu den **Ausbildungsquoten** (siehe dazu auch weiter unten) haben wir zudem gegenüber Frau Dr. Krömer unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass wir – angesichts der sich abzeichnenden demografiebedingten Personalbedarfe – die Notwendigkeit sehen, die **Quoten der Nachwuchskräfte in den nächsten Jahren zu erhöhen. Damit einher muss aber auch eine personelle Verstärkung des Ausbildungsbereichs gehen!**

Mit aktuellen Informationen aus dem IT-Bereich, insbesondere der IT-Sicherheit der BA, stand uns **Stefan Latuski, Vorsitzender der Geschäftsführung des IT-Systemhauses**, in der HPR-Sitzung zur Verfügung. Die hohe Belastung vor allem des Kundenportals durch die – aus Sicherheitsgründen kurzfristig erforderliche – **Multi-Faktor-Authentifizierung** wurde besprochen. Es wird bereits durch eine bereichsübergreifende Taskforce mit Hochdruck an Verbesserungen gearbeitet. Herr Latuski stellte jedoch dar, dass es keine ganz einfachen Lösungen geben könne,



um den Sicherheitsanforderungen an die Datennutzung und -speicherung gerecht zu werden.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist und bleibt, unter sich verschärfenden Rahmenbedingungen, die IT-Stabilität. Aktuelle Handlungsansätze stellte Stefan Latuski dem HPR vor. Ein Ansatz ist es, die Stabilität der Systeme rund um das jeweilige Einspielen der neuen Programmversionen signifikant zu verbessern. Zudem soll der UHD zu diesen Zeiten personell verstärkt werden.

Er appellierte aber auch an die **Eigenverantwortung der Mitarbeitenden**. So ist es zwingend erforderlich, dass die MAP und PC für Zwischenversorgungen oder das Einspielen der neuen Programmversionen in den Dienststellen oder per VPN mit dem BA-Netz verbunden werden.

Wir werben im Interesse der IT-Sicherheit und der Arbeitsfähigkeit um Ihre Unterstützung:

Bitte achten Sie kollegial darauf, dass in den Büros befindliche Geräte von Kolleginnen und Kollegen, die krank, im Urlaub oder aus anderen Gründen nicht im Dienst sind, an den Tagen vor der IT-Versorgung nicht heruntergefahren sind.

Im Gespräch mit **Joav Auerbach, Geschäftsführer Controlling/Finanzen der BA**, wurde die unbefriedigende Situation der Standorte des **Regionalen Infrastruktur Managements (RIM)** angesprochen. Herr Auerbach stellte dar, dass der Bereich Infrastruktur vor einem umfassenden Transformationsprozess stehe. Er betonte: „Infrastruktur ist ein wichtiger Parameter für die Zukunftsfähigkeit der BA.“ Die heutigen Strukturen seien jedoch nicht erfolgswürdig, unter anderem gäbe es zu viele zu beteiligende Stellen. Eine Umstellung auf klare Organisationsstrukturen und Verantwortlichkeiten sei überfällig. Das bedeute jedoch nicht, dass die Mitarbeitenden keine gute Arbeit leisten würden.

Wir sehen hier akuten Handlungsbedarf, da sich viele Mitarbeitende in ihrer Arbeit nicht ausreichend wahrgenommen und unterstützt fühlen. Das hohe Arbeitsvolumen, die zeitintensiven Aufgaben – insbesondere durch Ortstermine – sowie die Erwartungen an ständige Erreichbarkeit, etwa für Handwerksbetriebe, führen zu einer besonderen Belastungssituation. Ein deutliches Warnsignal ist der hohe Krankenstand in den regionalen RIM-Bereichen.

Wir fordern, noch vor der geplanten Transformation Personalabbau zu verhindern.

Im Gegenteil: Die personelle Ausstattung muss endlich den bestehenden vielfältigen Aufgaben sowie Reisetätigkeiten tatsächlich auch Rechnung tragen.

Das neue **Fachkonzept Controlling/Finanzen** konnte auch in dieser Sitzung trotz intensiver Gespräche zwischen HPR und Verwaltung nicht geeint werden. Durch die Verzögerung ist zu befürchten, dass sich Kolleginnen und Kollegen aus dem CF-Bereich in andere Fachbereiche „wegbewerben“ und damit Fachwissen „abwandert“. Herr Auerbach betonte nochmals, dass jede/jeder in der neuen Organisationsaufstellung gebraucht wird.

Aus unserer Sicht ist die geplante Zeitschiene nicht (mehr) haltbar, um eine ordnungsgemäße Einführung und das „Mitnehmen“ der betroffenen Beschäftigten zu gewährleisten.

Auch in dieser Sitzung stand **Susann Dengler, Geschäftsführerin Kundenprozesse bei der BA**, dem HPR zum Gespräch zur Verfügung. Die bestimmenden Themen waren die angespannte Situation vor allem in der arbeitnehmerorientierten Arbeitsvermittlung, die neuen Anforderungen an den Arbeitgeber-Service sowie der „Stufenplan“ als Reaktion auf die verschlechterte konjunkturelle und strukturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zum Stufenplan lag dem HPR eine entsprechende Vorlage zur Mitbestimmung vor – mehr dazu weiter unten.

Aktuell erreichen uns Hinweise, dass die Berechnungshilfe zur Erfassung der **Arbeitszeit bei Dienstreisen** in ERP-Time ggf. nicht immer korrekte Ergebnisse liefert bzw. Fehlermeldungen ausgibt. Hierzu ist der HPR mit dem Fachbereich (weiterhin) im Austausch, um die rückgemeldeten Fallkonstellationen zu klären.

Wir empfehlen den Kolleginnen und Kollegen daher, ihre Zeiten bis zur Klärung sicherheitshalber zusätzlich händisch zu dokumentieren.

Weitere Informationen aus der September-Sitzung

Herausforderung in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung

Grund für die o.g. Weisung war die deutliche Auswirkung der aktuellen Rezession auf den Arbeitsmarkt. Allerdings zeigte sich hier kein bundesweit einheitliches Bild, da die Regionen unterschiedlich betroffen sind. Mit dieser Weisung sollte den Regionaldirektionen (RD) ein Handlungsleitfaden in Form von definierten Stufen an die Hand gegeben werden. Diese umfassen u. a. den Ausgleich von Betreuungsrelationen innerhalb eines RD-Bezirks, die zeitweise Anpassung von Gesprächsdauern und die Unterstützung der AV-Teams durch INGA sowie letztendlich auch durch Kolleginnen und Kollegen des AGS und der BBiE. Die Weisung ist aktuell bis zum 30. September 2025 befristet. Handlungsbedarf wird jedoch darüber hinausgesehen, deshalb sollte sie nun um ein halbes Jahr verlängert werden.

Die wirtschaftliche Lage und damit die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wird sich so kurzfristig jedoch sicher nicht verbessern. Da hilft es nicht, Weisungen zu verlängern. Es braucht vielmehr eine Gesamtstrategie, um auf diese Krise zu reagieren!

In **langen** und **sehr intensiven** Gesprächen mit den Verantwortlichen der Zentrale wurden deshalb zahlreiche Verbesserungen angeregt und gefordert. In den Sitzungstagen konnten jedoch nicht zu allen angesprochenen Problemen und Handlungsfeldern überzeugende neue Regelungen vereinbart werden. Manche Anpassungen wurden durch die verantwortliche Geschäftsführerin bereits zugesagt, andere müssen noch mit dem BA-Vorstand abgestimmt werden. Aus diesem Grund wurde vereinbart, die aktuelle Weisung bis zum 17. Oktober 2025 zu verlängern, um in der Oktober-HPR-Sitzung über eine angepasste Weisung abstimmen zu können.

Unserer Meinung nach muss dabei auf die Belastungssituation der Vermittlungsfachkräfte ebenso reagiert werden wie auf die Ergebnisse der Kundenbefragung. Diese zeigt, dass qualitativ gute Erstgespräche ihre Zeit brauchen und nicht im Schnelldurchgang (von 30 Minuten) den Ansprüchen an kundengerechte Beratung entsprechen können.

Die Überlagerung der vermittlerischen Inhalte durch leistungsrechtliche Fragen der Kundinnen und Kunden kommt weiterhin erschwerend hinzu.

Eindeutige Aussagen zur Einbindung der INGA-Beratungsfachkräfte ohne die Gefährdung des bewährten INGA-Konzepts sowie der Unterstützung durch AG-S und BBiE müssen geschärft werden.

HdBA – Verstetigung der App des Anbieters Uni-Now ab 01.09.2025

Der Anbieter Uni-Now hat nun die barrierefreie Version einer App zur Nutzung für Studierende, Lehrende und Studieninteressierte der Hochschule der BA (HdBA) erstellt.

Aufgrund der verspäteten Umsetzung der künftigen barrierefreien App erfolgt zunächst per Direktvergabe die Nutzung der App für die Dauer eines Jahres ab dem 01.09.2025.

Überstunden bzw. Mehrarbeit in den SC Telefonie SGB III und Technischer Support

Die kurzfristig notwendig gewordene verpflichtende Multi-Faktor-Authentifizierung (MFA) ist bereits seit dem Frühjahr ein vorherrschendes Thema für unsere Kundinnen und Kunden. Viele haben Fragen und Schwierigkeiten bei der Einrichtung bzw. benötigen Unterstützung – und suchen diese telefonisch in den Servicecentern sowie vor Ort in den Eingangszonen bzw. anderen operativen Bereichen. Die Folgen: Lange Wartezeiten am Empfang, erhöhtes Anrufvolumen mit viel Unmut beim verzweifelten Versuch, den Onlinewünschen der BA zu folgen. Dies führt – neben der konjunkturellen Mehrbelastung – zu einer zusätzlichen Belastung der Kolleginnen und Kollegen. So geht es nicht mehr weiter und deshalb reagieren die Verantwortlichen nun endlich. Eine Taskforce ist eingerichtet, welche nun schnell Lösungen erarbeiten soll.

In diesem Zusammenhang spüren Sie alle die Auswirkungen auf das tägliche Geschäft und deshalb hat vor allem der Rückstandsabbau der Emails hohe Priorität. Die tageweise Einschränkung der Telefonie hat nicht zu einem signifikanten Rückgang der Rückstände geführt. Zum Abbau dieser Bearbeitungsrückstände sollen nun Überstunden bzw. Mehrarbeit geleistet werden.

Es ist sicherzustellen, dass die gesetzlichen Regelungen zur Höchstarbeitszeit eingehalten werden. Die Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dabei zu beachten. Die geleisteten Über- bzw. Mehrarbeitsstunden werden nach Maßgabe der tarifvertraglichen bzw. gesetzlichen Regelungen vergütet. **Wir weisen darauf hin, dass Teilzeitarbeitskräfte Überstundenzuschläge erst dann erhalten, wenn sie die Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte überschreiten.** Sofern bereits bei der Anordnung absehbar ist, dass die Überstunden bzw. Mehrarbeit innerhalb des Ausgleichszeitraums aufgrund des anhaltend hohen Arbeitsanfalls nicht in Freizeit ausgeglichen werden können, ist dies entsprechend zu dokumentieren, um in diesen Fällen die Überstunden/Mehrarbeit bereits vor Ablauf des Ausgleichszeitraums vergüten zu können.

Die Anordnung von Überstunden bzw. Mehrarbeit erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis. Eine Anordnung gegen den Willen der Beschäftigten soll nicht erfolgen. Ob Überstunden bzw. Mehrarbeit geleistet werden und in welchem Umfang, wird in jedem SC SGB III und SC Technischer Support individuell mit den Mitarbeitenden vereinbart. Die Anordnung von Überstunden bzw. Mehrarbeit unterliegt der Mitbestimmung der örtlichen Personalvertretung nach § 80 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG.

Pilotierung eines Förderprogramms für weibliche Führungskräfte der TE II und I: FemPowerLead Akademie

Je höher die Führungsposition in der BA, desto mehr nimmt der Frauenanteil ab. Um der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen entgegenzuwirken, soll ein spezielles Förderprogramm erprobt werden. Das Programm zielt auf Potentialträgerinnen ab, die mindestens zwei Jahre Führungserfahrung haben. Da die Teilnehmerinnen bereits über Führungskompetenzen verfügen, liegt der Fokus auf der Persönlichkeitsentwicklung und dem Erwerb von Metakompetenzen. Die bundesweite Pilotierung soll 12 weiblichen Führungskräften der TE II und 6 TE I von Januar bis September 2026 ermöglicht werden.

Verteilung von Einstellungsquoten von Nachwuchskräften für das Einstellungsjahr 2026

Dem HPR wurden im Rahmen der Beteiligung die Quoten 2026 für die Ausbildungs- und Studiengänge („operativ“ sowie für IT-Berufe) vorgelegt.

Hier sind nur marginale Änderungen zu den Vorjahren erfolgt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Ausscheidens zahlreicher Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Jahren, muss diese Vorgehensweise überdacht werden. **Der HPR wird dazu eine Stellungnahme abgeben.**

Wir halten es für notwendig, die Quoten für Auszubildende und Studierende in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die BA im Wettbewerb um die Fachkräfte von morgen mit ihren personellen und fachlichen Bedarfen zukunftsfest aufgestellt ist und der Wissenstransfer bereits während Ausbildung und Studium beginnt. Gleichzeitig muss der Ausbildungsbereich gestärkt werden.

Prozesseinführung zur Neuanlage und Pflege von personenbezogenen Daten im Stammdatenerfassungs- und -pflegesystem (STEP) per IDA-Verfahren

Auf Grundlage des Registermodernisierungsgesetzes (RegMoG) ist die Identifikationsnummer (IDNr) in der Bundesagentur für Arbeit (BA) als registerführende Stelle für die personenbezogenen Datenbestände nach SGB III und SGB II einzuführen und zu verwenden. Dabei dient die IDNr als eindeutiges Ordnungsmerkmal als Voraussetzung für behördenübergreifenden Datenaustausch.

Hierfür bindet sich die BA zur PRV 25.11 durch das Projekt IDEAL an das IDA-Verfahren des Bundesverwaltungsamtes an. Mit dem IDA-Verfahren wird es allen angeordneten Behörden ermöglicht, Daten beim Bundeszentralamt für Steuern abzurufen. Diese beinhalten die IDNr (entspricht der Steuerlichen Identifikationsnummer) und Basisdaten zur Person von den Meldebehörden. Die IDNr wird als zusätzliches Merkmal in STEP geführt, ersetzt aber nicht die BA-internen Fachkenner (z.B. Kundennummer, BG-Nummer).

Die Weisung regelt die verbindliche Erfassung und Pflege von Personendaten mittels Datenabruf, die schrittweise Einführung des neuen Standardprozesses zum Einzeldatenabruf sowie dessen Zulässigkeit.

Für die Anschlussfähigkeit der Systeme der BA und im Hinblick auf den künftig beabsichtigten möglichst störungsfreien Datenfluss im bundes- und europaweiten behördlichen Kontext ist es erforderlich, Maßnahmen zur Standardisierung und Harmonisierung von Daten und Datenstrukturen vorzunehmen.

Auch wenn der Abgleich automatisiert erfolgt, erfordern zwei Fallgestaltungen eine manuelle Bearbeitung:

- Dublettenbereinigung,
- gleichzeitige Namens- und Bankverbindungsänderung.

Wir haben unserer Sorge Ausdruck verliehen, dass bei einem so großflächigen Datenabgleich dennoch eine Welle von Bearbeitungshinweisen auf das Kundenportal zukommen könnte. Da es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt, ist das Vorgehen allerdings alternativlos.

Pre- und Onboarding in der BA – Einführung eines standardisierten Prozesses inkl. Arbeitsmittel

Im Rahmen der Transformation des Personalbereiches ist die Einführung eines standardisierten Pre- und Onboardingprozesses vorgesehen. Dieser bildet den Rahmen für den gesamten Zeitraum von der vorbehaltlichen



mündlichen Einstellungszusage bis hin zum Abschluss der Einarbeitung. Die Einführung ist mit dem Start des Produktcenters Personalgewinnung (PC PG) am 01.11.2025 vorgesehen.

Um eine qualitativ hochwertige und standardisierte Umsetzung des Prozesses durch alle Beteiligten sicherzustellen und einfache und ressourcenschonende Bearbeitung zu gewährleisten, werden Arbeitsmittel und -hilfen für Führungskräfte, neue Mitarbeitende und Mitarbeitende im PC PG zur Verfügung gestellt.

Einführung DMS-Finzen

Am 05.09.2025 ab 06:00 Uhr war es soweit: Die Kolleginnen und Kollegen des Inkassobereiches, der Zentralkasse und der Winterbaumlage haben eine neue „E-Akte“. Ein spannender Moment für die Verantwortlichen und Entwickler des Datenmanagementsystem Finanzen (DMS-FI).

Mit viel Engagement wurde in den vergangenen Monaten – auch mit zusätzlichen Servern, nachdem Performanceprobleme die Einführung verzögert hatten – getüftelt.

Der HPR hat über Monate das Projekt eng begleitet und hört nun am Einführungstag recht positive Signale. Die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren haben ganze Arbeit geleistet, sich bei laufendem Betrieb ihrer Tätigkeiten weiter befähigt, Probleme in den Schulungsdatenbanken überbrückt, um den Anwendenden zur Seite zu stehen – Ungewohntes muss noch alltäglich werden.



Noch sind nicht alle fachlichen Anforderungen und Wünsche erfüllt. Wir hoffen, dass mit der Überführung des Systems in die Linie weitere kreative Lösungen für die zukünftige Anwendung entwickelt werden.

Projekt Internationaler Webauftritt der BA – Modul 2 „Angemeldeter Bereich“

Mit dem 29. Oktober kommt es zur Einführung eines Anmeldebereichs auf dem Internationalen Webauftritt. Bisher kommunizieren Mitarbeitende des Customer Centers der ZAV mit internationalen Bewerbern und Bewerberinnen per E-Mail.

Um zukünftig datenschutzkonform zu arbeiten, soll die E-Mail-Kommunikation auf ein Minimum reduziert und auf die Postfachnachrichtenfunktion in diesem Anmeldebereich zurückgegriffen werden. Dokumente, welche durch die Kundinnen und Kunden an die Nachrichten angehängt werden, können dann direkt in das Fachverfahren E-Akte übernommen werden. In dem neuen Cockpit im Anmeldebereich können Zuwanderungsinteressierte weiterhin selbstständig Lebenslauf, Kompetenzen sowie weitere vermittlungsrelevante Informationen hinterlegen.

OKTOBER 2025

Letzte Woche waren die Nachrichtensendungen und Schlagzeilen nicht nur vom möglichen Frieden im Nahen Osten geprägt. Für uns als Mitarbeitende der Jobcenter und Agenturen für Arbeit waren die Nachrichten zum angekündigten Gesetzentwurf zur Neuordnung des SGB II ebenfalls eine große Schlagzeile. Die Ankündigung, den Begriff Bürgergeld abzuschaffen sowie u. a. strengere Sanktionsmöglichkeiten gesetzlich zu verankern, sorgte sofort für die zu erwartenden öffentlichen Diskussionen.

Wer – wie wir – die Diskussionen und die seit Beginn immer wieder geänderten gesetzlichen Regelungen im Bereich des SGB II kennt und in der Praxis umsetzen musste, blickt nun mit Spannung darauf, wie und in welchem Tempo die angekündigten Gesetzesänderungen tatsächlich realisiert werden.

In der Berichterstattung war – wie so oft – auffällig, dass überwiegend die BA als verantwortliche Institution genannt und oft ihr Logo in den Nachrichtensendungen zu sehen war. Diese „Ungenauigkeit“ in der öffentlichen Diskussion sprach auch **Daniel Terzenbach, Vorstand Regi-onen der Bundesagentur für Arbeit**, in seinem Gespräch mit dem HPR im Rahmen der Oktobersitzung an. Die Trennung der Rechtskreise und der Verantwortlichkeiten für die Arbeitslosenversicherung und das SGB II gehe in der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion immer mehr verloren. Eine Einschätzung, die wir teilen und ebenfalls bedauern.

Der Bundeshaushalt 2025 wurde erst vor kurzem endgültig verabschiedet, auch mit Auswirkungen für die finanzielle Lage der Jobcenter. Aktuell laufen, wie in jedem Herbst, die Verhandlungen mit den zuständigen Fachministerien und dem Verwaltungsrat zum Haushalt 2026 der BA mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Rechtskreisen wieder auf Hochtouren. Diese Verhandlungen beobachtet der HPR mit größter Spannung, da die Regelungen des Haushaltes auch die personelle Ausstattung beinhalten. Die Finanzierungszusagen zu den Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten der BA-Beschäftigten sind ein wichtiger Teil der Planungen. Details konnte uns Herr Terzenbach im aktuellen Verhandlungsprozess nicht bekannt geben, jedoch wurde deutlich, wie angespannt die Lage in diesem Jahr ist. Die BA muss sehr genau darlegen, welche finanziellen Mittel und personelle Bedarfe in den verschiedenen Aufgabengebieten benötigt werden, um in der konjunkturell und strukturell problematischen Situation auf dem Arbeitsmarkt handlungsfähig zu bleiben. Aufgrund der verbrauchten eigenen Rücklagen der BA und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zu finanzieller Unterstützung aus den öffentlichen Haushalten ist die BA-Verhandlungsposition besonders schwierig. Von der Nutzung eines Sondervermögens kann im Arbeitsmarktsektor keine Rede sein.

Herr Terzenbach informierte den HPR außerdem darüber, dass sich der BA-Vorstand weitere Gedanken zur Zukunft der einzelnen Aufgabenbereiche der BA macht, um auch mittelfristig krisenfest agieren zu können. Auf die Herausforderungen durch den demographischen Wandel, veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes in den kommenden Jahren sowie geänderten Rahmenbedingungen durch Digitalisierung und „Künstliche Intelligenz“ will der Vorstand der BA mit einer angepassten, professionellen Neuorganisation der BA begegnen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat der Hauptpersonalrat den Vorstand der BA wiederholt auf die Notwendigkeit von Verbesserungen für die Beschäftigten aufmerksam gemacht – 2023 mit dem Schreiben **„Alarmstufe Dunkelrot im Kundenportal“** und 2024 mit **„Notbremse ziehen: Bundesweite Überlastungsanzeige“**.

Seitdem wurden weitreichende Entscheidungen getroffen, die der HPR konstruktiv-kritisch bzw. unterstützend begleitet hat – etwa zu BA-FLÄX und der Einstufung der Service Center, Eingangszonen und des AlgPlus als besonders konjunktureagible Bereiche. Daraus ergab sich eine personelle Verstärkung im Jahr 2025, die im Personalhaushalt 2026 mindestens verstetigt – oder angesichts der angespannten konjunkturellen Lage sogar ausgeweitet – werden sollte.

Nach der September-Sitzung hat sich der HPR erneut an den Vorstand der BA gewandt. Das Schreiben mit dem Titel: **„Zukunft ist JETZT: Eine Intervention für die Gegenwart, in der wir gemeinsam arbeiten“** ist **im Social Intranet** eingestellt.

Was als Vereinfachung bei der **Erfassung von Dienstreisezeiten in ERP-Time** angekündigt wurde, entpuppt sich als zeitfressende Hürde im Arbeitsalltag. Es ist sehr verwunderlich, dass wohl bei der BA die Vorstellung bestand, die **Arbeitshilfe** würde hier ausreichen. Vollends unverständlich ist jedoch, dass auch der Personalbereich weder rechtzeitig informiert noch angemessen geschult wurde. Damit müssen nun dessen Mitarbeitende die Folgen tragen – konfrontiert mit einer Flut von Anfragen und Korrekturbelegen.

Mittlerweile informiert die BA über verschiedene Kanäle und es werden Informationsveranstaltungen zur korrekten Erfassung angeboten. Denn diese ist nicht trivial und hat Auswirkungen auf die Zeitgutschrift. Ob eine so kleinteilige Erfassung (wie im **Social-Intranet** dargestellt) – insbesondere im Hinblick auf die Wartezeit – jedoch praxisnah ist und zum Verständnis der Regelung beiträgt, ist zu hinterfragen. Fakt ist:

- Wer sich zwischen Terminen auf das nächste Gespräch vorbereitet, arbeitet – auch auf Dienstreise.
- Wer vor oder nach einer Besprechung im fachlichen Austausch ist, arbeitet – auch auf Dienstreise.

Hintergrund ist, dass – analog den beamtenrechtlichen Regelungen – über tariflich zu Gunsten der Tarifbeschäftigten 1/3 der nicht für eine Auffüllung auf die Tagesarbeitszeit genutzten Reisezeit als Arbeitszeit gutgeschrieben wird. Deshalb ist deren korrekte Erfassung und Unterscheidung zur Wartezeit wichtig.

Übrigens: Die Forderung der vbba und auch des HPR „Reisezeit = Arbeitszeit“ besteht weiterhin, nur verweigern sich hier die öffentlichen Arbeitgeber, auch die BA.

Haben wir den Kolleginnen und Kollegen in der September-Ausgabe unserer HPR-Info noch zu ihren individuellen Dienstjubiläen am 1. September 2025 herzlich gratuliert, so freuen wir uns nun über ein besonderes Jubiläum in eigener Sache: **Am 14. Oktober 2025 feierte die vbba ihr 70-jähriges Bestehen.**

Sieben Jahrzehnte – eine lange Zeit mit vielen Veränderungen. Aus einem Verband, der ursprünglich ausschließlich Beamtinnen und Beamten der BA offenstand, hat sich eine **attraktive Fachgewerkschaft für alle Beschäftigten** in den Arbeitsagenturen, Familienkassen, weiteren Dienststellen der BA sowie den Jobcentern entwickelt: die **vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales**. Unsere Organisation ist in ihrer Mitgliederstruktur ebenso wie bei den Funktionsträgerinnen und -trägern deutlich vielfältiger geworden – eine sehr positive Entwicklung, die sich insbesondere in stetig wachsenden Mitgliederzahlen widerspiegelt.

Mit Stolz blicken wir auf die vergangenen Jahrzehnte zurück und danken allen, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Unser besonderer Dank gilt den vielen engagierten Mitgliedern für ihren Einsatz und ihre anhaltende Unterstützung!

Weitere Informationen aus der Oktober-Sitzung

Herausforderungen in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung

Die anhaltende Konjunkturlaute wirkt sich deutlich auf den Arbeitsmarkt aus. Die BA geht von einem weiteren – in einigen Regionen auch sehr deutlichen – Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Daher wurde den RDen mit E-Mail-Weisung vom 12.02.25 ein Rahmen gegeben, um bei signifikantem Anstieg von arbeitssuchenden bzw. arbeitslosen Kundinnen und Kunden angemessen reagieren zu können.

Diese Weisung wurde nach der September-HPR-Sitzung bis zum 17. Oktober 2025 verlängert. Nach intensivem Austausch mit der Zentrale wurden viele vom HPR vorgeschlagenen Anpassungen umgesetzt – somit konnte nun der entsprechend angepassten Weisung (Laufzeit bis 31.03.2026) zugestimmt werden. Die Weisung wird für alle sichtbar zeitnah im Intranet veröffentlicht.

Die wesentlichen Anpassungen:

- Sollten sich aus einem Telefonat mit den Kundinnen und Kunden (Folge- und Zwischenkontakt und nicht Erstgespräche) Beratungen ergeben, so sind diese zugelassen. In VerBIS wird in diesen Fällen ein Beratungsvermerk erstellt. Diese Kundenkontakte aus VerBIS fließen in die Darstellung im bundesweiten Lagebild ein. Es erfolgt keine Erfassung in ATV.

Die Verzielung der Beratungszeit in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung wird für den Zeitraum der Weisung ausgesetzt.

- Die Mitarbeitenden entscheiden selbst über den Zeitansatz der Gespräche je nach Unterstützungsbedarf der Kundinnen und Kunden und über die Inhalte der Gespräche. Sofern eine pauschalierte Anpassung der Gesprächszeiten erfolgt, dürfen die Dauer von 45 Minuten für Erstgespräche und 30 Minuten für Folgegespräche nicht unterschritten werden.
- Da weiterhin vermittlerische Inhalte durch leistungsrechtliche Fragen der Kundinnen und Kunden überlagert werden, soll der Zugriff auf die E-Akte für die Vermittlungsfachkräfte – befristet bis zum Ablauf der Weisung – weiterhin möglich sein.
- Aussagen zur Einbindung der INGA-Beratungsfachkräfte ohne die Gefährdung des bewährten INGA-Konzepts sowie der Unterstützung durch AG-S und BBiE wurden geschärft.
- Die Beteiligung der örtlichen und Bezirksvertretungen wurde konkretisiert.

Mit den Änderungen wird auf entsprechende Hinweise des HPR reagiert, der die Erfahrungen aus der Umsetzung der bisherigen Weisung deutlich gespiegelt hat. Dies betrifft insbesondere die Zulässigkeit von telefonischen Kontakten/Beratungen, die Untergrenze bei der pauschalierten Festlegung der Gesprächsdauern und das Thema Beratungszeit. Wir freuen uns, dass es nun gelungen ist, den Vermittlungsfachkräften einerseits Flexibilität im Tagesgeschäft zu verschaffen, andererseits aber auch einen Schutz vor zu ambitionierten Erwartungen an kurze Gesprächsdauern.

Unterstützungsangebote für Kundinnen und Kunden zur Mehr-Faktor-Authentifizierung

Die arbeitsmarktliche Entwicklung führt aktuell zu einem hohen Kundenaufkommen. Dies zeigt sich u.a. durch eine angespannte Situation in den Operativen Services sowie eine hohe telefonische bzw. persönliche Kontaktdichte in den Service Centern bzw. den Eingangszonen. Ein nicht unerheblicher Teil der Kontakte im Kundenportal resultiert hierbei aus Anfragen zur Mehr-Faktor-Authentifizierung (MFA).

Die vorgelegte Weisung soll einerseits ein deutliches Verständnis dafür schaffen, dass die Unterstützung von Kundinnen und Kunden sowie Unternehmen im Online-Kontext im ersten Schritt eine Aufgabe aller Mitarbeitenden mit Kundenkontakt ist. Im Weiteren wird ein mehrstufiges Verfahren zur Kanalisierung und abschließenden Beantwortung von aufwändigeren Fragen etabliert.

Die 1. Stufe sieht einen verbesserten Self-Service vor. Hierfür werden die zentralen Inhalte von einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe geprüft und überarbeitet. Ziel ist eine einheitliche Wissensbasis zu schaffen, welche vor allem bei der Ersteinrichtung der MFA ein klares und einheitliches Vorgehen skizziert.

In der 2. Stufe sollen tiefergehende telefonische Kundenanfragen (z. B. zur Unterstützung bei der erneuten Anmeldung nach der Einrichtung eines 2. Faktors) an die Support Service Center weitergeleitet werden. Zur Bearbeitung des erwarteten Anrufr Volumens ist hierfür ein befristeter personeller Aufwuchs an den Standorten des Technischen Supports in Landshut-Pfarrkirchen und Wittenberg geplant.

In der 3. Stufe bearbeitet eine virtuelle Einheit, welche dem Technischen Support Service Center zugeordnet wird, weitergehende Fragen, die in Stufe 2 nicht beantwortet werden konnten. Die Mitarbeit in der virtuellen Einheit wird ebenfalls durch befristete Beschäftigungsmöglichkeiten im Technischen Support Service Center ermöglicht werden. Angedacht ist eine vorrangige Rekrutierung aus den SC und Eingangszonen.

Der HPR konnte trotz intensiver Verhandlungen leider keine Höherbewertung der Tätigkeit in der 3. Stufe erreichen. Der Ausgleich für eine ggf. entfallene Funktionsstufe in TE V erfolgt über tariflich.



Funktionserweiterung VPN-Einwahl: Nutzung „Walled Garden WLAN“

Seit dem Wechsel des Mobilfunkanbieters im Frühjahr 2025 – nach einer Ausschreibung von der Telekom zu o2 – stehen viele Beschäftigte im Außendienst vor erheblichen Herausforderungen. In der Praxis zeigt sich, dass die Netzabdeckung von o2 den Anforderungen des Dienstbetriebs oftmals nicht gerecht wird. Besonders die Kolleginnen und Kollegen in der Berufsberatung sind hiervon stark betroffen.

Die Mobilfunkversorgung kann nicht immer zeitnah durch den Anbieter verbessert werden. Eine mögliche Umgehungslösung wäre, das am Dienstort gegebenenfalls vorhandene WLAN zu nutzen, was jedoch häufig an den Sicherheitsbeschränkungen des MAP scheitert. Denn leider ist bei vielen dieser angebotenen WLAN-Netze eine Webseite „vorgeschaltet“, die eine Bestätigung über eine Schaltfläche benötigt, um Internetzugang zu erhalten. Der Webbrowser des BA-MAP kann diese Webseiten nicht anzeigen, da dies aus Gründen der Sicherheit der IT-Landschaft unterbunden ist und nicht aufgehoben werden darf.

Das Softwareprodukt MOCCA, welches die VPN-Einwahl auf Notebooks der BA steuert, wurde daher mit einer Funktion erweitert, um diese Bestätigung der Webseite unter Berücksichtigung der technischen Sicherheit zu ermöglichen. Durch die notwendige Art der Umsetzung und die damit verbundene Absicherung kann die neue Funktion aber nicht barrierefrei angeboten werden.

Mitarbeitende, die aufgrund Einschränkungen die neue Funktion nicht verwenden können, trotzdem aber eine bessere Netzabdeckung für VPN benötigen, können mit einer Alternativlösung ausgestattet werden. Noch in diesem Jahr werden von Telefónica „Roaming-fähige“ Mobilfunkkarten angeboten, die sich in alle deutschen Mobilfunknetze einbuchen können und so das beste verfügbare Netz bereitstellen. Das ggfs. bis zur Umstellung genutzte Telekom-Netz kann so weiterverwendet werden. Da diese Lösung allerdings hohe Betriebskosten verursacht ist die Ausgabe auf entsprechende Notwendigkeit zu prüfen.

» **Wir haben den Wechsel zu o2 bereits im Vorfeld kritisch bewertet – und wurden kurz nach der Umstellung in unserer Einschätzung bestätigt. Wie so oft hat sich gezeigt, dass die vermeintlich günstigste Lösung nicht immer auch die beste ist. Dennoch begrüßen wir die nun geschaffenen neuen Möglichkeiten, die die Arbeit vieler Kolleginnen und Kollegen künftig erleichtern werden.**

Projekt-Fachkonzept Personal und Organisationsentwicklung 1.b

Das fortgeschriebene Projekt-Fach- und Organisations-Konzept leitet die Welle 1B der Transformation des Personalbereichs ein. Es betrifft den „Go Live“ des Produkt Centers Personalgewinnung, die Bildungs- und Tagungstätten sowie die Führungsakademie der BA (FBA).

Die FBA bleibt als besondere Dienststelle bestehen und wird zukünftig aus dem OFK-Center heraus gesteuert. Die Einheit „Zentrale Bildungsdienstleistungen“ wird aus der FBA-Organisation herausgelöst und in das Produktcenter Lernen integriert. Der Hotelbetrieb der BTS geht in der Teil-Organisationseinheit Administration & Service auf, der Lernbetrieb in der Teil-Organisationseinheit Bereitstellung.

Zielvereinbarungstemplates und Glossare 2026

Wie in jedem Jahr wurden auch dieses Jahr beim HPR die Zielglossare für 2026 beteiligt. Diese legen fest, welche Ziele in die Zielvereinbarungen der verschiedenen Führungskräfte aufgenommen werden können oder müssen. Da noch unklar ist, wie die Personalaufstellung der verschiedenen Bereiche im nächsten Jahr aussieht, schauen wir hier ganz genau hin. Schließlich sind mit weniger Personal die Ziele schwieriger zu erreichen und der HPR hat kein Interesse daran, dass besonders ambitionierte Zielwerte den ohnehin schon sehr hohen Druck auf unsere Kolleginnen und Kollegen weiter erhöhen.

In dieser Sitzung wurde den Zielglossaren des Statistikservice und Betriebsnummernservice, des Regionalen Einkaufszentrum, der Internen Beratung, der Familienkasse, der Internen Revision, der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung sowie den Ressourcen- und Personalorientierten Zielen zugestimmt. Zu den anderen Glossaren befinden wir uns weiter in Gesprächen mit der Zentrale.

Weisung Freistellung für Gremienaufgaben

Die Weisung, die sich an die Geschäftsführungen der Regionaldirektionen richtet, greift die Verpflichtung auf, Personalratsmitglieder, Gleichstellungsbeauftragte und Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Menschen sowie ggf. deren Stellvertretungen zur Wahrnehmung ihrer Gremienaufgaben im erforderlichen Umfang freizustellen bzw. zu entlasten. Es wird darauf hingewiesen, dass bei betroffenen Amtsträgern, die nur teilweise oder nicht pauschal freigestellt bzw. entlastet sind, der Umfang ihrer originären Aufgaben entsprechend zu reduzieren ist, um eine Doppelbelastung sowohl der Amtsträgerinnen und Amtsträger als auch der betroffenen Organisationseinheit zu vermeiden.

Im Kontext des Zielvereinbarungsprozesses wird darauf hingewiesen, dass den Zielgeberinnen und Zielgebern eine besondere Verantwortung zukommt

- bei der Gestaltung der personellen Rahmenbedingungen,
- bei der Vereinbarung von Zielen und Zielwerten sowie
- bei der Bewertung der Gesamtzieelerreichung der Zielnehmerinnen und Zielnehmer im Rahmen des Leistungs- und Entwicklungsdialogs.

Diese Weisung stellt eine leider notwendige Erinnerung an die Verantwortung und die Fürsorgepflicht gegenüber Mandatsträgerinnen und -trägern sowie ihren Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Organisationseinheiten dar. Nach Rückmeldungen, die wir von Betroffenen immer wieder erhalten, ist diese Weisung leider zwingend erforderlich. Wir erwarten, dass sie dazu führt, dass endlich flächendeckend entsprechend gehandelt wird. Wir begrüßen deshalb sehr, dass der entsprechende Impuls der Haupt-schwerbehindertenvertretung zur Veröffentlichung dieser Weisung geführt hat.

NOVEMBER 2025

Die HPR-Sitzung fand bei für November außergewöhnlichem Sonnenschein statt. Die Inhalte der Sitzung waren dagegen – zumindest zu einigen Tagesordnungspunkten – so wie alljährlich typisch für das „BA-Jahr“: Es ging um die Verhandlungen zum **BA-Haushalt 2026** sowie um die **Zielvereinbarungstemplates für die unterschiedlichen Bereiche** im kommenden Jahr.

Sehr interessant und offen war der Austausch des HPR mit **Andrea Nahles**, der Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, zu aktuellen Themen und Anforderungen an die BA.

Frau Nahles stellte dar, dass der Ton in der öffentlichen Meinung und in Teilen der Politik gegenüber der BA deutlich rauer geworden sei. Die teils erkennbare negative Stimmung gegenüber der BA, aber auch generell gegenüber der Staatlichkeit, bereite ihr große Sorge. Unsachliche Darstellungen sowohl hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung als auch des Engagements der Mitarbeitenden der BA hätten in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Die in den vergangenen krisenhaften Jahren mit großem Engagement erbrachten Leistungen fänden in der öffentlichen Diskussion leider kaum noch Anerkennung. Teilweise würden Darstellungen angeblich fehlerhafter Handlungsweisen und Vorgaben der BA populistisch übernommen – ohne die Inhalte vorher zu verifizieren.

» **Als Fachgewerkschaft haben wir das Thema Sicherheit der Beschäftigten schon lang im Fokus. Ein kürzlich erschie-nener Bericht über Übergriffe und Bedrohungssituationen in Thüringen bietet ein erschreckendes Bild der Folgen des fehlenden Respekts und der zunehmenden Verrohung im Umgang mit den Beschäftigten der BA.**

Den Artikel der Funke-Mediengruppe finden Sie auf Seite 46.

Viel Unruhe und teils unsachliche Debatten brachte auch die in den letzten Monaten geführte Diskussion um das **Bürgergeld** sowie den angeblich erforderlichen erneuten Umbau des Systems im Geltungsbereich des SGB II. Die Folge sind Ankündigungen umfangreicher Gesetzesänderungen im SGB II, die unter anderem teils drastische Sanktionen beinhalten sowie eine Umbenennung der Leistungen vorsehen. Diese Ankündigungen sorgen verständlicherweise für Bedenken und teils große Verunsicherung bei den Mitarbeitenden in den Jobcentern, was sich auch auf die Arbeit auswirken kann.

Frau Nahles äußerte darüber hinaus ihre Sorge um den **Standort Deutschland**. Bereits im dritten Jahr in Folge zeichne sich keine konjunkturelle Erholung ab; zudem seien strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt zunehmend erkennbar. So leide die Industrie weiterhin unter den überdurchschnittlich hohen Energiekosten in Deutschland, die in wichtigen Branchen in den letzten Monaten zu signifikantem Personalabbau geführt haben. Eine Senkung der in den letzten Monaten gestiegenen Arbeitslosenzahlen bleibe daher das wichtigste Ziel der BA – ein in der aktuellen Situation jedoch sehr ambitioniertes Ziel.

Mit Sorge betrachtet Frau Nahles auch die Situation auf dem **Ausbildungsmarkt**. Zum ersten Mal seit Jahren gibt es dort wieder mehr Ausbildungsplatzsuchende als gemeldete Ausbildungsstellen. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, um den Jugendlichen eine dauerhafte berufliche Perspektive zu geben. Es müsse ernsthaft überlegt werden, wie der Wegfall von Ausbildungsstellen in der Industrie kompensiert werden könne.

Frau Nahles wünscht sich hierzu – aus unserer Sicht völlig zu Recht – eine **Berichterstattung in den Medien**, die die aktuellen Warnsignale für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich macht.

Der Ansatz vieler Agenturen, vor diesem Hintergrund gezielt Betriebe anzusprechen, um die Zahl der bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellen zu erhöhen, ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen und gehört zu den wichtigen Aufgaben der Kolleginnen und Kollegen.

Wir warnen jedoch vor örtlichem Aktionismus und unnötigem Druck auf unsere Kolleginnen und Kollegen zur Erreichung dieses Ziels!

Frau Nahles berichtete, dass sie derzeit den intensiven Austausch mit den politisch Verantwortlichen sucht und entsprechende Gesprächstermine vereinbart hat.

Die vbba-HPR-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass Frau Nahles überzeugend positive Lobby-Arbeit für die BA leistet und sich klar hinter die Mitarbeitenden stellt – in einer Wirtschaftslage, in der die BA erneut zur Sicherung des sozialen Friedens beiträgt und als funktionierender Teil des deutschen Sozialstaates von zentraler Bedeutung ist.

Am 7. November 2025 wurde der **BA-Haushalt 2026** in seiner finalen Fassung vom Verwaltungsrat festgestellt. Die derzeit angespannte finanzielle Situation der BA und das Erfordernis, zur Sicherstellung der erforderlichen Ausgaben im Versicherungsbereich **Liquiditätshilfen auf Darlehensbasis** in Anspruch nehmen zu müssen, machten die Haushaltsverhandlungen in den letzten Wochen deutlich komplexer. Die Möglichkeit, in diesem Rahmen personelle Verstärkung zur Aufgabenerledigung zu fordern, bestand nur mit guten Argumenten und fundierten Berechnungen zur Belastungssituation – auf Grundlage der verschiedenen Personalbedarfserhebungen. Wichtig war zudem, dass bestimmte Aufgabengebiete, darunter auch die **arbeitnehmerorientierte Arbeitsvermittlung**, als **konjunkturreagibel** und in ihrer besonderen Belastungssituation anerkannt wurden.

Die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und mit dem Verwaltungsrat der BA erforderten intensive Vorbereitungen, überzeugende Argumente und ein starkes Standing des BA-Vorstandes sowie der Personal- und Haushaltsbereiche der Zentrale.

In dieser Situation hat der HPR von seinem Recht Gebrauch gemacht, zur Aufstellung des **Personalhaushalts 2026** durch den Vorstand der BA eine dezidierte Stellungnahme abzugeben. Diese können Sie in Kürze im **Social Intranet** nachlesen.

Weitere Informationen aus der November-Sitzung

Einführung des BA-KI-Recherche-Assistenten (BAKIRA)

Im Juni hat sich der HPR mit der Erprobung von BAKIRA beschäftigt (wir berichteten). Die Testphase wurde inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Ab dem **17. November 2025** soll die KI-Anwendung schrittweise freigeschaltet werden. Dann stehen drei Module zur Verfügung:

- **GenAI-Textassistent** (generative künstliche Intelligenz): unterstützt bei der Erstellung und Verarbeitung von Texten, z. B. Zusammenfassungen oder Übersetzungen.
- **Chatbot für GenAI-Wissensmanagement**: beantwortet BA-spezifische Fragen auf Basis interner und externer Quellen.
- **Self-Controlling-Chatbot**: unterstützt mit KI im Bereich Controlling und Finanzen.

Für alle Anwendenden ist es wichtig, vorab die verpflichtenden Selbstlernmodule zum KI-Kompetenzaufbau zu absolvieren. Zusätzlich stehen verschiedene Arbeitshilfen bereit, mit denen man sich vor der Nutzung von BAKIRA beschäftigen sollte. Die Verantwortung für die Verwendung der KI-Ergebnisse liegt bei den Mitarbeitenden.

BAKIRA enthält zudem eine Feedbackfunktion. Gerade in der Anfangsphase ist es entscheidend, regelmäßig Rückmeldungen zu den KI-Ergebnissen zu geben, um das Entwicklungsteam bei der kontinuierlichen Verbesserung des Systems zu unterstützen – wovon wir letztlich alle profitieren.

Wir empfehlen, sich intensiv mit den Schulungsunterlagen auseinanderzusetzen und die KI anschließend aktiv auszuprobieren. Denn auch das richtige „Prompten“, also das Formulieren von Aufgaben und Fragen an die KI, will gelernt sein. Die Führungskräfte sind angehalten, den Mitarbeitenden hierfür die notwendige Zeit – auch im Rahmen der DV Lernen – einzuräumen. Je sicherer man im Umgang mit der KI wird und je präziser man sie anleitet, desto hilfreicher kann sie im Arbeitsalltag unterstützen und entlasten.

Einführung des Portals „meine BA“

„Ein modernes und digitales Arbeiterlebnis für alle Mitarbeitenden der BA – dafür steht das neue Digitale Dienstleistungsportal „meineBA“. Ab dem 01.01.2026 steht Ihnen „meine BA“ mit zentral aufbereiteten, klar strukturierten Informationen rund um die Themen Personal, IT und Infrastruktur zur Verfügung.“

So beschreibt die BA das neue Portal. Für alle Mitarbeitenden soll es damit deutlich einfacher sein, die richtigen Daten und Informationen rund um das eigene Arbeitsverhältnis zu finden, ebenso Informationen zum Bearbeitungsstand von z. B. Teilzeitanträgen. Für Führungskräfte dürfte dies eine Unterstützung und Entlastung darstellen, da sie sich weniger mit administrativen Arbeiten beschäftigen müssen.

Im **Social Intranet** ist bereits eine Demo-Version aufrufbar. Ebenso stehen hier zahlreiche Informationen rund um das neue Portal zur Verfügung.

Umsetzung der Gehalts- und Besoldungserhöhung

Im Rahmen des Rundschreibens des Bundesministeriums des Inneren sowie des Kabinettschlusses über Abschlagszahlungen an Besoldungs- und Versorgungsberechtigte, im Vorgriff auf die besoldungs- und versorgungsrechtliche Übertragung des Tarifiergebnisses 2025/2026, wurden von der BA die technischen Anpassungen zur Zahlbarmachung der Gehalts- und Besoldungserhöhung zum 01.04.2025 vorbereitet.

Die Umsetzung erfolgt Ende November 2025, so dass die Beamten und Beamtinnen und Versorgungsempfänger und -empfängerinnen mit der Dezemberzahlung die rückwirkende Erhöhung erhalten. Die Auszahlung erfolgt jedoch unter Vorbehalt, da das Gesetzgebungsverfahren noch



nicht abgeschlossen ist. Mit dem geplanten Gesetz soll zudem durch verschiedene Maßnahmen – endlich – auch eine amtsangemessene Alimention im Bundesbeamtenbereich sichergestellt werden.

Arbeitsmittel zur Patenschaft im Onboarding

Für Führungskräfte stehen ein „Konzept für Führungskräfte zur Patenschaft im Rahmen des Onboardings in der BA“ und ein „One-Pager zum Konzept“ bereit. Diese unterstützen die Führungskraft beim Verständnis der Patenschaft im Onboarding, bei der Auswahl geeigneter Patinnen und Paten und erläutern deren Rolle und Aufgaben. Darüber hinaus erhalten Patinnen und Paten sowie Mitarbeitende, die sich grundsätzlich für die Übernahme dieser Rolle interessieren, zwei weitere Arbeitsmittel: den „Weg zur Patenschaft“ und den „Kompass“. Diese Materialien vermitteln theoretische Grundlagen zur Patenschaft im Onboarding und bieten zugleich die Möglichkeit, die eigene Rolle zu reflektieren.

Eine Patenschaft im Onboarding soll neuen Mitarbeitenden den Einstieg und das Ankommen erleichtern. Sie fördert den Austausch zwischen erfahrenen und neuen Kolleginnen und Kollegen, stärkt die Zusammenarbeit im Team und trägt zu einem schnellen Zugehörigkeitsgefühl und zu einer positiven Organisationskultur bei. Ein Schwerpunkt liegt auf der sozialen Integration im Team und in der BA. Darüber hinaus unterstützen Patinnen und Paten auch die fachliche Einarbeitung – beispielsweise durch Hospitationen – und geben ihr Erfahrungswissen zu Prozessen, Arbeitsabläufen und Inhalten weiter.

Die Führungskraft trägt die Gesamtverantwortung für die Einarbeitung neuer Mitarbeitender und übernimmt dabei eine Vorbildfunktion. Ihre Haltung zum Onboarding und zum Patensystem beeinflusst entscheidend, wie engagiert das Team diese Aufgabe wahrnimmt. Da die Patenschaft im Onboarding mit einem zeitlichen Mehraufwand verbunden ist und Ressourcen bindet, müssen Patinnen und Paten von ihren Führungskräften in angemessenem Umfang von ihren originären Aufgaben freigestellt werden, um die Patenschaft verantwortungsvoll wahrnehmen zu können.

Der Patentätigkeit wird – aus gutem Grund – eine immer größere Bedeutung beigemessen. Es ist an der Zeit, diese Wertschätzung auch finanziell auszudrücken, etwa durch die Gewährung einer Funktionsstufe. Die Patinnen und Paten zeigen eine hohe Flexibilität, indem sie z.B. ihre Dienstzeiten anpassen und auf Mobilarbeit verzichten, um ihre „Schützlinge“ bestmöglich zu begleiten.

Zielvereinbarungstemplates und Glossare 2026

Nach einer ersten Austauschrunde im Oktober zu den Zielglossaren für 2026 hat der HPR nach weiteren Verhandlungen im November den allermeisten Glossaren zugestimmt.

So konnten beispielsweise der Zielwert „Bearbeitete Geschäftsvorgänge im Kundenportal“ von ursprünglich geplanten 23 auf 21 reduziert werden. Für die FamKa wurden die Werte entsprechend von 53 auf 51 gesenkt. Im Ärztlichen Dienst wurde die Laufzeit für Auftragsabschlüsse von 31 auf 32 Tage erweitert.

Darüber hinaus ergaben sich durch die Verwaltung eingebrachte Änderungen in der arbeitnehmer- und arbeitgeberorientierten Vermittlung: Der Anteil realisierter Beratungszeit an der Nettoarbeitszeit – häufig einfach als Beratungszeit bezeichnet – wurde aus dem Glossar für den Operativen Bereich entfernt. Hintergrund ist die Weisung „Herausforderungen in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung“, die seit der Oktobersitzung vorsieht, dass die Beratungszeit beim Ziehen einer der dort beschriebenen Stufen ausgesetzt wird. Perspektivisch beabsichtigt der Geschäftsbereich KPI, die Zielgröße zu einer kombinierten Beratungs- und Vermittlungszeit weiterzuentwickeln, um die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung künftig besser abzubilden.

Die Stellenbesetzungsrate sowie die Relation von erfolgreichen Stellenbesetzungen zu Integrationen in der arbeitgeberorientierten Vermittlung werden 2026 ohne Arbeitsmarktberatung ausgewiesen. Eine Auswertung in allen RD-Bezirken hatte gezeigt, dass bei der Dokumentation

der Arbeitsmarktberatungen hohe Fehlerquoten vorlagen. Daher sollen zunächst Wege gefunden werden, die Dokumentation zu verbessern, bevor die Arbeitsmarktberatungen erneut verzielt werden.

Auf die für 2026 neu eingeführten Zielkennzahlen, wie beispielsweise den „Anteil Wiedereinsteiger in der BBiE“, wird der HPR im kommenden Jahr ein besonderes Augenmerk legen, um sicherzustellen, dass diese Kennzahlen tatsächlich als geeignete Ziele dienen.

Rollout Produkt Antwortvorschläge in den SC SGB III

Nach der erfolgreichen Pilotierung an zwei Standorten mit jeweils einem Team wird das Verfahren zur KI-gestützten Generierung von Antwortvorschlägen nunmehr flächendeckend innerhalb der Service Center Organisation SGB III ausgerollt. Der Rollout erfolgt dabei in Stufen und soll bis zum 31. März 2026 abgeschlossen sein.

Zunächst einziger Anwendungsfall und damit Leistungsumfang des Produktes bleibt der bereits erfolgreich erprobte Anwendungsfall „Beantwortung von Postfachnachrichten aus dem Leistungspostfach“. Ziel ist es, mit dem Produkt „Antwortvorschläge“ die Mitarbeitenden bei der Beantwortung von Postfachnachrichten aus dem Leistungspostfach zu unterstützen. Genutzt werden soll die Anwendung bei Nachrichten, die nicht mit Hilfe der AlgPC Beratungsvermerke bearbeitet werden können, sondern bei denen frei zu formulierende Antworten notwendig sind.

Einführung des Einarbeitungsplan-Konfigurators zur Erstellung der individuellen Einarbeitungspläne

Nach der erfolgreich abgeschlossenen Erprobung des Einarbeitungsplan-Konfigurators in zwei Internen Services (Trier und Bremen-Bremerhaven) soll dieser nun mit Start des Produktcenters Personalgewinnung und des neuen Pre- und Onboarding-Prozesses verbindlich eingeführt und bis zur Einführung der Talentmanagement-Suite genutzt werden.

Der Konfigurator ist nicht barrierefrei und dient deshalb nur als Zwischenlösung. Der Konfigurator und die Anleitung werden den Führungskräften auf der Intranetseite zum Onboarding zur Verfügung gestellt.

Die Nutzung ist im Pre- und Onboarding-Wegweiser für Führungskräfte beschrieben:

- Die Führungskraft erstellt den Einarbeitungsplan mit Hilfe des Konfigurators schon vor dem ersten Arbeitstag und versendet ihn an den Qualifizierungsbereich zur frühzeitigen Einbuchung in die Qualifizierungen.
- Die Führungskraft spricht den Einarbeitungsplan gemeinsam mit der/dem neuen Mitarbeitenden durch, trifft Vereinbarungen und händigt diesen in der ersten Arbeitswoche aus.
- Ergänzung von Terminen nach Festlegung durch die/den neuen Mitarbeitenden.
- Aktualisierung z.B. nach Abschluss einer Qualifizierung durch die/den neuen Mitarbeitenden.
- Regelmäßige Feedbackgespräche innerhalb des Onboardings zum Stand der Einarbeitung unter zu Hilfenahme des Einarbeitungsplans.
- Nach Abschluss Ablage in der Personalakte.

Pilotierung der IT-Schnittstelle „KOBACONNECT“

Seit 1.1.2025 wurde u. a. die Zuständigkeit für die Beratung, Bewilligung und Finanzierung der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) sowie für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation (Reha) von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf die Agenturen für Arbeit (AA) übertragen.

Dafür wurde jetzt die IT-Schnittstelle „KOBACONNECT“ für einen datenschutzkonformen wechselseitigen Datenaustausch zwischen den Agenturen für Arbeit und den kommunalen Jobcentern entwickelt. Hierdurch entfallen manuelle Aufwände (bspw. Postweg), der Datenaustausch wird vereinfacht, die Datenqualität erhöht und die Mitarbeitenden entlastet.

Vor der Flächeneinführung von „KOBACONNECT“ möchte die Zentrale die IT-Schnittstelle im Rahmen einer Pilotierung ab Mitte Januar 2026 für eine Dauer von ca. 3 Monaten an ausgewählten wenigen Standorten pilotieren.

vbba Informationen

vbba im Gespräch

Am 25. September fand ein Treffen zwischen der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, Christian Löschner, dem Bundesvorsitzenden der vbba, und Steph Rau, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der vbba, in Nürnberg statt.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuellen Herausforderungen aufgrund der angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Lage und die Diskussionen über geplante Änderungen beim Bürgergeld - sowie deren Auswirkungen auf die Beschäftigten in den Agenturen, Jobcentern und Familienkassen. Auch mögliche Folgen der fortschreitenden Digitalisierung wurden erörtert.

Ein herzliches Dankeschön an Andrea Nahles für das offene und konstruktive Gespräch. Als Fachgewerkschaft vertreten wir die Interessen der Beschäftigten in der Bundesagentur und den Jobcentern und sind daher nah an den relevanten Themen. Wir haben vereinbart, auch künftig regelmäßig im Gespräch zu bleiben und den konstruktiven Austausch mit der BA fortzusetzen.



Foto: Kai Nedoma, Bundesagentur für Arbeit

„Antrittsbesuch“ beim dbb in Berlin



Am 18. September trafen sich der dbb-Vorsitzende Volker Geyer und der vbba-Bundesvorsitzende Christian Löschner zu einem Austausch in Berlin.

Das Gespräch war geprägt von einem offenen und konstruktiven Miteinander. Neben aktuellen Themen wie den politischen Diskussionen rund um das Bürgergeld, den wiederkehrenden Angriffen auf den öffentlichen Dienst und das Berufsbeamtentum sowie der Vorbereitung des Termins mit Digitalminister Wildberger wurde deutlich: dbb und vbba ziehen an einem Strang.

Die Partner bekräftigten, die erfolgreiche Zusammenarbeit weiter zu vertiefen und die gemeinsamen Anliegen mit klarer Stimme zu vertreten. Dies gilt für die Einkommensrunden ebenso wie für alle anderen gewerkschaftlichen Fragen, in denen die vbba bereits heute als engagierte und verlässliche Kraft wahrgenommen wird.

Anschließend nahm der vbba-Bundesvorsitzende Christian Löschner am Gespräch unseres Dachverbands dbb mit Digitalminister Karsten Wildberger in Berlin teil.

Positiv stellte Christian Löschner die bisherigen Erfolge und Bemühungen der Bundesagentur für Arbeit in den Bereichen Digitalisierung, KI und (gemeinsam mit Renten- und Unfallversicherung) Cloud dar.

Zugleich warnte er davor, bei der Diskussion um Wohngeld und Kinderzuschlag auf die Kompetenz der Bundesagentur bzw. der Familienkasse zu verzichten und diese Leistungen in den kommunalen Bereich zu überführen, wie dies verschiedentlich diskutiert wurde/wird. Diese Kommunalisierung würde die Digitalisierungsbestrebungen der Bundesregierung konterkarieren, denn im Bereich KIZ ist die Familienkasse gut aufgestellt.

Fotos: dbb





vbba trifft Zentrale

Chancengleichheit jetzt! Gemeinsam. Strategisch. Zukunftsweisend.

Bei der rechtsübergreifenden Konferenz für BCA und weitere Fachkräfte stand das Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt im Mittelpunkt.

Daniel Terzenbach, Vorstand Regionen der Bundesagentur für Arbeit, ließ es sich nicht nehmen, persönlich teilzunehmen und in seinem Grußwort zu betonen, warum gerade jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diese wichtige Diskussion zu führen. Hochkarätige Gäste aus BMAS und der EU beleuchteten aktuelle Herausforderungen und Perspektiven.

Unter dem Hashtag #CGJ findet ihr viele spannende Eindrücke und Stimmen in den sozialen Medien – die Teilnehmenden wurden ausdrücklich eingeladen, ihre Eindrücke zu teilen!

Wir freuen uns besonders, dass zahlreiche vbba-Mitglieder dabei waren. Als engagierte Kolleginnen und Kollegen ist es für uns selbstverständlich, uns fortzubilden und aktiv zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Beruf und Privatleben beizutragen.

Im Mittelpunkt stand die Frage:

Wie kann Chancengleichheit von Frauen und Männern strategisch weiterentwickelt und nachhaltig umgesetzt werden?



Jörg Reiner (Zentrale, Stab BCA), Kerstin Adjalian (Vorsitzende vbba-Frauenvertretung), Daniel Terzenbach (Vorstand Regionen, BA).

Foto: privat

Rechnungsprüfung Bund in Nürnberg



Vom 16. bis 18. Oktober war es wieder soweit: die Rechnungsprüfer Sebastian Weiß, Joachim Morawietz und Franziska Richter haben die Bundesgeschäftsstelle auf den Kopf gestellt und alle Rechnungen des 1. Halbjahres 2025 geprüft.

Die Bundesgeschäftsstelle stand uns mit Rat und Tat in diesem Zeitraum zur Seite. Es konnten alle unsere vielen Fragen beantwortet werden. Zur Prüfung stand alles korrekt bereit, so dass wir direkt ans Werk gehen konnten. Vielen Dank dafür. Die Prüfung konnte nach drei intensiven Tagen erfolgreich abgeschlossen werden.

Auf diesem Weg wollen wir unserem vierten Mann im Bunde eine GUTE BESSERUNG wünschen und hoffen ihn in der nächsten Rechnungsprüfung dabei zu haben.

Text: Franziska Richter

Die Rechnungsprüfer Bund
v.l.: Franziska Richter, Jockl Morawietz und Sebastian Weiß.

Foto: Franziska Richter

Ausflug der Bundesgeschäftsstelle nach Bamberg

Ein Tag voller kultureller und kulinarischer Höhepunkte

Die Bundesgeschäftsstelle hatte am 31. Juli ihren Betriebsausflug in die altehrwürdige Stadt Bamberg. Bamberg bot den idealen Rahmen für einen gelungenen Tag voller Entdeckungen und Genüsse.

Zum Start und zur Stärkung unserer Reise kehrten wir in das gemütliche Lokal Eckerts ein, das direkt im Fluss liegt. Was könnte es Besseres geben, um den Tag zu beginnen?

Im Anschluss gingen wir gestärkt auf eine Bootsfahrt auf der Regnitz – hier konnten wir die malerischen Häuser von Klein Venedig und die alten Bauten der Stadt bewundern. Ebenso kamen wir an dem alten Bundesgartenschau Gelände, dem Hafen und dem alten Rathaus vorbei.

Danach schlenderten wir Richtung Bambergs Altstadt und liefen am berühmten Schlenkerla, einem der ältesten Brauhäuser Bambergs vorbei. Hier genossen wir ein traditionelles Rauchbier, das für seine einzigartige Geschmacksnote bekannt ist.



Fotos: Katharina Wagner

Nach dem kulinarischen Höhenflug ging es weiter steil bergauf, um den beeindruckenden Bamberger Dom zu besichtigen. Nach dem Besuch des Doms führte uns der Weg zum Rosengarten, wo wir eine Pause einlegten, um die Aussicht über die Stadt zu genießen. Der Garten, der mit zahlreichen Rosensträuchern geschmückt ist, bietet nicht nur eine Vielzahl an Blüten in den buntesten Farben, sondern auch einen atemberaubenden Blick auf die Altstadt von Bamberg.

Den krönenden Abschluss unseres Ausflugs bildete die Einkehr in die Traditionsgaststätte Greifenklau, das hoch oben auf dem Domberg gelegen ist. Der Aufstieg lohnt sich, allein wegen der fantastischen Aussicht über die Dächer der Stadt.

Hier ließen wir den Tag bei angeregten Gesprächen und fränkischen Speisen ausklingen. Es war der perfekte Ort, um die Eindrücke des Tages Revue passieren zu lassen und neue Netzwerke aufzubauen.

Bis zum nächsten gemeinsamen Ausflug!

Text: Katharina Wagner



 **vbba**
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Vor Ort gemeinsam für Sie da!

www.vbba.de





„Frankfurter Erklärung“ von 11 Fachgewerkschaften

Einsatz für Tarifpluralität, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Vielfalt



Gemeinsam mit der vbba haben am 24. November 2025 mehrere deutsche Fachgewerkschaften aus unterschiedlichen Branchen in Frankfurt am Main beim Symposium zur Zukunft der Fachgewerkschaften die „Frankfurter Erklärung der Fachgewerkschaften“ verabschiedet. Mit dem Dokument setzen sie ein deutliches Zeichen für die Sicherung der Koalitionsfreiheit, die Bedeutung spezialisierter Interessenvertretung und gegen die expansive Strategie mancher Großorganisationen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums der Fachgewerkschaften.

Fotos: Tim Goger



Die Arbeitswelt ist vielfältig – und diese Vielfalt braucht spezialisierte Stimmen.

Die Fachgewerkschaften leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag zu branchennahen Tarifverträgen, realitätsnaher Mitbestimmung und der Weiterentwicklung ganzer Berufsgruppen. Diese Differenziertheit sehen die unterzeichnenden Organisationen jedoch zunehmend gefährdet: durch das Tarifeinheitsgesetz, durch politischen Druck zur Vereinheitlichung und durch wachsende Machtbestrebungen großer Gewerkschaften.

Kernforderungen der Frankfurter Erklärung

Die Fachgewerkschaften betonen in sechs zentralen Punkten:

- **Unantastbare Koalitionsfreiheit:** Beschäftigte müssen sich frei in der Gewerkschaft ihrer Wahl organisieren können – ohne strukturellen oder rechtlichen Druck.
- **Echte Tarifpluralität:** Das Tarifeinheitsgesetz benachteiligt besonders spezialisierte Berufsgruppen und müsse dringend neu bewertet werden.
- **Gegen gewerkschaftliche Machtpolitik:** Gewerkschaften dürften nicht in Branchen vordringen, deren Besonderheiten und Risiken sie nicht kennen.
- **Anerkennung der Bedeutung von Fachgewerkschaften:** Fachgewerkschaften sind unverzichtbar für passgenaue Tarifabschlüsse, Sicherheit, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit ganzer Branchen.
- **Fachwissen als Zukunftsfaktor:** Die Expertise spezialisierter Berufsgruppen müsse stärker in politische und wirtschaftliche Entscheidungen einfließen.
- **Mehr politisches Gehör:** Fachgewerkschaften fordern eine gleichberechtigte Beteiligung an arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Entscheidungsprozessen.

Ein starkes gemeinsames Signal

Mit der Frankfurter Erklärung treten die beteiligten Fachgewerkschaften erstmals in dieser Geschlossenheit öffentlich auf. Sie machen deutlich: **Die Zukunft der Arbeitswelt braucht Vielfalt und spezialisierte Mitbestimmung.** „Wer nur auf Großorganisationen setzt, nimmt in Kauf, dass wichtige Stimmen überhört werden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlechter gestellt sind“, so die Erklärung.



Die „Frankfurter Erklärung“ der Fachgewerkschaften finden Sie **hier:**

Für die vbba nahmen der Bundesvorsitzende **Christian Löschner**, die Stellv. Bundesvorsitzende **Steph Rau** sowie aus der Bundesjugendleitung **Tom Weber** am Symposium teil. Spannende Impulse gab es u.a. von **Claus Weselsky** (dbb), **Prof. Dr. Stefan Greiner** (Uni Bonn) und **Christina Dahlhaus** (DPV-KOM) – und einmal mehr hat der Austausch untereinander gezeigt: **Die Fachgewerkschaften sind eine starke Stimme für die Kolleginnen und Kollegen.**



Claus Weselsky



Prof. Dr. Stefan Greiner



Christina Dahlhaus

Fotos: Tom Goger

Expertenvorträge der BBBank

Die vbba bietet im Rahmen der exklusiven Zusammenarbeit mit der BBBank ihren Mitgliedern digitale Expertenvorträge an:

20.01.2026

Das 1x1 der Baufinanzierung



Themen, die Sie erwarten:

- > Wissenswertes zur Immobiliensuche
- > Vorbereitung und Beratungsgespräch
- > Erstellung eines individuellen Finanzierungskonzeptes
- > Ermittlung des individuellen Finanzierungsbedarfs
- > Fachbegriffe rund um die Baufinanzierung
- > Highlights und ÖD-Vorteile auf einen Blick

24.02.2026

Sicherheit beim Online-Banking



Themen, die Sie erwarten:

- > Was leisten Online-Banking und Banking-App?
- > Welche Risiken gibt es beim Online-Banking?
- > Wie kann ich mich schützen?

Interesse? Melden Sie sich einfach über den entsprechenden QR-Code zur Veranstaltung an.

Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)



Einkommensrunde 2025/26

Es ist noch gar nicht lange her, dass wir mit Bund und Kommunen die Einkommensrunde 2025 und die Übertragung auf den TV-BA erfolgreich verhandelt haben, da steht bereits die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vor der Tür.

Wieder einmal gilt: Wir stehen vor einer außergewöhnlich schweren Einkommensrunde. Die TdL-Runde findet unverändert im Kontext gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Anspannungen statt.

Worum geht es?

Konkret geht es um den Tarifvertrag der Länder (TV-L).

Unsere Kolleginnen und Kollegen (Land und Kommunen), die in den Jobcentern seit Jahren einen zuverlässigen Dienst verrichten, gilt es nun solidarisch zu unterstützen.

Sie haben einen Anspruch auf angemessene Einkommen und gute Arbeitsbedingungen. Das gilt – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels – auch für den Nachwuchs.

Am 3. Dezember 2025 starten die Verhandlungsrunden. Doch bevor die die dbb Gremien (vertreten für die vbba von **Heidrun Osang, Gabriele Schwerthfeger, Manfred Klar** und **Karsten Staß**) am 17. November 2025 die Forderungen beschließen, hat der dbb im September bundesweit sechs Regionalkonferenzen (Köln, Mainz, Leipzig, Hamburg, Stuttgart, Nürnberg) organisiert. Die Regionalkonferenzen sollen vom „Wir“ leben. Es ist somit die Erwartungshaltung, Forderung und Durchsetzungsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Aktuell nimmt der dbb zwei gegensätzliche Entwicklungen wahr:

Einerseits braucht der Staat dringender denn je einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, der den sozialen Rechtsstaat sichtbar trägt. Andererseits zeigt sich die Politik bislang wenig bereit, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.



v.l.n.r. Karsten Staß (BTK), Volker Geyer (dbb Bundesvorsitzender), Ina Kastner (BTK), Andreas Hemsing (dbb Fachvorstand Tarif), Heidrun Osang (BTK), Manfred Klar (BTK).

Foto: Friedhelm Windmüller



Volker Geyer bei der anschließenden Pressekonferenz.

Foto: Marco Urban

Da bei den kommenden Verhandlungen vor allem die Finanzministerien am Tisch sitzen werden, müssen wir uns auf eine harte Auseinandersetzung einstellen – flächendeckend und in allen Bereichen.

Im November wird die Bundestarifkommission (BTK) die Forderungen zur Tarifrunde diskutieren und beschließen. Aus den Regionalkonferenzen sind wertvolle Rückmeldungen eingegangen – sowohl zu den zentralen Themen als auch zu Punkten, die perspektivisch nicht aus dem Blick geraten dürfen.

Die vbba war nicht an den Regionalkonferenzen eingebunden, da sie in dieser Einkommensrunde nicht unmittelbar betroffen ist. Für die Kolleg/innen (TV-BA) besteht Friedenspflicht. Eine solidarische Unterstützung unserer Kolleg/innen (TV-L) kann von den Kolleg/innen (TV-BA) in der Freizeit (Guthabenausgleich/ Urlaub) erfolgen.

Egal, ob Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer, Beamtin oder Beamter: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können nur zusammen Erfolg haben.

Unsere Forderung: **7 %, mindestens 300 Euro**

Am 17. November hat die Bundestarifkommission des dbb die Forderungen in der Einkommensrunde 2025 / 2026 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beschlossen.

Die Kernforderung:

Entgelt:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro monatlich, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Zeitzuschläge gemäß § 8 Abs. 1 TV-L um jeweils 20 Prozentpunkte und Errechnung auf der Basis der individuellen Stufe, mindestens jedoch der Stufe 3
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich

Auszubildende und Studierende:

- Übernahme der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung unbefristet und in Vollzeit im erlernten Beruf
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten, insbesondere: einheitliches Mindeststundenentgelt von 17 Euro im ersten Beschäftigungsjahr, 18 Euro im zweiten Beschäftigungsjahr und 19 Euro ab dem dritten Beschäftigungsjahr (Beginn ab dem ersten Arbeitsvertrag); Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten für jeden einzelnen Vertrag; Mindeststundenumfang von 40 Stunden pro Monat (Unterschreitung nur auf Antrag der Beschäftigten)

Die Tarifverhandlungen starten am 3. Dezember 2025 in Berlin und werden am 15./16. Januar 2026 in Potsdam fortgesetzt, wo sie in der dritten Verhandlungsrunde vom 11. bis 13. Februar 2026 auch enden werden.





Richtig Prompten

Ein Schlüssel zur effizienten Zusammenarbeit mit künstlicher Intelligenz

Voraussichtlich für November plant die BA den Beschäftigten im SGB III und der Familienkasse die KI-Anwendung **BAKIRA (BA KI Recherche Assistent)** zur Verfügung zu stellen. Im Rechtskreis SGB II soll BAKIRA zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.

Bei BAKIRA handelt es sich um eine IT-Lösung, welche die Kolleginnen und Kollegen vor allem bei der Textrecherche und -verarbeitung unterstützen soll.

» **Aus Sicht der vbba wird diese Lösung nur eine gute Unterstützung sein, wenn die Anwendenden zur richtigen Fragestellung an die KI befähigt werden. Das richtige Fragen nennt man PROMPTEN.**

Was ist Prompten?

Prompten bezeichnet die Methodik, KI-Systeme durch gezielte Eingabe von Befehlen, Fragen oder Aufgabenstellungen zu steuern. Diese Eingaben, auch „Prompts“ genannt, bilden die Grundlage dafür, wie die KI reagiert und welche Qualität die generierten Antworten oder Ergebnisse haben. Der Erfolg eines Prompts hängt von seiner Klarheit, Struktur und Detailtiefe ab.

Die Bedeutung des Promptens

In einer Zeit, in der KI-Systeme wie ChatGPT, DALL-E und andere generative Modelle Einzug in verschiedenste Lebensbereiche halten, wird das gezielte Prompten zu einer essenziellen Kompetenz. Es ermöglicht eine effektive Zusammenarbeit und stellt sicher, dass die Technologie optimal genutzt wird – sei es für die Erstellung von Texten, die Lösung komplexer Probleme oder die Generierung kreativer Ideen.

Best Practices beim Prompten

- **Klarheit:** Ein guter Prompt sollte eindeutig formuliert sein, um Missverständnisse zu vermeiden.
- **Struktur:** Die Verwendung logischer und gut durchdachter Satzkonstruktionen hilft der KI, die Anforderungen besser zu verstehen.
- **Kontext:** Das Bereitstellen relevanter Informationen und Hintergründe verbessert die Qualität der generierten Antworten.
- **Experimentieren:** Kreativität und das Ausprobieren verschiedener Formulierungen führen oft zu besseren Ergebnissen.



Die Rolle von Prompten in der BA

Mit der Weiterentwicklung von KI wird die Fähigkeit richtige Fragen zu formulieren bei Mitarbeitenden weiter an Bedeutung gewinnen. Wer das Prompten beherrscht, wird in der Lage sein, die Möglichkeiten dieser Technologie effizient und verantwortungsvoll zu nutzen.

Besonders in Bereichen der Kommunikation mit Kunden, der Informationsbeschaffung und -aufarbeitung für die Beratung oder der rechtssicheren Erstellung von Bescheiden kann gezieltes Prompten die tägliche Arbeit unterstützen und vereinfachen.

Unsere Forderungen:

- » **Die BA hat dafür Sorge zu tragen, dass unsere Mitarbeitenden in der Lage sind, den Sinn der KI-Software zu verstehen und diese kompetent nutzen zu können.**
- » **Wir erwarten – neben der allgemeinen transparenten Information im Intranet – ein strukturiertes und anwenderbezogenes Befähigungskonzept (insbesondere zum Prompten).**
- » **Der Dreiklang aus allgemeiner Information, virtueller oder Präsenzschulung sowie persönlicher Begleitung durch Multiplikatoren (z. B. IT-Fachbetreuung) muss gewährleistet sein.**
- » **Die Führungskräfte stehen in der Verantwortung, den Mitarbeitenden ausreichend Zeit für Qualifizierung und persönliche Erprobung einzuräumen (DV „Lernen“).**

vbba
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Gemeinsam
Zukunft gestalten ...**

www.vbba.de

Fragen zu diesem Themenkomplex?

Ansprechpartner/innen der vbba vor Ort
und die Grundsatzkommission 1
(<https://www.vbba.de/das-sind-wir/grundsatzkommissionen/gk1/>)
sind für Sie da.

Update Kompakt

Aktuelles aus der HJAV

Für unsere vergangene Sitzung kehrten wir der Zentrale den Rücken und hatten die Möglichkeit, in einer Außensitzung Ulm kennenzulernen.

Aktuell beschäftigt uns die Ausbildungsquote der NWK für das Einstellungsjahr 2026. Hierzu ein Zitat aus unserer Stellungnahme:

„Wir stellen fest, dass in den Bezirken Nord (statt 90 nun 62), Bayern (statt 131 nun 128) und Baden-Württemberg (statt 103 nun 99) die Quoten zur Einstellung von Auszubildenden sowie in Nord (statt 60 nun 45) zur Einstellung von Studierenden im Vergleich zum Einstellungsjahr 2025 gesenkt wurden. Diesen Trend begrüßen wir nicht.“

Die Steigerung der Quotierung der Studierenden (bundesweit um acht) begrüßen wir ausdrücklich.

Wir als HJAV-Fraktion haben uns intensiv mit den bevorstehenden Altersabgängen auseinandergesetzt. Dabei sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass eine höhere Quotierung der Nachwuchskräfte, insbesondere der Studierenden, die Qualität und Quantität der Arbeit am Besten erhalten kann.

Die Quote der Nachwuchskräfte (NWK) des IT-Systemhauses stößt uns sehr auf. Sie soll zukünftig von 50 auf 30 Nachwuchskräfte gesenkt werden. Das IT-Systemhaus trägt maßgeblich dazu bei, dass das operative Geschäft am Laufen gehalten wird. Mit der Senkung der Quote geben wir als Organisation ein falsches Zeichen.

» Wir setzen uns stark dafür ein, dass die Quote von 50 beibehalten wird, um auch dort dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Nur durch eine stark organisierte IT ist die Arbeit in Zukunft möglich!

Arbeitgeberseitige Übernahme des Jobtickets

Die errungene Übernahme des Jobtickets war für uns 2024 ein riesiger Erfolg und eine ebenso große Steigerung der Arbeitgebermarke BA auf dem Arbeitsmarkt. Doch mit der Zeit ist es hier zu Aufholbedarfen gekommen. Gemeinsam mit dem HPR hat unsere Arbeitgeberin im letzten Jahr die Übernahme der Kosten in Höhe von 50 Prozent für Nachwuchskräfte beschlossen.

Diese Regelung besteht theoretisch weiterhin - aber eben nur theoretisch. Denn: Die Übernahme beruht auf einem Rundschreiben des Bundesministeriums des Inneren (BMI), welches wiederum auf den damaligen Ticketpreis von 49 Euro festgeschrieben war.

Das Jobticket kostet mittlerweile 58 Euro, eine weitere Preiserhöhung steht schon Anfang nächsten Jahres an. Um die Übernahme anzupassen, ist eine Anpassung des Rundschreibens erforderlich. Dies ist bisher nicht erfolgt.

» Wir als HJAV-Fraktion setzen uns für eine Aktualisierung und damit die rechtmäßige Übernahme der tatsächlichen 50 Prozent ein. HJAV und HPR sind bereits in Klärung und werden euch umgehend über Änderungen informieren. Auch machen wir deutlich, dass eine rechtzeitige Information auch an neu beginnende NWK ergehen muss, da die Regelung zur Übernahme vorherige Informationen der Arbeitgeberin erfordert.



vbba jugend unterwegs

Besuche der HdBA-Standorte

Am Dienstag, dem neunten September begrüßten einige unserer Mitglieder die neuen Studierenden an den Hochschulen in Mannheim und Schwerin. Wir freuen uns sehr, dass beide Veranstaltungen so gut liefen. Mit Euch konnten wir viele Gespräche führen, die uns in unserer Gewerkschaftsarbeit gemeinsam weiterbringen.

vbba – IMMER EIN GEWINN!



Happy Birthday, vbba!

Vor 70 Jahren – am 14. Oktober 1955 – haben engagierte Kolleginnen und Kollegen die vbba gegründet.



Seitdem hat sich vieles verändert – auch bei uns. Eines aber ist gleich geblieben: Die vbba ist und bleibt die verlässliche Partnerin an der Seite der Beschäftigten. Ob Umstrukturierung, Fachkräftemangel, neue Aufgaben, Digitalisierung oder neue Arbeitsmodelle – mit Mut, Engagement und Zusammenhalt vertreten wir als Fachgewerkschaft die Interessen der Beschäftigten in den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit und in den Jobcentern – nicht nur vor Ort, sondern auch in der Politik und in der Gesellschaft.

Bundeshauptjugendversammlung in Erfurt

Direkt nach unseren Besuchen an den Hochschulen ging es für einige weiter nach Erfurt. Dort fand die Bundeshauptjugendversammlung statt. Wir hatten tolle Gespräche miteinander. Eingeladen waren alle Landesjugendvertretungen sowie die HJAV-Fraktion. Gemeinsam konnten wir uns im Plenum in einen spannenden Austausch begeben und schon einen Blick in das kommende Jahr werfen. Unsere Kalender sind schon gut gefüllt und wir freuen uns sehr auf das, was kommt. Als kleinen Teaser

möchten wir hier die HJAV-Wahlen hervorheben, in deren Vorbereitung wir gestartet sind.

Auch unsere vielen Partner kamen in Erfurt zu Wort und brachten viele spannende Themen mit. Ganz besonders freuen wir uns, dass unser Bundesvorsitzender, Christian Löschner persönlich zu uns in die thüringische Landeshauptstadt kam und uns von aktuellen Themen des Hauptpersonalrats und der vbba-Bundesleitung berichtete.



Ankündigung Bundesgewerkschaftstag

Bundesgewerkschaftstag 2026 • 27. – 29. Mai 2026 • Fulda

Der Bundesvorstand beruft hiermit gemäß § 15 Absatz 4 der Satzung in der Fassung vom 9.6.2022 den Bundesgewerkschaftstag 2026 vom **27. Mai bis 29. Mai 2026** nach **Fulda in das Hotel Esperanto** ein.

Der Bundesgewerkschaftstag ist das oberste Organ der vbba. Er tritt alle vier Jahre zusammen. Die Aufgaben des Bundesgewerkschaftstages sind im § 16 der Satzung der vbba festgelegt. Anträge an den Bundesgewerkschafts-

tag müssen bis zum **31. März 2026** bei der vbba-Bundesleitung in der Bundesgeschäftsstelle, Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg schriftlich eingegangen sein.

Der öffentliche Teil des vbba Bundesgewerkschaftstages findet am **Freitag, 29. Mai 2026, ab 10 Uhr** mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesagentur für Arbeit, des dbb beamtenbund und tarifunion sowie aus Politik, befreundeten Gewerkschaften und Verbänden statt.

Jahreshauptversammlung der vbba- Frauenvertretung 2025

„40 Jahre Frauenvertretung – Generationen im Wandel – Frauen im Aufbruch“

Stellwerksdrama in Heidelberg, am Bahnhof ging nichts mehr. Dennoch konnte die Jahreshauptversammlung (JHV) mit einiger Verspätung beginnen. Zu verdanken hatten das die 30 Landesfrauen und Gäste vor allen Dingen Belinda Altena (Landesfrau von Baden-Württemberg) und Katharina Glenewinkel. Spontan organisierten sie einen Fahrdienst und holten die gestrandeten Kolleginnen in Mannheim und Weinheim ab.

Mit besonderer Spannung wurde das erste Highlight, **Tanja Küsgens, Beisitzerin im Vorstand der dbb-Bundesfrauenvertretung** erwartet. Sehr inspirierend und informativ stellte sie den Landesfrauen die dbb-Bundesfrauenvertretung unter dem Thema „Gleichstellung und dbb-Frauen Zukunft“ vor. Fragen zum Thema dbb-Bundesfrauenkongress in Berlin wurden beantwortet. Die Teilnehmerinnen erhielten einen echten Motivationsschub.

Der Vorstand wurde nach der Vorstellung von Geschäfts- und Kassenbericht einstimmig entlastet.



Dank und Abschiedsgeschenk für Janina.

Foto: privat

Die Delegierten gönnten sich keine Pause und wählten einen Teil des Vorstandes kommissarisch nach. Dies war auf Grund von Rücktritten notwendig geworden. Mit dem ein oder anderen Tränchen und einem großen Applaus wurde Janina Hildebrandt aus dem Vorstand verabschiedet. Die Frauenvertretung dankt ihr für die geleistete Arbeit. Wir wünschen ihr für die Zukunft als Landesvorsitzende von Berlin-Brandenburg viel Glück und alles Gute.

Der Vorstand setzt sich nun aus der Vorsitzenden Kerstin Adjalian, der ersten Stellvertreterin Cora Lang, der zweiten Stellvertreterin Theresa Hensel sowie den Beisitzerinnen Madeleine Däges und Belinda Altena zusammen.

Damit ist der Vorstand bestens aufgestellt und gut gerüstet für die zukünftigen Herausforderungen.

Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden in einem Workshop unter Leitung der Referentin Susanne Schiller, Care und Case Managerin und Personenzentrierte Beraterin, Strategien für die Zusammenarbeit innerhalb der Frauenvertretung und nach außen in die Netzwerke.

Wir erleben alle eine Zeit der großen Veränderungen in der BA, in den Jobcentern und in der vbba. Im Rahmen der Strukturkommission wird eine neue Satzung für die vbba erarbeitet. Hier bringt sich die Frauenvertretung gern ein. Deshalb tauschten sich alle in einer weiteren Workshoprunde u. a. zu den Themen aus:

- Rolle der Frauenvertretung in der vbba – Benefit für alle Mitglieder
- Finanzen – Einsparpotenziale
- Jubiläum: 40 Jahre Frauenvertretung in 2026. Für das Jubiläum der Frauenvertretung ist eine Festschrift und weitere Aktionen geplant.

Unsere beiden Kolleginnen aus Baden-Württemberg hatten nicht nur Fahrdienst „gespielt“, sondern für den Abend des zweiten Tages einen interessanten Stadtrundgang mit anschließender Einkehr in eine Gaststätte in Heidelberg organisiert. Hier hatte man einen schönen Blick auf den Neckar.



V. l. n. r.: Cora Lang; Belinda Altena; Kerstin Adjalian; Madeleine Däges; Theresa Hensel.

Foto: privat

Mit weiteren gewerkschaftlichen Themen wie Werbemittel für den Weltfrauentag, Beiträge im Magazin und BA-aktuell, Mitarbeit in den Arbeitskreisen ging am nächsten Tag eine abwechslungsreiche und arbeitsintensive Jahreshauptversammlung 2025 zu Ende. Die Vorsitzende verabschiedete alle in ein verkürztes wohlverdientes Wochenende.

Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg für die tolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ein weiterer Dank geht an Steph Rau, Vertreterin der Bundesleitung, die eine umfangreiche Videobotschaft für uns vorbereitet hatte.

Gemäß unseres Jahresmottos „40 Jahre Frauenvertretung - Generationen im Wandel- Frauen im Wandel“ werden wir uns in 2026 u. a. Themen wie Teilzeitgestaltung, KI, Gesundheit und ökologischer Transformation und deren Auswirkungen auf Frauen widmen.

Wir gemeinsam in die Zukunft!

Frauen für Frauen in der vbba!

Text: Kerstin Adjalian für Eure Frauenvertretung

Die Teilnehmerinnen der JHV mit Tanja Küsgens, Beisitzerin der dbb-Bundesfrauenvertretung.

Foto: privat



Hauptversammlung der dbb-bundesfrauenvertretung

„Teilzeit hält die Gesellschaft am Laufen“

Milanie Kreutz, die Bundesvorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung, reagierte auf der Hauptversammlung der dbb-Bundesfrauenvertretung in Potsdam vom 10. bis 11. Oktober mit dieser Aussage auf die jüngsten Angriffe auf die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst. Die dbb-Frauen erteilen Bestrebungen, die Teilzeit für Frauen und Männer einzuschränken, eine klare Absage.

Die vbba-Frauen als Teil des Dachverbandes dbb schließen sich dieser Forderung an. Teilzeit für Frauen und Männer ist notwendig, um Beruf und Care-Arbeit zu vereinbaren. Moderne Personalpolitik muss weiterhin flexible Teilzeitregelungen beinhalten.



Milanie Kreutz und Kerstin Adjaljan;
Vorsitzende dbb- und vbba-Frauenvertretung.

Foto: privat

Am zweiten Tag wurde Volker Geyer mit stürmischem Applaus empfangen. Zwei Stunden stand er für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Er ging auf die herausfordernde Runde der kommenden Tarifverhandlungen der Länder ein.

Weiterhin ging er auf die jüngsten Angriffe auf das Berufsbeamtentum ein. Sorge mache, dass die Angriffe aus allen Parteien kommen. Deshalb möchte der dbb dazu eine Grundsatzkommission einrichten und Lobbyarbeit für den Erhalt des Berufsbeamtentums betreiben.

Die Strömungen gegen das Berufsbeamtentum stoßen bei den anwesenden Gewerkschafterinnen auf entschiedenen Widerstand. Einstimmig fordern sie:

„Keine Abschaffung des Berufsbeamtentums!“

Die vbba-Frauenvertretung unterstützt solidarisch ausdrücklich für ihre Mitglieder diese Forderung!

Im weiteren Verlauf bot die Hauptversammlung Gelegenheit zum aktiven Netzwerken zwischen den Vertreterinnen der einzelnen Gewerkschaften.

Zentrales Thema war die Vorbereitung des dbb-Frauenkongresses im März 2026 in Berlin, an dem satzungsgemäß zahlreiche vbba-Landesfrauen teilnehmen dürfen. Auf diesem Kongress wird die Geschäftsführung der dbb Frauen neu gewählt.

Gestärkt mit einem Mittagsimbiss starteten die Teilnehmenden in das Wochenende.

Frauen für Frauen in der vbba!

Text: Kerstin Adjaljan, Vorsitzende der vbba-Frauenvertretung

Quelle: dbb-Newsletter, Nr. 27/2025

Glückwünsche

Hurra, es ist geschafft!

Die vbba - Frauenvertretung gratuliert den Auszubildenden, welche die Probezeit erfolgreich bestanden haben, recht herzlich. Wir wünschen Euch alles Gute und einen weiteren erfolgreichen Verlauf der Ausbildung.



Weihnachtsgrüße

Wir wünschen Euch und Euren Familien
eine besinnliche erholsame Weihnachtszeit,
stabile Gesundheit und einen guten Start
in das neue Jahr.

Eure Frauenvertretung



Frohe Weihnachten

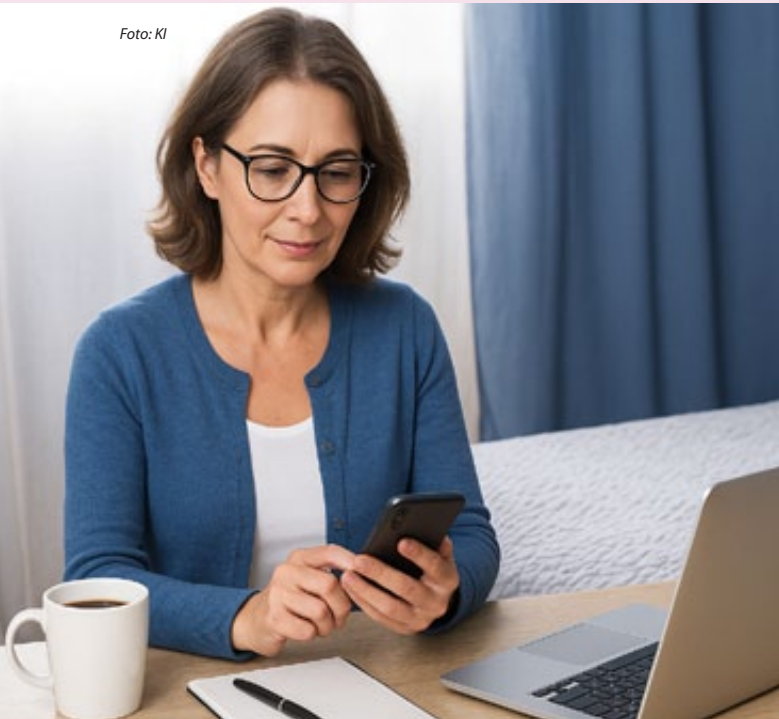
© Can Stock Photo

Wir sind alle hormongesteuert

Hormone sind die unsichtbaren Dirigenten unseres Körpers. Sie steuern nicht nur die Sexualität, sondern auch Herzschlag, Blutdruck, Atmung und Schlaf. Wenn sich in der Lebensmitte einige dieser Botenstoffe zurückziehen, gerät das fein abgestimmte System aus dem Gleichgewicht – mit spürbaren Folgen.

Rund **neun Millionen Frauen** in Deutschland befinden sich derzeit in den Wechseljahren. Trotzdem gilt die **Menopause** immer noch als Tabuthema – unsexy, mit Scham behaftet und in der Öffentlichkeit kaum präsent.

Foto: KI



Dabei kämpfen unzählige berufstätige Frauen mit den körperlichen und psychischen Begleiterscheinungen dieser Lebensphase. **Hitzewallungen, Schlafstörungen, Konzentrationsschwierigkeiten und Stimmungsschwankungen** sind keine Seltenheit – doch am Arbeitsplatz wird darüber meist geschwiegen.

Die Konsequenzen sind gravierend: Viele Frauen zwischen 40 und 60 Jahren reduzieren ihre Arbeitszeit, melden sich häufiger krank oder ziehen sich ganz aus dem Berufsleben zurück. Eine Studie beziffert den **wirtschaftlichen Schaden**, der Deutschland dadurch entsteht, auf **9,4 Milliarden Euro** jährlich.

„Unternehmen müssen sich fragen, wie sie ihre weiblichen Fachkräfte in dieser Lebensphase unterstützen können“, sagt die Ökonomin **Prof. Andrea Rumler**. In Zeiten des Fachkräftemangels können Betriebe auf erfahrene und qualifizierte Mitarbeiterinnen schlicht nicht verzichten.

Einige Unternehmen haben das erkannt und beginnen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Dennoch gibt es in Deutschland bislang **kaum betriebliche Gesundheitsangebote**, die speziell auf Frauen in den Wechseljahren zugeschnitten sind. Dabei könnten gezielte Maßnahmen – etwa Informationsveranstaltungen, flexible Arbeitszeiten oder Räume zur Rückzugsmöglichkeit – helfen, erfahrene Fachkräfte zu halten und die Zufriedenheit im Team zu steigern.

Um genau das zu fördern, wurde der **Welt-Menopause-Tag** ins Leben gerufen. Die **International Menopause Society (IMS)** und die **Weltgesundheitsorganisation (WHO)** riefen ihn ins Leben, um über Symptome, Auswirkungen und Behandlungsmöglichkeiten der Wechseljahre zu informieren. Jedes Jahr am **18. Oktober** soll der Aktionstag das Bewusstsein für die Menopause stärken, Aufklärung fördern und das Tabu brechen.

Denn nur wer hinschaut, kann verändern – für mehr Verständnis, Offenheit und Gesundheit in einer Lebensphase, die alle betrifft.

Text: Claudia Herbst

Quelle: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Pressemitteilung 51/2023 (16.10.2023)



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

vbba – wir stehen für Vielfalt ein



Senioren Aktuell · Oktober 2025

Einkommensrunde 2025: Übertragung auf Versorgung

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wird auch auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zeitgleich und systemgerecht übertragen.

Das besagt ein Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 03.09.2025:

Die Bundesregierung hat am 3. September 2025 beschlossen, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf die Bundesbesoldung und **Bundesversorgung** zeitgleich und systemgerecht übertragen wird. Sie hat sich damit einverstanden erklärt, für die im Jahr 2025 und im Jahr 2026 vorgesehene Erhöhung der Bezüge Abschlagszahlungen zu leisten, **sobald die zuständigen Stellen die Programmierung der Zahlbarmachung entsprechend den Ausführungen veranlasst haben. Die Zahlungen sind rückwirkend für die Kalendermonate ab 1. April 2025 zu leisten.**



Lebensalter gleich behandeln – Motto der Fachtagung der bundesseniorenvertretung des dbb

dbb-Chef Volker Geyer unterstützt die Forderung der bundesseniorenvertretung nach Erweiterung des Grundgesetz-Artikels 3 um das Merkmal „Lebensalter“.

„Unsere Gesellschaft altert – das ist Fakt“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer in seinem Grußwort zur Eröffnung der 9. Seniorenpolitischen Fachtagung, die unter dem Titel „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“ am 14. Oktober 2025 in Berlin stattfand. Der Anteil der Menschen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich von 12 Millionen im Jahr 1991 auf 19,0 Millionen im Jahr 2024 oder von 15 auf 23 Prozent. „Damit verändern sich gesellschaftliche Aufgaben und Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege“, so Geyer.

„Ich habe den Eindruck, dass Ältere zum Sündenbock der aktuellen Rentenpolitik und zu Verantwortlichen für leere Pflegekassen gemacht werden“, sagte der dbb-Chef. „Ich wünsche mir, dass in Politik, Gesellschaft und Medien ein Bild der älteren Generation gezeichnet wird, das ihr entspricht. Die, die heute im Ruhestand sind, haben in Jahrzehnten der Arbeit, der Verantwortung, der Stabilität in Familiennetzwerken, in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst unser Land getragen. Ist das alles vergessen? Insbesondere von denen, die ein soziales Jahr für

Ruheständlerinnen und Ruheständler fordern?“ Zugleich betonte Geyer: „Ich unterstütze daher die Forderung der dbb bundesseniorenvertretung nach Erweiterung des Artikel 3 Absatz 3 GG um das Diskriminierungsmerkmal „Lebensalter“. Bei Gesetzesvorhaben müsse frühzeitig die Perspektive älterer Menschen einbezogen werden. Etwa muss Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch am digitalen, gewährleistet werden, ebenso wie transparente, verlässliche Pflegestrukturen, faire Finanz- und Sozialleistungen, präventive Gesundheitsangebote, ausreichende Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land.

Ageismus systematisch abbauen

„Die Frage, wie vorhandene rechtliche Vorgaben uneingeschränkt auch für Ältere erfüllt und gleichermaßen deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden kann, ist angesichts der demographischen Entwicklung in unserem Land gesellschaftspolitisch hoch relevant“, unterstrich auch **Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung.**

Im Kampf gegen Ageismus, also stereotype Vorstellungen, Vorurteile und Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters, formulierte Klitzing fünf Forderungen: „Das Lebensalter soll ausdrücklich in das Gleichbehandlungsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen werden. Bei jedem Gesetzesvorhaben müssen Folgen für ältere Menschen geprüft werden, sonst verfestigt sich ungewollte Ungleichbehandlung“, so der Chef der dbb-Senioren. Gegen pauschale Altershöchstgrenzen (etwa für Kredite) solle die Politik klare Vorgaben machen, damit die Wirtschaft flexibler auf die Bedürfnisse Älterer eingeht und sich die Teilhabe-Möglichkeiten für Seniorinnen und Senioren verbessern. Zudem forderte Klitzing, Bund und Länder sollten in breiten, zeitlich unbegrenzten Kampagnen unterschiedliche Altersbilder sichtbar machen, um ageistische Stereotype in der Gesellschaft aufzubrechen und zu überwinden. Außerdem solle die Bildungssituation der älteren Generation jährlich im Nationalen Bildungsbericht abgebildet werden – als Datengrundlage für eine Nationale Bildungsstrategie. „Recht, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit sollen Ageismus systematisch abbauen – durch rechtliche Absicherung, überprüfte Altersgrenzen, dauerhafte Aufklärung und bessere Datenlage zur Bildung im Alter“ fasste Horst Günther Klitzing seine Forderungen zusammen.

Steigende Kfz-/Krankenversicherungsbeträge für Seniorinnen / Senioren

Einer der Referenten war Dr. Stephan Gerbig, Richter am Arbeitsgericht Nürnberg. Er zeigte recht anschaulich die möglichen Auswirkungen dieser Forderungen auf bestehende gesetzliche oder praktizierte Arbeitsweisen auf.

Insbesondere ging er auf das AGG ein. So stellt die Norm des § 10 zulässige Ausnahmen beim Alter bezüglich des AGG fest. Diese sind i.d.R. akzeptabel. Aber er wies auf die weitgehend unbekannte Norm in § 20 Abs. 2 AGG hin. Danach sind insbesondere bei Versicherungen steigende Beiträge im Alter zulässig, sofern diese versicherungsmathematisch begründet sind.

Damit ist klargestellt, dass die von Kolleginnen und Kollegen öfters beklagten Beitragssteigerungen bei Kfz- / Krankenversicherungen u.ä. rechtlich gedeckt sind und die vbba / der dbb keine Einflussmöglichkeiten haben.

Mehr Informationen unter
<https://www.dbb-senioren.de/artikel/alter-muessen-gleich-behandelt-werden.html>



Schritt für Schritt zum Pflegegrad

Auszug aus AiR 10/25:

Wer für sich oder Angehörige einen Pflegegrad beantragen möchte, wähnt sich zunächst einem scheinbar unüberwindbaren Hürdenparcours gegenüber. Hinzu kommt bei vielen die Scham darüber, eigene Unzulänglichkeiten einzugestehen zu müssen. Dabei bedeutet der Pflegegrad weder sich zum Bittsteller zu degradieren noch die Aufgabe eines selbstbestimmten Lebens.

Wer einen Pflegegrad beantragen möchte, wendet sich an die Pflegekasse, die immer bei der jeweiligen Krankenkasse angesiedelt ist. Bei Beamtinnen, Beamten und privat Versicherten ist die jeweilige Pflegeversicherung zuständig. Sie stellt die Beantragung durch und stellt den Pflegegrad über „Medicproof“, einer Tochtergesellschaft des PKV-Verbandes, fest.

Für den Erstantrag genügt in der Regel ein formloses Schreiben unter Angabe der Sozialversicherungsnummer. Nach Eingang des Antrages verschicken die Pflegekassen beziehungsweise die private Krankenversicherung (PKV) Unterlagen, die ausgefüllt zurückgesandt werden müssen. Antragsteller werden dann von der Pflegekasse – PKV-Mitglieder von der compass Pflegeberatung – kontaktiert und erhalten ein Angebot zur Pflegeberatung. Die Angebote sind kostenfrei und unabhängig vom Ergebnis der Begutachtung.

Welche Leistungen in Anspruch genommen werden können und wie sich der Pflegegrad berechnet können Sie u.a. unter den weiterführenden Informationen erhalten:

Möglichkeiten der Pflegebegutachtung:

<https://gesund.bund.de/pflegebegutachtung>

<https://www.pflege.de/pflegekasse-pflegefinanzierung/pflegeversicherung/pflegebegutachtung-pflegegutachten/>

<https://www.privat-patienten.de/lexikon/begriff/pflegebegutachtung/>

oder

<https://md-bund.de/themen/pflegebeduerftigkeit-und-pflegebegutachtung/begutachtungs-richtlinien.html>



Pflegerechner:

<https://www.verbraucherzentrale.de/gesundheitspflege/pflegegradrechner-lohnt-sich-ein-pflegeantrag-oder-ein-widerspruch-93979>



Auch gibt die dbb bundesseniorenvertretung den „Leitfaden rund um den Pflegefall“ heraus, der erhältlich ist bei:

<https://www.dbbverlag.de/Pflege/197-4>

Der Weg zum Pflegegrad ist zwar kein Selbstläufer, aber auch kein unüberwindbares Hindernis. Mit dem richtigen Wissen, sorgfältiger Vorbereitung und den praktischen Angeboten der Verbraucherzentralen und Pflegestützpunkte lässt sich das Verfahren gut bewältigen.

Neues Seniorenseminar der vbba in Fulda vom 1.- 3. Juli 2026

Im Hotel Fulda Mitte werden wir 2026 wieder ein Seniorenseminar durchführen.

Folgende Themen sind geplant:

- Vererben / Verschenken
- Gefahren im Internet / Künstliche Intelligenz (KI)
- Die 7 Gewinne des Alters

Es fällt ein Eigenanteil von 160,00 Euro an.

Anmeldungen sind ab sofort über die vbba-Bundesgeschäftsstelle möglich.

Weitere interessante Informationen



Für die Kollegen, die vor langer Zeit eine **Sterbegeldversicherung** im Rahmen eines Sammelversicherungsvertrags über die vbba abgeschlossen haben folgender Hinweis:

Bei Abschluss der Einzelversicherungsverträge wurden damals keine Einzelpolicen ausgestellt.

Da die Versicherungsbeiträge jeweils abgebucht werden, kann die entsprechende Versicherungsnummer aus den Kontoauszügen entnommen werden.

Die Versicherungsverträge werden von der **AGER Lebensversicherungs AG Köln** geführt und verwaltet. Telefon-Nr. 0221-148212117.

Die Gesellschaft hat auch eine Homepage und kann über Internet jederzeit erreicht werden. Dort kann der Status einer bestehenden Versicherung abgefragt bzw. können die entsprechenden Unterlagen schriftlich angefordert werden.

Im Todesfall ist Ager auch für die Abwicklung der Versicherung zuständig.

Landesgruppe Berlin-Brandenburg

Lösungsorientierte Arbeit auf dem LGT 2025

Sachlicher Austausch schafft Konsens

Volles Programm beim diesjährigen Landesgewerkschaftstag der Landesgruppe Berlin-Brandenburg: Mit vielen Anträgen mussten sich Delegierte und Vorstandsmitglieder auf der zweitägigen Veranstaltung im Loginn Hotel Berlin Airport in Bohnsdorf beschäftigen. Positives Fazit der Veranstaltung: Mit sachlichen Argumenten und mit Kompromissbereitschaft lassen sich viele Dinge oft auch ohne Abstimmung klären.

Eine umfangreiche Tagesordnung, zeitintensive Anfahrten sowie der gegenseitige Austausch sind aus Perspektive der Teilnehmenden gute Gründe für einen zweitägigen LGT. Neben den vielen Themen über die während der Veranstaltung in der Regel auch ein Konsens erzielt wird, gehört in den Pausen und am Abend auch der persönliche Erfahrungsaustausch dazu.

Voraussetzung für Austausch und Vernetzung ist natürlich immer ein gemeinsames Podium, das alle Mitglieder der regionalen Gruppen zusammenbringt. Als Gemeinschaftsveranstaltung steht daher auch die Jahresmitgliederversammlung der Landesgruppe Berlin-Brandenburg im kommenden Jahr wieder fest im Terminkalender.

Außenwahrnehmung und Mitgliedergewinnung

In ihrem Tätigkeitsbericht zieht die Landesgruppenvorsitzende Janina Hildebrandt eine durchweg positive Bilanz. Während eines Workshops haben die Landesgruppenvorstandsmitglieder ihre Stärken und Fähigkeiten definiert. „Es sind unsere Ziele für die kommenden Jahre deklariert worden.“ Im Fokus wurden Kommunikation und Außenwahrnehmung sowie die Mitgliedergewinnung stehen. Jeweils zwei Sitzungen im BuHaVo und Landesvorstand sowie ein Austausch mit den regionalen Gruppen stehen ebenfalls in der Jahresbilanz. Bei der Wahrnehmung der Vielzahl an Terminen wird Janina Hildebrandt von ihrer Stellvertreterin Karin Schneider unterstützt. Durch ihren Rückzug aus der Bundesfrauenvertretung fokussiert sich Janina Hildebrandt künftig noch mehr auf die Landesgruppe.

Im Arbeitskreis SGB II auf Bundesebene vertritt Landesleitungsmitglied Michael Kneiske die Interessen für Berlin-Brandenburg. Die Mitarbeit am SGB II aktuell, der Netzwerkaufbau innerhalb der Landesgruppe und die Netzwerkarbeit mit dem dbb sind dabei ein zentraler Teil seiner Arbeit. Aktuelle Mitgliederstatistiken liefert Schatzmeisterin Sybille Feibicke: „Die größten regionalen Gruppen sind Berlin Mitte vor Berlin Süd und Berlin Nord.“

Als besonderer Gast aus der Bundesleitung gibt Mathias Schulz einen Einblick in die aktuellen und anstehenden organisatorischen und politischen Entwicklungen in den Jobcentern. Der Rostocker geht zudem auf die geplanten Veränderungen im s.g. „Herbst der Reformen“ im SGB II ein und warnt zugleich vor den Auswirkungen der veränderten Steuerungslogik durch den Träger Agentur für Arbeit. Die geplante Neuordnung und Aufteilung der Verantwortung zwischen Regionaldirektionen und örtlichen bzw. regionalen Agenturvorständen führt bei den Themen Zielerreichung und Qualität zu Doppelstrukturen, steigender Berichtspflicht und folglich zu einer steigenden Dynamik der Themenschwerpunkte in den Jobcentern und einer zusätzlichen Belastung für die Beschäftigten.



Die Landesgruppenvorsitzende Janina Hildebrandt begrüßt Bundesleitungsmitglied Mathias Schulz als Gast auf dem LGT 2025.

Foto: Bernhard Brügger



Die Teilnehmenden beim LGT 2025 im Loginn Hotel Berlin Airport.

Foto: Bernhard Brügger

vbba-Präsenz gestärkt

„Die Unterstützung der vbba-Mitglieder wird bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im TV-L benötigt“, berichtet Mathias Schulz. Nach der Forderungsfindung stehen drei Verhandlungsrunden mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder an. „Wenn wir etwas erreichen wollen, dann zählen alle, die auf der Straße sind“, ergänzt hierzu Karsten Staß, Mitglied der dbb-Tarifkommission. „Wir haben aus den letzten Verhandlungen dazugelernt.“ Für die vbba registriert Karsten Staß einen unheimlichen Aufschwung. „Wir haben einmal klein angefangen, sind nun überall anerkannt und stark gewachsen.“ Im dbb-Bundesvorstand sei ein zweiter Platz hinzugekommen. Stark vertreten sei die vbba zudem bei den Regionalkonferenzen, den früheren Branchentagen.



Der Landesgruppenvorstand Berlin-Brandenburg zeigt Flagge für Diversität und Gleichberechtigung.

Foto: Bernhard Brügger

Präsenz zeigt die vbba aber auch auf zahlreichen Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg: Janina Hildebrandt und Karin Schneider sind zu Gast beim Gewerkschaftsempfang vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner im Roten Rathaus. SBV-Beisitzer Michael Elste berichtet vom Auftritt auf der SBV-Vollversammlung in Kreuzberg, wo wieder einmal neue Mitglieder akquiriert werden konnten. Und gleich auf drei Personalversammlungen organisiert Thorsten Wils, Vorsitzender der regionalen Gruppe Berlin Süd, einen vbba-Stand. Zum Christopher Street Day in Berlin beteiligt sich erstmals eine kleine vbba-Gruppe an der politischen Demonstration für Diversität und gegen Diskriminierung.

Text: Bernhard Brügger

Ehrungen für Manfred Feit und Lars Luderer

Die Landesgruppenvorsitzende Janina Hildebrandt konnte auf dem LGT langjährige und verdiente Mitglieder auszeichnen: Für seine Tätigkeit als Landesgruppenvorsitzender erhält Manfred Feit eine Ehrung. Neben einer Urkunde überreicht Janina Hildebrandt als Anerkennung einen Gutschein, den Manfred Feit für den guten Zweck einer karitativen Organisation spendet. Für 25-jährige vbba-Zugehörigkeit bekommt Lars Luderer seine Urkunde. Da er auf der Jahresmitgliederversammlung nicht dabei sein konnte, konnte die Ehrung nun nachgeholt werden.

Landesgewerkschaftstag Nord 2025

Austausch, Engagement und neue Impulse in Schwerin



Die Teilnehmenden des LGT.

Foto: Sören Deglow

Vom 21. bis 23. September war es wieder soweit. Knapp 40 Delegierte aus der Landesgruppe Nord fanden sich zum diesjährigen Landesgewerkschaftstag in Schwerin zusammen.

Wie immer erwartete uns eine vollgepackte Tagesordnung, die es galt, bis zum Dienstagmittag abzuarbeiten. Und so viel sei an dieser Stelle vorweggenommen: Alle waren ausreichend diszipliniert, um dieses Ziel zu erreichen. Gewohnt routiniert leitete unsere Landesvorsitzende Agnes Ranke im Tandem mit Sören Deglow, erster stellvertretender Vorsitzender, den Landesgewerkschaftstag.

Neben den erfahrenen Mitstreiterinnen und Mitstreitern gab es auch wieder einige neue Gesichter zu sehen. Das zeigt uns, dass das Interesse an der Gewerkschaftsarbeit in Nord auch weiterhin hoch ist.

Gedenken an Waldemar Dombrowski und Ulrich Silberbach

Bevor es zur Tagesordnung übergang wurde nach der Begrüßung eine Gedenkminute für Waldemar Dombrowski, unseren ehemaligen Bundesvorsitzenden, und Ulrich Silberbach, den ehemaligen Vorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion, abgehalten. Sowohl für die vbba als auch für die Gewerkschaftsarbeit insgesamt spielten beide Persönlichkeiten über Jahre hinweg eine tragende Rolle.

Agnes Ranke und Siegfried Pedd haben für die Landesgruppe Nord an der Trauerfeier für Waldemar Dombrowski am 25. Mai in Bad Hersfeld teilgenommen. Ein, auch für beide persönlich, sehr emotionaler Akt.

Neues aus dem Landesvorstand

Agnes Ranke berichtete über die Aktivitäten der letzten Monate. Dabei sind insgesamt 6 Vorstandssitzungen, die Einkommensrunde 2025 (TVöD) und die Bundeshauptvorstandssitzungen im November 2024 und April 2025 hervorzuheben. Weiterhin berichtete Agnes unter anderem von ihren Besuchen auf Personalversammlungen und der Zusammenarbeit mit den drei dbb-Landesbünden.

Sören Deglow informierte zu den Gebieten Rechtsschutz und Darstellungsmöglichkeiten der Landesgruppe Nord auf der vbba Website.

Als eines der ersten Highlights stand die Wahl der neuen Landesjugendvertretung an. Laura Pemper, Nachwuchskraft in der Arbeitsagentur Hamburg, wurde einstimmig gewählt. Obwohl Laura sich noch in der Ausbildung befindet, engagiert sie sich jetzt schon gewerkschaftlich – einfach toll! So sind diverse Aktionen für unsere Nachwuchskräfte in Planung. An dieser Stelle wünschen wir Laura viel Erfolg bei der Ausübung ihres Amtes.

Die Delegierten
im Austausch mit
Oliver Gerdemann.

Foto: Ute Lucchesi



Aus der Arbeit der Frauenvertretung berichtete Sigrun Menge. Eine erfreuliche Neuigkeit gab es aus der Ebene der Bundesfrauenvertretung: Mit Cora Lang aus dem Jobcenter Rostock stellt die Landesgruppe Nord nun die erste stellvertretende Vorsitzende im Bundesvorstand der Frauenvertretung. Auch Cora wünschen wir gutes Gelingen und eine geschickte Hand bei der Amtsausübung.

Dietmar Felzmann berichtete von der Arbeit der vbba-Seniorenvertretung. So beschäftigte sich die Seniorenvertretung mit der Erstellung und dem Versand von Geburtstagsanschriften und ggf. auch Präsenten an Mitglieder ab 65 Jahren, mit Anliegen von Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zu Beihilfethemen oder der Teilnahme an Veranstaltungen der dbb-Landesbünde, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wenn auch nicht mehr aktiv am Arbeitsleben teilnehmend, so bleiben unsere Seniorinnen und Senioren doch ein elementarer Bestandteil der vbba-Landesgruppe.

Austausch mit Volker Kath (GIS RD Nord)

Als erster Gastredner sprach Volker Kath. Es fand ein dreistündiger, guter und ehrlicher Austausch auf Augenhöhe statt. Themen waren unter anderem das Zukunftsprojekt Intern (ZuPI) einschl. der Transformation des HR-Bereichs und deren Auswirkungen auf die Mitarbeitenden der Agenturen und Jobcenter im RD-Bezirk, Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte auf Basis der dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2025 und die Qualifizierung von Mitarbeitenden in Agenturen und Jobcentern.

Gespräch mit Oliver Gerdemann (Bundesleitung)

Als nächster Gast war Oliver Gerdemann an der Reihe. Oliver berichtete detailliert von den jüngsten Tarifverhandlungen. Ein Thema welches mit großem Interesse aufgenommen wurde. Im Weiteren hatte er die anstehende „Transformation“ der vbba im Gepäck. Ab dem nächsten Bundesgewerkschaftstag in 2026 wird die vbba dann aller Voraussicht nach zu einem eingetragenen Verein mit einem neuen Bundesvorstand werden. Hierfür ist u. a. eine Satzungsänderung erforderlich, an der zur Zeit eine Strukturkommission arbeitet.

Informationen von Dietmar Knecht (Landesvorsitzender dbb mv)

Als letzter Sprecher stand uns Dietmar Knecht Rede und Antwort. Die zunehmende Gewalt im öffentlichen Dienst, wie damit umgegangen wird und welche Implikationen sich daraus für die Zukunft ableiten, war hier ebenfalls ein wichtiges Thema. Auch Dietmar Knecht berichtete zur Einkommensrunde 2025 für den öffentlichen Dienst und gab zudem einen Ausblick auf die nunmehr anstehende Tarifrunde für Länder, die aus seiner Sicht ebenfalls sehr herausfordernd sein wird.

Was gab es sonst noch so?

- Die regionalen Gruppen berichteten von ihren Aktivitäten seit dem letzten Landesgewerkschaftstag. So gab es neben den obligatorischen Mitgliederversammlungen auch zusätzlich unterjährige Events wie z. B. After Work-Treffen oder Weihnachtsfeiern.
- Der Landesschatzmeister Sven Hofeditz berichtete ausführlich über die Finanzlage und die gute Mitgliederentwicklung in der Landesgruppe.
- Die Planungen für ein 4. Nord Event sollen aufgenommen werden.
- Zeitpunkt und Ort für den LGT 2026 wurden beschlossen.

Natürlich fand ein Austausch nicht nur tagsüber statt, sondern auch abends in geselliger Runde. So konnten Netzwerke neu geschaffen oder vertieft werden. Das informelle Setting trug zu einer Wohlfühl-Atmosphäre bei, in der neben fachlichen Inhalten auch das eine oder andere „Private“ geschnackelt werden konnte. Was wiederum unsere vbba-Gemeinschaft weiter stärkt 😊

Text: Tom Liebscher

Landesgruppe NRW

Veränderung im Fokus

Erfolgreicher Landesgewerkschaftstag in Bad Sassendorf

Im Mittelpunkt der diesjährigen Landesversammlung der vbba NRW standen aktuelle Veränderungsprozesse — sowohl in der Bundesagentur für Arbeit als auch innerhalb unserer eigenen Gewerkschaftsstruktur. Vertreterinnen und Vertreter aus den Landesgruppen, der Jugendorganisation sowie langjährige Kooperationspartner kamen zusammen, um über aktuelle Entwicklungen in der Bundesagentur für Arbeit (BA) und innerhalb der vbba NRW zu diskutieren.



Simone Thölke mit Dirk Strangfeld.

Foto: Bernhard Schmitz

Digitalisierung, Fachkräftesicherung und organisatorische Neuaufstellungen stellen nicht nur neue Anforderungen an Beschäftigte, sondern eröffnen auch Chancen für modernere Arbeitsstrukturen, so stellte es die Landesvorsitzende Simone Thölke dar.

Einen Überblick über die laufenden Reformen, Auswirkungen auf Arbeitsmarktsteuerung und Vermittlungsprozesse sowie Chancen und Herausforderungen für die regionale Arbeitspraxis gab unter anderem Herr Strangfeld, Geschäftsführer Arbeitsmarktmanagement aus der RD NRW.

Interne Veränderungen in der vbba NRW

Auch innerhalb der vbba NRW steht die Zeit nicht still. Die Landesvorsitzende und unser Gast Ingo Wagner aus der Bundesleitung berichteten über interne Reformprozesse, die die vbba fit für die Zukunft machen sollen – von der Weiterentwicklung der vbba hin zu einer Vereinsstruktur.



Foto: Bernhard Schmitz

Jugend der vbba NRW – Perspektiven der jungen Kolleginnen und Kollegen

Einen engagierten und frischen Beitrag leistete die vbba NRW-Jugend, vorgelesen durch Tom Weber, dem Vertreter der Bundesjugendleitung, und unterstützt durch die NRW-Landesjugendleitung Jan Bottmer, die sich mit großem Einsatz für die Interessen der jüngeren Kolleginnen und Kollegen einsetzt. Besonderer Fokus lag auf der Darstellung neuer Ideen zur Nachwuchsgewinnung. Die Resonanz der Delegierten auf diese Impulse war durchweg positiv.

Starke Partner an der Seite

Ein weiterer Höhepunkt waren die Gastbeiträge der langjährigen Kooperationspartner:

Stefan Teschner von der BBBank stellte die Angebote zur finanziellen Unterstützung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor.

Roy Tillmann, von der DBV informierte über aktuelle Themen im Bereich Absicherung und Vorsorge.

Johannes Gutekunst, Debeka, präsentierte neue Konzepte für moderne, bedarfsgerechte Versicherungs- und Serviceleistungen.

Alle Partner unterstrichen die enge und verlässliche Zusammenarbeit mit der vbba NRW und betonten den gemeinsamen Anspruch, die Mitglieder der Gewerkschaft vbba bestmöglich zu unterstützen.

Gemeinsam durch den Wandel

Der Landesgewerkschaftstag zeigte eindrucksvoll, dass die vbba NRW bereit ist, den anstehenden Wandel aktiv und geschlossen zu gestalten. Mit neuen Ideen, gestärkten Strukturen und engagierten Partnern blickt die vbba NRW in die Zukunft.

Das Hotel Schnitterhof in Bad Sassendorf bot dabei nicht nur den passenden Rahmen, sondern auch den Raum für wertvolle Gespräche, neue Impulse und ein spürbares Gemeinschaftsgefühl.

Text: Simone Thölke, Landesvorsitzende NRW



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Seit 70 Jahren. Aus Überzeugung. Mit Herz. Für Euch.

www.vbba.de

Treue, Engagement und Zusammenhalt

Ehrung für langjährige Gewerkschaftsmitglieder

Ein Nachmittag voller Dank und Anerkennung

In feierlichem Rahmen ehrte die Landesvorsitzende Simone Thölke im Namen der vbba NRW im Anschluss an den Landesgewerkschaftstag im Hotel Schnitterhof in Bad Sassendorf ihre langjährigen Mitglieder für 25, 40 und 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit. Der Landesvorstand der vbba NRW lud die Jubilarinnen und Jubilare nebst Partner und Partnerinnen ein, um ihnen für ihr jahrzehntelanges Engagement und ihre Treue zur Gewerkschaft zu danken.

Wertschätzung für gelebte Solidarität

Die Landesvorsitzende Simone Thölke begrüßte die Anwesenden und betonte in ihrer Ansprache die Bedeutung von Zusammenhalt und Solidarität – damals wie heute:

„Unsere Jubilare haben mit ihrer langjährigen Mitgliedschaft dazu beigetragen, dass wir als Gewerkschaft stark und handlungsfähig bleiben. Ihr Einsatz ist ein lebendiges Beispiel für gelebte Solidarität über Generationen hinweg.“

Besonders spannend und interessant waren die Einblicke, die Helga Duhme-Lübke und Simone Thölke in die Geschichte der vbba gaben. Ebenso lehrreich, informativ und beeindruckend waren die BA-Lebensgeschichten der Jubilare. Besonders bewegend waren die Erinnerungen des langjährigsten Mitgliedes Herrn Erich May, der vom Eintritt in die Bundesagentur für Arbeit 1952 berichtete, als es die BA noch gar nicht gab.

Leider konnten die Jubilare, die ihre 60 jährige Mitgliedschaft feiern konnten, nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Besonders leid tat dies unserem Mitglied Wilfried Bungart, der zur Ehrung aufgrund seiner 70 jährigen Mitgliedschaft eingeladen war.



Die Jubilare in NRW mit Simone Thölke.

Foto: Bernhard Schmitz

Jeder Jubilar und jede Jubilarin erhielten eine Ehrenurkunde und ein kleines Präsent als Zeichen des Dankes.

Nach den offiziellen Ehrungen blieb noch viel Zeit für Gespräche, Erinnerungen und den Austausch über alte und neue Zeiten. Bei einem gemeinsamen Essen klang der Abend in geselliger Runde aus.

Ein besonderer Dank gilt Helga Duhme-Lübke, die mit ihrem Einsatz zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben. Die Ehrungsfeier zeigte einmal mehr:

Gewerkschaft lebt vom Engagement ihrer Mitglieder – gestern, heute und morgen.

Text: Simone Thölke,
Landesvorsitzende vbba NRW



Simone Thölke mit Jubiliar Erich May.

Foto: Bernhard Schmitz

Netzwerktreffen SGBII in NRW



Die Teilnehmenden des Netzwerk SGBII NRW.

Foto: Heiko Wehrmann

Vom 9. bis 10. Oktober fand das Netzwerktreffen SGB II des Fachbereichs 5 der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Mit 20 Teilnehmenden aus den einzelnen Jobcentern fand ein reger Austausch zu den aktuellen Themen der Jobcenter statt.

Während Themen wie **Personalmangel**, **Überlastung** der Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern oder **hohe Krankenstände** mittlerweile **leider** zu den Dauerthemen geworden sind, wurde insbesondere über die Haushaltssituation 2025 und 2026 in den Jobcentern gesprochen. Aufgrund der Unterfinanzierung der Verwaltungshaushalte in den Jobcentern und einhergehend damit nicht besetzter Stellen (die vbba hat mehrfach darüber berichtet), ist die Arbeitsbelastung allerorts hoch. Nun wird z.B. im Bereich M&I, durch zusätzliche Vorgaben zur Kundenkontaktdichte, der **Druck ohne Not erhöht**. Dies führt zu einer Unzufriedenheit der Mitarbeitenden, die kein „Licht mehr am Ende des Tunnels“ sehen. Die teils unrealistischen Zahlen, welche durch die Geschäftsführungen gefordert werden, sind mit dem bestehenden Personal nicht zu erreichen.

Weitergehend wurden in Arbeitsgruppen innergewerkschaftliche Themen behandelt, beispielsweise zur Mitgliedergewinnung, Mitgliederbetreuung oder Streikdurchführung.

Bei einem gemeinsamen Austausch mit der Landesvorsitzenden NRW Simone Thölke konnten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt und weitere Themen aus den Jobcentern diskutiert werden.

Im kommenden Jahr wird die Landesgruppe NRW wieder zwei Netzwerktreffen durchführen. Interessierte an einer Teilnahme und/oder einer Mitarbeit im Netzwerk SGBII aus den Jobcentern in NRW können sich gerne unter fachbereich5@vbba-nrw.de melden.

Text: Marco Bönneken

Landesgruppe NSB

vbba-NSB im Erlebnis-Zoo

Am 20. Juni fand es nun tatsächlich statt: das erste vbba-NSB-Event und es sollte ein rauschendes Fest werden.

Bei bestem sommerlichen Wetter trafen sich rd. 300 Mitglieder (inkl. einiger Gäste) aus Niedersachsen und Bremen, um ein paar gemeinsame Stunden zu verbringen. Als Ziel wurde der Erlebnis-Zoo Hannover auserkoren und so nutzten viele der Teilnehmenden die Gunst der Stunde und reisten bereits am Vormittag an, um diesem Zoo einen ersten oder auch wiederholten Besuch abzustatten.

Um 15:00 Uhr war es dann aber soweit und wir enterten mit einem Begrüßungsgetränk ausgerüstet „Meyers Hof“: das gesamte Areal mit Hoflokal, Festscheune und alter Werkstatt stand uns mit der dazugehörigen Außen-gastronomie exklusiv zur Verfügung. Wir hatten einen lieben Kollegen als DJ gewinnen können und es trat ein Gastkünstler als Zauberer auf, der die Teilnehmenden mit interaktiven Einsätzen gut unterhalten hat.

Gut unterhalten haben sich auch alle Teilnehmenden untereinander: sei es, dass man ehemalige Kolleginnen und Kollegen wiedergetroffen hat oder neue Bekanntschaften geschlossen wurden. Ab 17:00 Uhr wurden insgesamt 4 Buffetstationen eröffnet, so dass sichergestellt werden konnte, dass wirklich Alle in den Genuss der Küchenspezialitäten kamen. Nach dem Essen ging der interne Austausch munter weiter, verstärkt wurde der DJ mittels Musikkwünschen einbezogen und schon bald füllte sich die Tanzfläche. Viele Auswärtige hatten sich kurzerhand für eine Übernachtung im Hotel entschieden, um den Abend bis 22:00 Uhr so richtig auskosten zu können. Einige Nachtschwärmer sollen auch danach noch in Hannover gesichtet worden sein.

Als Erinnerung bekamen alle Teilnehmenden einen Schlüsselanhänger, es gab auch zahlreiche Fotos und Videos. Unter anderem haben wir auch einen kleinen gesanglichen Beitrag gedreht, der zu einem späteren Zeitpunkt nochmal eine Rolle spielen wird.

Der Landesvorstand erhielt bereits während der Veranstaltung, aber auch im Nachhinein, viel Zuspruch für die Organisation und Durchführung dieses Festes.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein herzliches Dankeschön – es war uns eine Freude!

Text: Silke Babel



Fotos: privat

Landesgewerkschaftstag in Jena

Der neue Landesvorstand stellt sich vor

Vom 31. Juli bis 1. August fand in Jena der diesjährige Landesgewerkschaftstag statt. Neben vielen spannenden Diskussionen und zukunftsweisenden Themen stand auch die Neuwahl des **Landesvorstandes** auf der Tagesordnung.

Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde von bislang 15 auf nun 13 Mitglieder angepasst – ein Schritt, um uns perspektivisch schlagkräftig aufzustellen und auch künftig stark in Thüringen und Sachsen-Anhalt vertreten zu sein.

In der Wahl wurde **Kristin Arnold** mit absoluter Mehrheit als Landesvorsitzende bestätigt. **Franziska Schneider** startet neu als stellvertretende Vorsitzende. Außerdem wurden weitere Beisitzer/innen und Funktionsträger/innen gewählt.

Ein besonderes Signal für die Zukunft: Wir fördern gezielt junge Menschen. So konnte **Carolin Hilbert**, bisher in der Jugendvertretung aktiv, in den Landesvorstand aufrücken.

Wir danken allen ehemaligen Mitgliedern des Landesvorstandes (**Doreen Schmidt, Patricia Tacke, Eike Waldmann**) herzlich für ihre engagierte Arbeit und ihren Einsatz in den vergangenen Jahren.



Obere Reihe: Gabriele Schwerthfeger, Ulf Schweinefuß, Stephanie Schmöche, Jeremy Frank, Arnulf Redeker, Lothar Jahn; untere Reihe Thomas Pfeiler, Alexander Siegmund, Franziska Schneider, Kristin Arnold, Carolin Hilbert, Torsten Rist;

Nicht im Bild: Marco Erler

Foto: LG SAT

Podiumsdiskussion: Gewalt im öffentlichen Dienst – „Es gilt die Null-Toleranz-Grenze.“

Am ersten Tag des Landesgewerkschaftstages stand ein Thema im Mittelpunkt, das viele Kolleginnen und Kollegen unmittelbar betrifft: **Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.**



Kristin Arnold, Rainer Wendt, Sabine Schumann, Markus Behrens, Stephanie Schmöche

Foto: LG SAT

Auf dem Podium diskutierten **Rainer Wendt** (Bundesvorsitzender DPolG), **Sabine Schumann** (stellv. Bundesvorsitzende DPolG), unser Vorsitzender der Geschäftsführung der RD Sachsen-Anhalt-Thüringen **Markus Behrens** sowie unsere Kollegin und Personalratsvorsitzende **Stephanie Schmöche**.

Mit klarer Struktur und feinem Gespür führte **Kristin Arnold** durch diese Podiumsdiskussion.

Den Auftakt machte **Rainer Wendt** mit einer klaren Analyse der Lage: „Was wir erleben, ist eine Gewaltwelle mit jährlich zweistelligen Steigerungstendenzen.“ Um dieser Entwicklung zu begegnen, forderte er: „Mehr Einsatz von Sicherheitstechnik und KI“. Solche Mittel könnten helfen, Bedrohungssituationen frühzeitig zu erkennen und Beschäftigte besser zu schützen.

Sabine Schumann betonte die staatliche Verantwortung: „Ich halte es für enorm wichtig, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit bewahrt.“ Prävention müsse konkret gelebt werden, nicht nur auf dem Papier. Ihr praktischer Rat: „Wenn eine Straftat geschieht, nutzen Sie die Kraft des Bekannten, sprechen Sie Ihre KollegInnen in Stresssituationen an.“

Anschließend machte **Markus Behrens** deutlich, dass konsequentes Handeln auf allen Ebenen nötig ist: „Es gilt die Null-Toleranz-Grenze.“ Er sprach sich für praxisnahe Vorbereitung aus: „Reelle Situationen müssen geübt werden. Am Geld darf es diesbezüglich nicht scheitern.“ Damit stellte er klar, dass Sicherheit nicht von knappen Budgets abhängen darf.

Im Verlauf der Diskussion schilderte **Stephanie Schmöche** einen kürzlich stattgefundenen realen Vorfall. Ihre Worte machten deutlich, wie sehr solche Situationen unseren Arbeitsalltag prägen: „Heutzutage ist die Hemmschwelle gesunken. Fast täglich müssen wir Gewalt erleben – verbal, psychisch, körperlich.“ Gleichzeitig appellierte sie an den Zusammenhalt unter den Kolleginnen und Kollegen: „Wir müssen untereinander auf uns achten und unsere KollegInnen im Blick haben.“

In der Schlussrunde waren sich alle Podiumsgäste einig: Gewaltprävention muss Chefsache sein.

Dazu gehören **klare Regeln, schnelle und unkomplizierte Meldemöglichkeiten, enge Zusammenarbeit mit der Polizei sowie umfassende Unterstützung für Betroffene** – von der psychologischen Betreuung bis zu organisatorischen Konsequenzen.

Die Diskussion machte unmissverständlich klar: Jeder Angriff ist einer zu viel! Gewalt im öffentlichen Dienst ist eine wachsende Herausforderung, der wir nur mit entschlossenem Handeln, klaren Strukturen und solidarischem Miteinander begegnen können.

Thüringer Beamtenbund zu Gast

Die Landesgruppe durfte den Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes (tbb), **Frank Schönborn**, begrüßen. In seinem Grußwort lobte er die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen tbb und vbba, die seit März dieses Jahres noch einmal deutlich intensiviert wurde. Unsere Landesvorsitzende Kristin Arnold wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden des tbb gewählt.



Kristin Arnold, Franziska Schneider,
Saskia Grimm, Frank Schönborn

Foto: LG SAT

Er informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die **aktuellen Schwerpunkte der tbb-Arbeit**. Dazu zählten insbesondere die Einkommensrunde im TVöD sowie die anstehende Einkommensrunde im TV-L. Auch in diesen Verhandlungen ist die vbba stets engagiert an der Seite des tbb. Ein weiterer wichtiger Punkt seines Beitrags war die amtsangemessene Alimentation. Hier konnte der tbb in den vergangenen Monaten große Fortschritte erzielen. Schönborn gab einen Überblick über den Stand der Arbeiten und die weiteren Aufgaben auf diesem Gebiet.

Ebenfalls mit dabei war **Saskia Grimm**, Jugendvertreterin im Thüringer Beamtenbund. Sie nutzte die Gelegenheit zum Austausch mit den neu gewählten vbba SAT-Jugendvertretern **Jeremy Frank** und **Alexander Siegmund** und half so, erste Kontakte und gemeinsame Vorhaben anzubahnen. Die vbba bedankt sich für den konstruktiven Austausch und freut sich auf die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit dem Thüringer Beamtenbund.

Kooperationspartner - Neue Impulse werden gesetzt

Ein Landesgewerkschaftstag lebt nicht nur vom Engagement seiner Mitglieder, sondern auch von der Unterstützung starker Partner. In diesem Jahr begleiteten unter anderem die BBBank (René Plathe), DBV (Roland Hipke) sowie die Debeka die Veranstaltung und trugen zu einem gelungenen Ablauf bei.



Kristin Arnold und Stefan Hoffmann von der Versicherungskammer Bayern unterzeichnen den Kooperationsvertrag und besiegeln damit eine gemeinsame Arbeit.

Foto: LG SAT



Foto: LG SAT

Besonders erfreulich ist die neue Kooperation mit der Versicherungskammer Bayern, die künftig attraktive Angebote für unsere Mitglieder bereithalten wird. Die vbba-SAT bedankt sich herzlich bei allen Partnern für ihre Unterstützung und freut sich auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit.

Aktion Notfallordner „Vorsorge ist Fürsorge“

Bereits in der Vergangenheit hatte sich die Landesgruppe SAT dafür eingesetzt, die Notfallordner frühzeitig auszuhändigen. Daher begrüßt unser **Seniorenbeauftragter Arnulf Redeker** eine unbefristete Durchführung dieser Aktion mit Beschluss des Landesgewerkschaftstages.



Es kann Jeden zu jeder Zeit treffen – ein Notfall tritt ein. Familie und Freunde stehen Kopf und wissen in dieser Situation wenig zu **Immobilien, Versicherungen, Vermögen, Vorsorgedokumenten, Verträgen, Mitgliedschaften, Testament** oder Ähnlichem.

Hierfür bieten wir Ihnen einen vom dbb erstellten Notfallordner an. Dieser erleichtert es, wichtige Unterlagen und Informationen zusammenzustellen und zu ordnen.

Interessierte Mitglieder wenden sich an den/die Vorsitzende/n der regionalen Gruppen und erhalten ihren persönlichen Notfallordner vor Ort.

Text: Kristin Arnold



Aus der Landesgruppe

Drohungen, Wutausbrüche, Übergriffe

Mitarbeiter von Thüringer Jobcentern und Arbeitsämtern werden immer öfter angegangen. Gewerkschaft fordert Schutz

Elena Rauch

Erfurt. Es geschah an einem Vormittag in einer Agentur für Arbeit in Thüringen. Ein Besucher kam ohne Termin, der Mitarbeiter der Behörde bat ihn, sich später am Empfang zu melden. Wütend habe der Mann das Zimmer verlassen, kam ihm kurze Zeit später auf dem Flur entgegen. „Einen halben Meter vor mir blieb er stehen und schlug unvermittelt auf der Höhe meines Kopfes mit voller Wucht gegen die Wand.“ Er habe noch eine Drohgebärde gemacht, schlug auf dem Weg durchs Treppenhaus einen Wegweiser aus der Verankerung.

So schildert der Mitarbeiter, er möchte anonym bleiben, den Vorfall. Er habe versucht, erinnert er sich, souverän zu wirken, fühlte sich aber gestresst und angespannt. Der Mann sei groß und kräftig gewesen, der Gang höchstens zwei Meter breit, ein Ausweichen unmöglich.

Vorfälle wie dieser sind längst keine Seltenheit, sagt Kristin Arnold. Sie ist Vorsitzende der vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales für Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Fachgewerkschaft vertritt die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Zwischenfälle habe es immer gegeben, sagt Arnold, doch das waren Ausnahmen. Inzwischen sei der Ton sehr viel rauer und aggressiver, die Hemmschwelle im Sinkflug. Vom Anspucken, Schimpfworten unter der Gürtellinie bis zu Drohungen wie „Ich weiß, wo du wohnst“, „Ich weiß, wo dein Auto steht“ oder „Man trifft sich zweimal im Leben.“

Brutaler Schlag ins Gesicht eines Teamleiters

Selbst vor körperlichen Übergriffen schrecken einige Besucher nicht zurück. Kürzlich erst habe ein Kunde einem herbeigerufenen Teamleiter in der Berufsberatung so brutal ins Gesicht geschlagen, dass seine Brille zerbrach. Der Grund: Eine Mitarbeiterin konnte dem Kunden nicht weiterhelfen, er war in der falschen Abteilung gelandet.

Bescheide zu Einstellung oder Kürzung des Arbeitslosengeldes, weil Termine verpasst oder Fristen abgelaufen sind, Bürgergeldanträge oder andere Sozialleistungen: In den meisten Fällen, sagt die Gewerkschafterin, geht es um Probleme, die mit Geld zu tun haben. Mitarbeiter erleben aber auch, dass Besucher politische Debatten anfangen, um ihre angestaute Wut in der



Mitarbeiter in Jobcentern und Arbeitsämtern werden zunehmend zum Ziel von Übergriffen.

AS_Photography, pixabay

Behörde abzuladen. Vor allem im Eingangsbereich, wo die Anliegen in die einzelnen Fachbereiche kanalisiert werden, entlädt sich Frustration. Die Menschen kommen mit dem Behördenschreiben, nicht selten schon emotional aufgeladen, und erwarten sofortige Klärung. Wenn sie dann hören, dass Unterlagen fehlen oder sie auf Termine warten müssen, eskaliere der Ärger. Und nein, ein herausragendes Muster der Täter gebe es nicht, Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund seien unter ihnen, junge und ältere.

Die Arbeitsagentur reagiert mit Hausverbot. Kunden, die einmal entgleist sind, dürfen das Haus nur noch in Begleitung von Polizei oder Security-Mitarbeitern des Hauses betreten. Eine Null-Toleranz-Grenze, die absolut notwendig sei, sagt Arnold. Jeder Mitarbeiter kenne Möglichkeiten, mit denen im Ernstfall die Kollegen im Haus alarmiert werden können. Doch in einer Stresssituation sei dies oftmals nicht ausreichend. Bei Besuchern, mit denen es aus Erfahrung problematisch werden könnte, spreche man sich schon vorher ab und sei in Bereitschaft. Die Aggression nehme trotzdem zu und hinterlasse zunehmend Spuren bei den Mitarbeitern.



Kristin Arnold ist vbba-Landesvorsitzende für Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Fachgewerkschaft vertritt die Interessen der Mitarbeiter in Jobcentern und Arbeitsagenturen.

ELENA RAUCH

Zumal viele junge Mütter und auch ältere Frauen in der Behörde arbeiten, bemerkt Gewerkschafterin Arnold. Sie spricht von enormer Verunsicherung, von Angst vor dem nächsten Arbeitstag. Sie kann das gut verstehen. Sie selbst hat schon erlebt, wie ihr in einem Gespräch von einem Kunden gedroht wurde. Vor einigen Tagen wurden erst die

Briefkästen vor der Arbeitsagentur und Jobcenter in Gera demoliert, im Sommer traf es dort die Fahrzeuge der Dienststelle. Die Mitarbeiter fragen sich nach solchen Angriffen, ob womöglich sie selbst das Ziel der nächsten Attacke sind. Im Sommer wurde die Situation auch auf dem Gewerkschaftstag der Landesgruppe thematisiert, es trifft nicht nur

Thüringen. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft DPolG, Rainer Wendt, sprach von einer „Gewaltwelle mit jährlich zweistelligen Steigerungstendenzen“. Er forderte unter anderem praxisnahe Vorbereitung, um reelle Situationen zu üben. Da dürfe es am Geld nicht scheitern.

Kurse, in denen auch Selbstverteidigung trainiert wird, würden den Mitarbeitern mehr Sicherheit geben, sagt Kristin Arnold. Auch über datenschutzkonforme Videoüberwachung sollte nachgedacht werden. Und die Mitarbeiter bräuchten viel mehr psychologische Hilfe, um Übergriffe zu verarbeiten. Solche Möglichkeiten gebe es zwar, doch die seien sehr begrenzt, um vor allem auch zeitnah auf Vorfälle einzugehen. Sie wisse, dass Kollegen da vieles wegdrehten und mit sich selbst ausmachten.

Es muss dringend mehr für die Sicherheit der Mitarbeiter getan werden, fordert sie. Einige würden über Kündigung nachdenken, andere hätten das zumindest innerlich schon getan. Das sei eine fatale Entwicklung, die Behörde sei schließlich dazu da, um Menschen in Problemlagen neue Perspektiven zu geben, und das tun die Mitarbeiter auch, sagt Kristin Arnold.

Jahresmitgliederversammlung Zentrale-Services



Landesvorstand Heiko Lemke. Fotos: Franziska Richter



Mitglieder der vbba Landesgruppe Zentrale-Services.



Die neue Frauenvertreterin Anja Ziwey.

Am 22. September trafen sich die Mitglieder der vbba Landesgruppe Zentrale-Services im Gutmann zur Jahresmitgliederversammlung. Etwa 60 Mitglieder nahmen an dem Event teil.

Als Gast war Uwe Mayer aus der Bundesgeschäftsstelle dabei. Er berichtete zum vergangenen Tarifaabschluss und der Übertragung auf die Beamten. Zum Thema Beihilfe informierte er, dass die Beschwerdeeingänge wesentlich zurückgegangen sind und die Bearbeitungszeiten der Postbeamtenkrankenkasse, im Vergleich zur BA, sich enorm verkürzt haben. Zudem haben die Bundesleitung und die Geschäftsstelle gerade sehr viel zu tun, denn sie stecken schon mitten in den Vorbereitungen zum Bundesgewerkschaftstages (BGT) 2026.

Unser Landegruppenvorstand Heiko Lemke berichtete Neues zu den Themen Pflege und Beruf sowie Werbepremienaktionen und informierte, dass wir mit Christian Löschner einen neuen Bundesvorstand haben.

Thematisiert wurden auch die noch anstehenden Aktivitäten: ein Besuch des Zukunftsmuseums und Lebkuchenbacken. Die Mitglieder wurden zudem aufgefordert Wünsche zu Fachvorträgen oder Aktivitäten zu nennen. Dabei kamen einige interessante Vorschläge, wie Skatturnier, Besuch des Planetariums und Führung durch das Reichsparteitagsgelände heraus.

Gewählt wurde auch wieder. So dürfen wir unsere neue Frauenvertreterin Anja Ziwey in unserer Landesgruppe begrüßen. Herzlichen Glückwunsch. Den Wahlleiter meisterte erneut Georg Zell mit Bravour.

Heiko informierte, dass die Landesgruppe einen neuen WhatsApp Kanal für alle Mitglieder hat, wo Informationen, anstehende Aktivitäten und Wahlen bekannt gegeben werden.

Es war wieder ein sehr gelungenes Treffen mit Austausch, Knüpfung neuer Kontakte und wieder leckerem mediterranen Buffet.

Text: Franziska Richter

Besuch des Zukunftsmuseums in Nürnberg

Die Zukunft der Bundesagentur für Arbeit konnten wir zwar nicht klären, aber für andere wichtige Themen, wie beispielsweise unser Essen der Zukunft oder das Leben auf dem Mond, haben die vbba Mitglieder bei einem Besuch des Nürnberger Zukunftsmuseums diskutiert und Ideen vorgestellt bekommen. Wir haben mit Robotern kommuniziert, über KI gesprochen und das Smart Home für die Zukunft (zum Teil auch schon jetzt) besichtigt. Viele interessante Exponate mit dem Ergebnis: Wieviel soll die Technik uns abnehmen und wer entscheidet, ob dies gewünscht und ethisch sinnvoll ist.

Foto: Heiko Lemke

Text: Heiko Lemke



Lebkuchen-Workshop



Mitglieder der LG Zentrale-Services beim Lebkuchenbacken.

Fotos: Franziska Richter

Die Landesgruppe Zentrale-Services war mit ihren Mitgliedern am 10. November Lebkuchen backen. Bei der ältesten noch bestehenden Lebkuchenbäckerei Nürnbergs – Wicklein seit 1615 konnten wir selbst einen Elisen-Lebkuchen formen, verzieren und backen. Dabei haben wir erfahren worin der Unterschied zwischen einem Elisen-Lebkuchen und einem Oblaten-Lebkuchen besteht – es ist der Mehlanteil. Der Elisen-Lebkuchen darf nur max. 10 % Mehl enthalten. Wir durften Gewürze raten, die in einem Lebkuchen nicht fehlen sollten und lauschten Geschichten des Lebkuchens. Den Lebkuchen gibt es nämlich schon seit dem antiken Ägypten und wurde damals als Opferbeigabe dem Grab beigelegt.

Am Ende konnten wir alle unsere selbstgemachten Lebkuchen mit nach Hause nehmen.

Text: Franziska Richter

Jahreshauptversammlung dbb Saar



Starke Stimmen, klare Botschaften – dbb Saar-Frauenvertretung macht Mut zur Veränderung

Am herbstlichen 6. November fand in der Arbeitskammer Saarbrücken die diesjährige Jahreshauptversammlung des dbb Saar statt. Zahlreiche Landesfrauen aus den dbb-Fachgewerkschaften, darunter auch die Landesfrau Rheinland-Pfalz-Saarland Madeleine Däges sowie Frau Eva-Maria Appel aus der vbba Gruppe Saarland, nahmen an der Versammlung teil um auf das vergangene Jahr zurückzublicken und die Weichen für die künftige Arbeit zu stellen.

Im Mittelpunkt der Versammlung standen verschiedene Themen, darunter:

- **Was bedeutet Teilzeit für die Altersversorgung - „Teilzeitfalle“?**
- **Der dbb Bundesfrauenkongress 20.- 21.03.2026**
- **Gesundheit und Selbstfürsorge**
- **Mobilarbeit**

Der Landesvorsitzende des dbb Saar, Sascha Alles, berichtete über aktuelle Entwicklungen und gab einen Ausblick auf die künftigen Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit, sowie zukünftige Entwicklungen.

Getreu dem saarländischen Motto ‚Hauptsache gudd gess‘ trafen sich die Teilnehmerinnen zu einem gemeinsamen Essen in entspannter Atmosphäre, um sich auszutauschen.

Wir sagen klar: Der öffentliche Dienst ist kein Sparschwein!

Gute Arbeit für die Gesellschaft braucht gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und politische Wertschätzung.

Text: Madeleine Däges



V. l. n. r.: Eva Maria Appel (RPS); Madeleine Däges (vbba-Landesfrau RPS); Yvonne Teusch (Landesfrau dbb Saar).

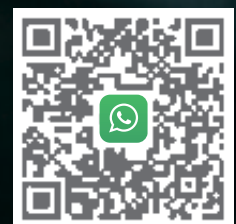
Fotos: privat



DIE vbba IMMER DABEI!



vbba App



vbba
WhatsApp-Kanal

Celle

„Rudern gegen Krebs“



Unser erfolgreiches BA-lance-Team.

Foto: Benjamin Bauch

Die Benefizregatta „Rudern gegen Krebs“ in Celle hat am 6. September mit 150 Booten und rund 600 Teilnehmern auch ein großes Publikum angezogen.

Wir waren mit dabei!

Vom bunten Treiben am Ufer bis zur musikalischen Unterhaltung wurde dem Publikum am Ufer der Aller jede Menge Programm geboten – im Zentrum standen aber die zahlreichen Rennen für den guten Zweck.

Der Reinerlös dieser Regatta wird für Projekte der Krebshilfe eingesetzt.



Unser Ruderboot „BA-lance“ mit der Nr. 16 besetzt mit 4 Celler vbba-Mitgliedern der regionalen Gruppe und mit lautstarker Unterstützung von zahlreichen Kolleginnen, Kollegen und Ehemaligen am Ufer der Aller hat es über 2 Vorläufe bis in das Viertelfinale der Regatta geschafft.

Dieses gute Ergebnis motiviert uns wohl auch beim nächsten Mal wieder bei dieser großartigen Benefiz-Regatta an den Start zu gehen! 😊

Ein besonderer Dank der regionalen Gruppe Celle geht an die Landesgruppe, die uns bei der Finanzierung der Startgebühr für unser Ruderboot unterstützt hat.

Text: Ulrich Clasing

Traunstein

Aktive und passive Benefits der vbba-Mitgliedschaft

Regionale Gruppe Traunstein bedankt sich bei Seppi Fernsebner und Michael Bächle

Was macht eine gute vbba-Gemeinschaft aus? Klar sind die Älteren überwiegend dabei, weil Gewerkschaften eine wichtige Arbeit leisten und sie wissen, dass Lohnerhöhungen nichts mit der Großzügigkeit eines Arbeitgebers zu tun haben. Viele Jüngere haben erkannt, dass so eine Mitgliedschaft nicht wenige „Benefits“ hat und ein schlaues Mitglied unterm Strich auch durch die dbb-Vorteilswelt allein monetär ein dickes Plus erreichen kann. Aber, seien wir uns mal ehrlich, am schönsten ist die vbba-Mitgliedschaft doch, wenn wieder eine Gemeinschaftsaktion ansteht.

Jedenfalls uns in Traunstein geht es immer so. Im Oktober war es wieder so weit. Eine kleine, aber feine Gruppe von aktiven und ehemaligen Kolleginnen und Kollegen traf sich direkt gegenüber der Arbeitsagentur in der urigen Wirtschaft „Angerbauerhof“. Traditionell geht es bei diesem inoffiziellen Ehemaligentreffen recht lustig zu. Es werden alte Geschichten von früher ausgetauscht. Und wenn die aktiven Kolleginnen und Kollegen erzählen, wie es aktuell im Amt – respektive der Agentur – so zugeht, dann seufzen die Senioren erleichtert und sind froh, dass sie das alles hinter sich haben. Aber auch noch nicht ganz, denn das Schöne an einer Gewerkschaftsmitgliedschaft ist ja, dass man noch Jahre nach seiner aktiven Zeit ein aktives Mitglied sein kann.



Seppi Fernsebner,
Bernhard Straßer
und Michael Bächle (v.l.).

Foto: Bernhard Straßer

Eines davon ist die Traunsteiner vbba-Legende Josef „Seppi“ Fernsebner. Seit 1. Juli 1982 ist er Mitglied in der vbba und hat seitdem vermutlich einen Großteil der aktuellen örtlichen Gruppe angeworben. Seppi Fernsebner war viele Jahre Mitglied im bayerischen Bezirkspersonalrat und sorgte auch nach seinem aktiven Dienst als Seniorenbeauftragter dafür, dass die Traunsteiner vbba-Gruppe weiter frisch und vital blieb. Bereits im letzten Jahr beschloss er allerdings, nach Jahrzehnten – anfangs Leiter der örtlichen Gruppe und schließlich Seniorenbeauftragter – sein aktives Amt niederzulegen, um fortan als einfaches Mitglied die vbba-Mitgliedschaft zu genießen. So große Fußstapfen machen die Suche nach einem Nachfolger nicht gerade leicht. Dementsprechend lange dauerte es. Inzwischen wurde mit Michael Bächle eine sehr gute Lösung gefunden. Michael Bächle ist selbst noch im aktiven Dienst und hat die neue Aufgabe bereits mit großem Elan aufgenommen. Die Zukunft der Seniorenbetreuung in Traunstein ist gesichert. Bei beiden bedankte sich Bernhard Straßer, Leiter der örtlichen Gruppe, ausdrücklich. Denn eine Gemeinschaft ist immer nur so stark wie ihre engagierten Mitglieder.

Und manchmal reicht es, wenn sich die Mitglieder überwiegend beim gemeinsamen Essen engagieren, denn auch das stärkt die Gemeinschaft. Wir Traunsteiner freuen uns jedenfalls über jedes neue Mitglied, das auch im nächsten Jahr aktiv beim vbba-Essen mit dabei sein möchte!

Text: Bernhard Straßer

Jung und jung geblieben trafen sich beim vbba-Essen.

Foto: Bernhard Straßer

Zwickau

vbba-Event und Mitgliederversammlung



Mit Spannung und Vorfreude warteten die Mitglieder auf den Aufstieg.

Foto: Andrea Weiß

Am Freitag, 7. November fand sich eine tapfere Gruppe von 13 Mitgliedern der vbba Zwickau zusammen, um ein aufregendes Event zu erleben. Ziel des Nachmittags war ein Ausflug in die Knopffabrik, um dort das Klettern auszuprobieren. Die Spannung war groß: Werden wir das schaffen? Ist es zu schwierig? Zahlreiche Fragen gingen durch unsere Köpfe, doch die Vorfreude war ungebrochen.

Mit professioneller Unterstützung der Trainer vor Ort erhielten wir eine Einführung in die Klettertechnik. Wir lernten wichtige Kommandos und die richtige Handhabung des Klettergurts.

Dann ging es endlich an die Wand. Mit einem respektvollen Blick nach oben – die erste Hürde war überwunden, die Klettererfahrung konnte beginnen!

Und siehe da: Alle meisterten die Herausforderung! In unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden erklommen wir die Wand und hatten viel Spaß dabei.

Am Ende des Events war die Freude groß – der Muskelkater kündigte sich an, aber vor allem gab es viele zufriedene Gesichter.

Nach dem sportlichen Teil trafen wir uns zu einem gemütlichen Beisammensein. Weitere Mitglieder stießen dazu und bereicherten die Runde.

Bevor das gemeinsame Essen beginnen konnte, wurde die Wahl des neuen Vorstands für die Gruppe Zwickau durchgeführt.

Andrea Weiß übernimmt den Vorsitz, während Susann Seifert als Stellvertreterin fungiert.

Es war ein rundum gelungener Nachmittag und Abend. Und schon jetzt laufen die Planungen für 2026!

Den 6. November 2026 solltet ihr euch schon einmal vormerken!

Text: Andrea Weiß

Der neue Vorstand: Sandy Morgner, Andrea Weiß und Susann Seifert (v.l.n.r.).

Foto: Andrea Weiß



Mit der vbba geht's nach oben.

Fotos: Andrea Weiß



Wissen, wo's langgeht

Personalräte nehmen Kurs auf Mitbestimmung

Das BPersVG allein reicht nicht – erst mit gewerkschaftlicher Rücken- deckung wird daraus echte Durchsetzungskraft.

Wer neu in den Personalrat gewählt wurde, steht häufig vor einer Vielzahl rechtlicher Regelungen, und praktischen Herausforderungen. Nach dem erfolgreichen Einstieg in die Welt der Personalvertretung folgte nun der nächste Schritt: Teil II des Grundlagenseminars zum Bundespersonalver- tretungsgesetz (BPersVG).

Hierzu trafen sich 17 Teilnehmende aus PR und BPR vom 6. bis 10. Ok- tober 2025 bei herbstlichem Wetter im BFW-Hotel in Nürnberg um sich unter anderen zu Themen wie „Rechten und Pflichten des Personalrates“, „Beschlussverfahren“ und „Geschäftsführung des Personalrates“ fachlich auszutauschen.

Personalräte sind keine Zuschauer, sondern gesetzliche Partner der Dienststellen mit Rechten und Pflichten, die eingefordert werden müssen. Wie kann der Personalrat aktiv Einfluss auf Entscheidungen nehmen? Wo sind gesetzliche Grenzen? Dieses Know-how vermittelten die Referenten Manfred Feit und Nina Wember mit Engagement, Humor so- wie jahrelanger Erfahrung aus ihrer Personalratsarbeit.

Auch der Erfahrungsaustausch in Gruppenarbeiten sowie die Arbeit mit fiktiven Fallgestaltungen ermöglicht es den Teilnehmenden, komplexe Entscheidungsprozesse praxisnah zu reflektieren, ohne an reale Fälle gebunden zu sein. Dies führte zu den ein oder anderem „Aha“-Moment und macht das Seminar zu einem unverzichtbaren Baustein moderner Personalratsarbeit.

„Gerade die vertiefte Auseinandersetzung mit simulierten Situationen war für meine tägliche Arbeit hilfreich“ so das Fazit von Lukas Malter aus der Agentur für Arbeit Saarland.

Die Teilnehmenden des Seminars.



Gespannt folgten die Teilnehmenden den Vortragenden.

Foto: Manfred Feit

Die Rückmeldungen der Teilnehmenden spiegelten die hohe Relevanz solcher Seminare wider. Viele fühlen sich nach Abschluss des Teil II des Grundlagenseminar zum BPersVG nicht nur fachlich noch gestärkter, son- dern auch motivierter ihre Rolle der Gremienvertretung weiterhin aktiv und selbstbewusst wahrzunehmen.

Qualifizierung ist kein Luxus, sondern ein Recht. Personalratsmitglieder haben laut BPersVG Anspruch auf Grund- und Spezialschulungen – und sollten diesen auch selbstbewusst einfordern. Gerade in Zeiten massiver Veränderungen ist fundiertes Wissen die Basis für wirkungsvolle Perso- nalratsarbeit.

Dieses Seminar ist ein klares Signal: Wir bilden aus, stärken den Rücken – und stehen zusammen als Gemeinschaft zusammen.

Text: Madeleine Däges

Foto: Manfred Feit

BPersVG 2

Premiere im hohen Norden



Die Teilnehmenden mit den Dozenten am Weißenhäuser Strand. Foto: Melissa Luck

Während einige eine gute und schnelle Verbindung nach Nürnberg haben, müssen andere einen weiten und langen Weg nach Franken auf sich nehmen – dorthin, wo die meisten unserer Seminare stattfinden. Dies hatte zur Folge, dass Anfang November erstmals ein Seminar der vbba im Norden stattfand.

Steffen Grabe und Melissa Luck nahmen eine lange Fahrt in Kauf, um 5 Tage lang Personalräte im zweiten Grundlagenseminar zu schulen. Die 18 Teilnehmenden kamen hauptsächlich aus Schleswig-Holstein. Der bestehende Bedarf an Seminaren im Sinne der Personalratsarbeit konnte damit aufgefangen werden. Diese Woche bot einen idealen Raum zum Lernen, Netzwerken und Austauschen – begleitet von einem netten Nebeneffekt: Die Ostsee ist nur einen Katzensprung entfernt und bietet auch im November noch eine wunderschöne Aussicht.



Auch im nächsten Jahr finden Seminare am Weißenhäuser Strand statt – Informationen sowie das Anmeldeformular gibt's auf unserer Website.

Text: Melissa Luck

Seminar „Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit und Betriebliches Gesundheitsmanagement“



Foto: Barbara Haak

In der Woche vom **22. bis 26. September** begrüßten die Dozentinnen **Barbara Haak** und **Martina Dopp** insgesamt 13 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet.

Das Seminar fand erstmals im Hotel „**Sportforum Rostock**“ statt – mit wunderbarem Blick auf das Ostseestadion, die Heimat von **Hansa Rostock**.

Im fünftägigen Grundlagenseminar wurden vielfältige Themen behandelt, unter anderem:

die **Rechtsgrundlagen des Arbeitsschutzes, Beteiligungsrechte der Gremien und Gleichstellungsbeauftragten, Beteiligte am Arbeitsschutz, Gefährdungsbeurteilungen, Ergonomie am Arbeitsplatz sowie das betriebliche Gesundheits- und Eingliederungsmanagement**.

Die Mindestanforderungen an den Arbeitsschutz und die Gestaltung der täglichen Arbeitsabläufe – etwa die Zusammenarbeit der Gremien mit der Geschäftsführung oder mit externen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern – wurden praxisnah vermittelt und durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht.

Zudem standen aktuelle Themen wie der Einfluss von **Mobiler Arbeit** und **Telearbeit** auf bestehende Arbeits- und Sicherheitskonzepte auf dem Programm.

Auch der kulturelle Teil kam nicht zu kurz: Beim gemütlichen Beisammensein am Abend in der **Forsthausbrauerei Trotzenburg** konnten sich die Teilnehmenden in entspannter Atmosphäre austauschen und vernetzen.

Dank der aufgeschlossenen Art und der regen Beteiligung aller Beteiligten vergingen die fünf Tage wie im Flug.

Mit ihrer langjährigen Erfahrung und den umfangreichen Seminarunterlagen gelang es den Dozentinnen, die Teilnehmenden optimal für ihre tägliche Gremienarbeit vor Ort zu rüsten.

Text: Barbara Haak

G-Seminar der vbba

Mehr Durchblick im Ehrenamt

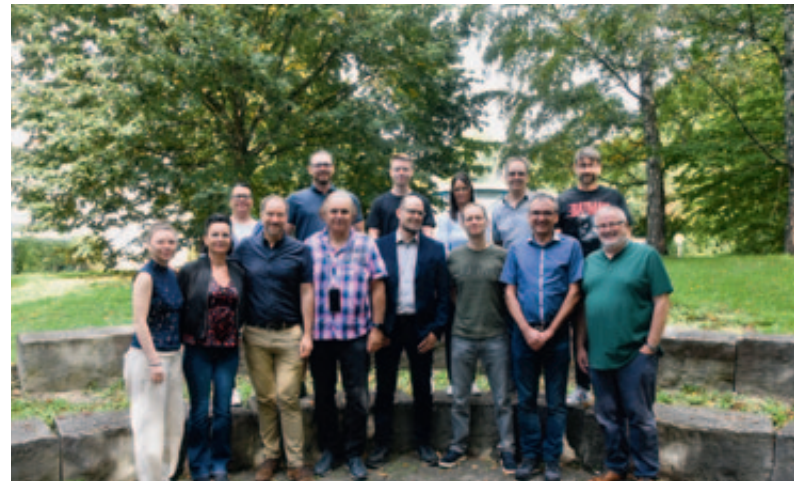
Wertvolle Informationen für Gruppenvorsitzende und Funktionsträger vermitteln Melissa Luck und Thorsten Wils auf ihren Grundlagenschulungen für die vbba. Beim jüngsten dreitägigen Seminar im BFW-Hotel Nürnberg sind zwölf Teilnehmende mit geschärftem Blick für die Gewerkschaftsarbeit und für die Vorteilsübersetzung bei der Mitgliederakquise sensibilisiert worden.

Neben Landesgruppenvorstandsmitgliedern sind auch Vorsitzende der regionalen Gruppen sowie Kontaktpersonen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen zum Besuch des G-Seminars eingeladen. Vermittelt werden Inhalte und Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen – zum Beispiel die vbba-Organisation auf Bundesebene. Auch die zukünftigen Veränderungen durch die Umwandlung zum eingetragenen Verein stehen im Fokus.

Die Seminarleitenden Melissa Luck und Thorsten Wils halten außerdem spannende Gruppenarbeiten für die Teilnehmenden bereit: An Flipcharts und Pinnwänden erarbeiten vier Gruppen unter anderem die Unterschiede zwischen Gewerkschafts- und Personalratsarbeit. Auch Ideen und Erwartungen der Funktionsträger werden gesammelt. Welche zukünftigen Aufgaben auf die Teilnehmenden zukommen, lässt sich ebenfalls im Plenum beantworten.

Dazu gehört zum Beispiel die Vorteilsübersetzung einer vbba-Mitgliedschaft gegenüber interessierten Kolleginnen und Kollegen: „Die vbba kümmert sich als Fachgewerkschaft explizit um die Belange der Beschäftigten von Jobcentern und Arbeitsagenturen“, unterstreicht Thorsten Wils. Dies könne eine Großgewerkschaft, die die Interessen aller Branchen im öffentlichen Dienst vertritt, schlichtweg nicht leisten.

Da der gesamte vbba-Bundesvorstand auf ehrenamtlicher Basis arbeitet, lassen sich die Beiträge deutlich günstiger gestalten als in einer Großgewerkschaft mit hauptamtlichen Führungspersonal. Trotzdem verfügt



Die Teilnehmenden vom G-Seminar in Nürnberg mit den Referierenden Melissa Luck (l.) und Thorsten Wils (r.).

Foto: Klaus Schuler

auch die vbba über ein umfangreiches und schlagkräftiges Leistungspaket für alle Mitglieder: „Die vbba gewährt kostenfreien und umfassenden Berufsrechtsschutz sowie rechtliche Beratung“, so Thorsten Wils. Darüber hinaus würden die Mitglieder in den Genuss einer Unfall- und Freizeitversicherung kommen, die ein Unfallkrankenhaustagegeld sowie eine Entschädigung bei Invalidität und im Todesfall enthalte. Interessante Corporate Benefits verspreche der dbb-Vorteilsclub: „Hier winken starke Rabatte in zahlreichen Online-Shops von Mode und Möbel über Reisen bis hin zu Technik.“ Besondere Vorteile finden die Mitglieder auch beim Kooperationspartner BBBank.

Wichtigste Argumente bei der Mitgliedergewinnung sind selbstverständlich die erreichten Ziele bei den Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebenden: „Ohne unser gewerkschaftliches Engagement wären die Beschäftigten in diesem Jahr mit einer Nullrunde abgespeist worden“, hebt Thorsten Wils hervor. Fazit: „Nur eine starke vbba kann viel in der Tarifpolitik und für die Arbeitnehmendenrechte erreichen.“

Text: Bernhard Brügger

ABO-ABBESTELLUNG

- > Sie möchten der Umwelt einen Gefallen tun und Papier sparen?
- > Sie möchten früher informiert sein?
- > Sie lesen unser Magazin sowieso bereits digital?



Dann bestellen Sie das Magazin in Papierform ganz einfach ab: Nutzen Sie dafür unsere Änderungsmitteilung unter www.vbba.de.



Foto: pixabay.com

Seminarwesen

Seminare – Termin-Übersicht 2026

Zeitraum	Kennziffer	Bezeichnung	Ort	Preis je TN
09.02.-13.02.2026	26 P 11 W	Grundlagenschulung BPersVG PR1	Wangels	1.389,50 €
09.03.-13.03.2026	26 P 22 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
16.03.-18.03.2026	26 FS 21 N	Fachseminar „Effektives Arbeiten im Vorstand des PR“	Nürnberg	750,00 €
04.05.-06.05.2026	26 BR 1 N	Grundlagenseminar „Beamtenrecht“	Nürnberg	750,00 €
18.05.-22.05.2026	26 P 23 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
08.06.-12.06.2026	26 P 12 N	Grundlagenschulung BPersVG PR1	Nürnberg	1.250,00 €
08.06.-12.06.2026	26 P 24 W	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Wangels	1.389,50 €
15.06.-17.06.2026	26 FS 11 N	Fachseminar „Wissenswertes zur Arbeitszeit“	Nürnberg	750,00 €
22.06.-24.06.2026	26 FS 12 W	Fachseminar „Wissenswertes zur Arbeitszeit“	Wangels	750,00 €
22.06.-26.06.2026	26 JAV 11 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
24.08.-28.08.2026	26 JAV 12 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
02.09.-04.09.2026	26 TV 1 N	Grundlagenseminar „Tarifrecht TV-BA“	Nürnberg	750,00 €
07.09.-11.09.2026	26 P 25 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
21.09.-25.09.2026	26 JAV 13 N	Grundlagenschulung BPersVG für JAV	Nürnberg	1.250,00 €
05.10.-09.10.2026	26 P 26 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €
02.11.-06.11.2026	26 P 27 N	Grundlagenschulung BPersVG PR2	Nürnberg	1.250,00 €

Anmeldungen an:

vbba-Bundesgeschäftsstelle,
Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg

oder **per Fax** 0911 - 4800663

oder **per E-Mail** an info@vbba.de

Nähere Informationen
und Hinweise finden Sie auf unserer
Homepage www.vbba.de!

Sollte für Sie kein passendes Angebot
dabei sein, wenden Sie sich bitte
dennoch an uns! Wir werden versuchen,
Ihren ein Angebot zu unterbreiten.



**Das Seminarangebot
der vbba finden Sie hier**

Über die
Erforderlichkeit und
Notwendigkeit von
Schulungen für
Personalräte informiert
das BMI-RdSchreiben
vom 06.05.2022,
hier zu finden



Wissenswertes über die vbba auch unter www.vbba.de



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Deine Vorteile als Mitglied in der vbba:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz
- Bei Arbeitskampfmaßnahmen Unterstützung im Rahmen der Arbeitskampfordnung der vbba (z. B. Streikgeld)
- Seminare
- Informationen, bspw. über das vbba Magazin, vbba aktuell oder die vbba App
- Freizeit-Unfallversicherung
- Auslandskrankenversicherung
- Exklusive Sonderkonditionen und attraktive Preisvorteile

Ist dein Interesse geweckt?

Besuche gerne unsere Website oder folge uns in den sozialen Netzwerken.



Ein persönlicher Ansprechpartner in deiner Landesgruppe steht dir ebenfalls zur Verfügung!

Wir freuen uns auf dich!

www.vbba.de

*Jetzt
Mitglied
werden!*



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Die **aktuellen Beiträge** finden Sie unter

<https://www.vbba.de/mitgliedschaft/beitraege/>



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ zu Sonderkonditionen.



Nur für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen

- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte (Visa) zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.



Jetzt informieren

Ihr Ansprechpartner:

René Plathe

Landesdirektor Öffentlicher Dienst

Tel.: 0172/6797282

Mail: rene.plathe@bbbank.de

Einfach hier bestellen:
www.bbbank.de/dbb



¹ Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Ausgabe einer Kreditkarte

Folgen Sie uns





Sparen mit dem vbba-Vorteilscode

Dauerhafter Preisvorteil für alle Beschäftigten / 5+1 Aktion

Die neuen **Freizeit- und Schlemmerblöcke (Auflage 2026)** können nun bestellt werden!

Der **Schlemmerblock** ist ein Gastronomie- und Freizeitführer für Ihre Stadt oder Region. Der **Freizeitblock** ist der Erlebnisführer für Top-Freizeitziele in Ihrem Bundesland. Egal ob Therme, Freizeitpark oder Kino – sparen Sie überall und genießen Sie Ihre Freizeit zusammen mit Freunden oder der ganzen Familie.

Über unseren vbba-Vorteilscode **FVQTZHD2FQ6U** ermöglichen wir allen Kolleginnen und Kollegen einen **dauerhaft vergünstigten Erwerb** der Schlemmer- bzw. Freizeitblöcke.

Sichern Sie sich jetzt die 5+1-Aktion für rechnerisch nur 9,99 € pro Block – aktuell bis 14.02.2026.

Sprechen Sie sich ab und bestellen Sie **günstiger** – gern **zusammen** mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, Bekannten und/oder der Familie.

Nutzen Sie für Ihre Bestellung einfach den folgenden Link:

Gutscheinbuch mit vbba-Vorteilscode



Gutscheinbuch.de

Gutscheinbuch.de
FREIZEITBLOCK

Gutscheinbuch.de
SCHLEMMERBLOCK

5+1 Aktion Schlemmerblöcke 2025/2026

Aktion gültig bis 14.02.2026

ab NUR

9,99^{*}
UVP 44,90 € / €

Ab	Stückpreis	Gesamtpreis inkl. Versand
1 Stk.	44,90€	48,86€
2 Stk.	23,99€	51,94€
3 Stk.	16,99€	54,93€
5 Stk.	11,99€	59,95€

Alle Preise inkl. MwSt.
*inkl. Gratis-Block, umgerechnet je 9,99 € pro Block

WICHTIGE ABSICHERUNGEN

Vorsorge verträgt kein Aufschieben

Unangenehme Themen verdrängen hilft nicht – rechtzeitige Absicherung schon

Das Leben kennt keinen festen Fahrplan – und genau darin liegt das Risiko. Ein Unfall, eine plötzliche Erkrankung, der Eintritt eines Pflegefalls oder sogar ein Todesfall – die Folgen sind oft nicht nur emotional belastend, sondern können auch die finanzielle Existenz einer Familie gefährden. Wer dann nicht vorgesorgt hat, gerät schnell in eine schwierige Lage: Raten und Rechnungen laufen weiter, während Einkommen ausfällt und zusätzliche Kosten entstehen. Deshalb ist es entscheidend, sich frühzeitig mit Absicherungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen und nicht zu warten, „bis irgendwann Zeit dafür ist“. Denn Vorsorge lässt sich nicht nachholen – aber rechtzeitig getroffen, schafft sie Sicherheit.

Achtung, Unfall!

Ein aktives Leben bringt immer auch Gefahren mit sich. Ein Unfall ist schnell passiert, die meisten ereignen sich nicht im Dienst, sondern zu Hause oder in der Freizeit – genau dort greift die gesetzliche Unfallversicherung nicht. Deshalb ist eine private Unfallversicherung besonders sinnvoll. Ein Rechenbeispiel von der DBV Deutsche Beamtenversicherung, exklusiver Partner des dbb vorsorgewerk: Eine 28-jährige Verwaltungsbeamtin zahlt für die „Private Unfallversicherung“ monatlich 7,64 Euro und erhält im Versicherungsfall bei vollständiger Invalidität 300 000 Euro. Zusätzlich sind zahlreiche Leistungen – etwa Kosten für kosmetische Operationen – beitragsfrei mitversichert. Beim Abschluss wird auf eine Gesundheitsprüfung verzichtet.

Risiko Pflegefall

Wenn ein Mensch auf Hilfe anderer angewiesen ist, weil Selbstständigkeit oder Fähigkeiten gesundheitlich bedingt dauerhaft eingeschränkt sind, wird von Pflegebedürftigkeit gesprochen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wuchs zuletzt in stärkerem Maße, als durch die Alterung der Gesellschaft erwartbar ist. Auch wenn das Thema aktuell als Aufreger durch die Medien geistert, wird die Problematik, dass man selbst oder ein naher Angehöriger im Alter oder durch Krankheit pflegebedürftig wird, verdrängt.



**dbb
vorsorgewerk**

Dabei ist der Handlungsbedarf offensichtlich: Die gesetzliche Pflegeversicherung ist grundsätzlich nur für eine Teilabsicherung ausgestaltet. Und auch Beamtinnen und Beamte können sich Lücken gegenübersehen: Gerade bei der ambulanten Pflege, die ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglicht, bleiben viele Kosten ungedeckt. Wer nicht möchte, im Pflegefall die Familie zu belasten, sollte frühzeitig eine private Pflegezusatzversicherung ins Auge fassen. Die DBV bietet die leistungsstarke „Pflegevorsorge VARIO“ an. vbba-Mitglieder und ihre Angehörigen profitieren von 3 Prozent Beitragsnachlass.

Hinterbliebene sichern

Manche gravierenden Ereignisse treten völlig unerwartet ein, wie der Tod eines Hauptverdieners. Das kann für Familien dann zur existenziellen Bedrohung werden. Eine Risiko-Lebensversicherung sorgt dafür, dass Partner, Kinder und auch bestehende finanzielle Verpflichtungen, wie ein laufender Immobilienkredit, abgesichert sind. Empfehlenswert ist der Abschluss in jungen Jahren, denn die Beiträge sind vergleichsweise günstig. Wichtig ist zudem eine ausreichend lange Laufzeit, die auch die Ausbildungszeiten der (dann bereits volljährigen) Kinder mit abdeckt. Über das dbb vorsorgewerk können Mitglieder aus mehreren Angeboten für eine Risiko-Lebensversicherung wählen.

Entlastung im Trauerfall

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, da denken viele über die Vergänglichkeit des Lebens nach. Was bleibt – und was kann man selbst noch regeln? Eine Sterbegeldversicherung bietet die Möglichkeit, bewusst vorzusorgen und die eigenen Wünsche festzuhalten – damit alles so verläuft, wie man es selbst entschieden hat und die Angehörigen finanziell entlastet sind. Denn Beerdigungen in Deutschland sind preislich keine Lapalalie, die Durchschnittskosten längst fünfstellig. Das „IDEAL Sterbegeld“ wird vbba-Mitgliedern und ihren Angehörigen über das dbb vorsorgewerk mit einem Beitragsnachlass von bis zu 1,5 Prozent bei monatlicher Zahlungsweise angeboten.

Angebote nutzen

Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk berät zu allen vorgestellten Absicherungen und erstellt individuelle Angebote, die sämtliche Mitgliedsvorteile berücksichtigen. Auf Wunsch wird eine Beratung vor Ort vermittelt. Telefonisch unter 030.40816444 oder online auf dbb-vorteilswelt.de



Ihre Ansprechpartner/innen in der vbba:

Baden-Württemberg

Christian Löschner
Kernerstr. 2
78652 Deißlingen
Tel.: 07420 4059805
Fax: 07420 4059807
www.vbba-bw.de
info@vbba-bw.de

Bayern

Claudia Morawietz
Agentur für Arbeit Nürnberg
Richard-Wagner-Platz 5
90443 Nürnberg
www.vbba-bayern.de
info@vbba-bayern.de

Berlin-Brandenburg

c/o Lutz Lichtenheld,
Königsweg 7
13507 Berlin
www.vbba-bb.de
landesgruppe@vbba-bb.de

Hessen

Cosima Eberius
cosima.eberius@jobcenter-ge.de
Landesgeschäftsstelle
Axel Lehmann
Fischteich 13
35043 Marburg
Tel.: 06421 972223
www.vbba-hessen.de
hessen@vbba.de

NSB

Silke Babel
Erfurter Str. 7
38350 Helmstedt
Tel.: 05351 42341
nsb@vbba.de

Nordrhein-Westfalen

Simone Thölke
Landesgeschäftsstelle
Am Kalkofen 2
51515 Kürten
www.vbba-nrw.de
info@vbba-nrw.de

Nord

Agnes Ranke
Birkenweg 23
24107 Kiel
Tel.: 0151 58800039
www.vbba-nord.de
ranke-vbba-nord@web.de
nord@vbba.de

RPS

Roland Weimer
Gerichtsstraße 7
56414 Wallmerod
0173 8364771
kontakt@vbbarps.de

Sachsen

Landesgeschäftsstelle
Sven Gewand
Parkstraße 2
08132 Mülsen
Tel.: 037601-20951
sven.gewand@vbba-sachsen.de

Sachsen-Anhalt-Thüringen

Kristin Arnold
Dittrichshütter Hauptstraße 5
07318 Saalfeld
Tel.: 0173 6845187
www.vbba-sat.de
vorstand@vbba-sat.de

Zentrale-Services

Heiko Lemke
IT-Systemhaus
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg
Homepage
zs@vbba.de

Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns immer über Interesse und Nachfragen, neue Mitglieder oder konstruktives Feedback zu unserer geleisteten Arbeit. Gern auch Anregungen zu diesem Magazin.

Die neue Ausgabe erscheint im

März 2026

**Beiträge erbitten wir bis zum Redaktionsschluss am 18.2.2026
an die Mailadresse redaktion@vbba.de**

Hinweise zum Einsenden von Artikeln für das vbba Magazin:

Artikel bitte in Word, Bilder als .jpg-Datei, Bilder bitte mit dazugehöriger Bildunterschrift und unter Nennung des Inhabenden der Bildrechte.



IMPRESSUM:

vbba Magazin

Herausgeber und Anzeigenwerbung: vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

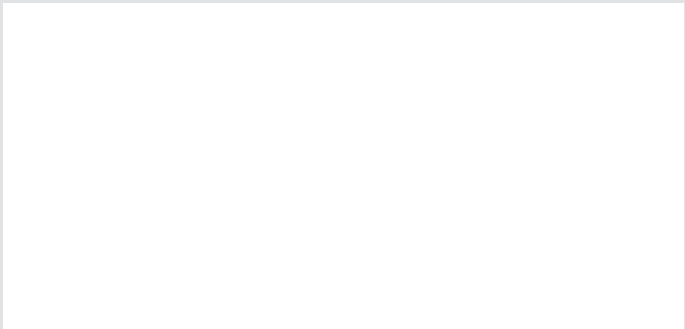
vbba-Bundesgeschäftsstelle: Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg,
Tel. 09 11 / 48 00 662, Fax 09 11 / 48 00 663, E-Mail: info@vbba.de, Internet: www.vbba.de

V.i.S.d.P.: Christian Löschner (Bundesvorsitzender), Redakteurin: Anja Fischer

Nachdruck von Beiträgen nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Für die Richtigkeit der mit einer Quellenangabe (ohne vbba und dbb) oder mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge wird weder eine Gewähr übernommen noch entsprechen sie in jedem Fall der Meinung der vbba. Das vbba Magazin erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck und Layout: sprenger druck, Korbach

vbba
Gewerkschaft Arbeit und Soziales





Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Jetzt Mitglied werden](#)

[DAS SIND WIR](#) [LANDESGRUPPEN](#) [MITGLIEDSCHAFT](#) [SERVICE](#) [SCHULUNGEN & SEMINARE](#) [TARIF & BESOLDUNG](#)



Frankfurter Erklärung
Einsatz für Tarifpluralität, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Vielfalt
26. November 2025
Beim Symposium zur Zukunft der Fachgewerkschaften haben mehrere deutsche Fachgewerkschaften aus unterschiedlichen...



Bundeshauptvorstandssitzung
Intensiver Austausch und neue Impulse
10. November 2025
Vom 7. bis 8. November traf sich der Bundeshauptvorstand im Inklusionshotel INCLUDIO Regensburg zu seiner zweiten...



November-Ausgabe
Informationen der HPR-Fraktion
10. November 2025
Informationen und Einschätzungen der vbba-Fraktion im HPR aus der November-Sitzung...



Werde Teil einer starken Gemeinschaft - werde Mitglied der vbba

[JETZT MITGLIED WERDEN](#)

Kontakt zur vbba



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Rotherburger Str. 116 • 90439 Nürnberg
Tel.: +49 911 4800662
Fax: +49 911 4800663
E-Mail: info@vbba.de

Einkommenstabellen



[BESOLDUNG](#) [TARIF](#)